Nummer 38 | Stuttgart, 23. September 1911 | 29. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rötestraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgespaltene Kolonelzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von 520000 EXEMPLAREN erscheint diese Ztg.

Die Arbeiter und die Teuerung.

Ein wunderschöner Sommer mit ewig blauem Himmel und goldenem Sonnenschein endet schließlich mit einer großen Teuerung und einer Hungersnot der Massen, die seit jeher von den Menschen mit Schrecken gefürchtet und immer im Zusammenhang mit Krieg und Pestilenz als den Geißeln der Menschheit genannt wurden. Die lange Hitze- und Trockenperiode, die kaum von einem Gewitterregen unterbrochen wurde, hat vielen Kulturen schweren Eintrag getan und der Ernteausfall wird von den Agrariern zu einer Preistreiberei benutzt, die alle Wucherpreise der letzten Jahre in den Schatten stellt.

Die trockene Witterung hat aber, was die Agrarier vergessen machen möchten, nicht nur geschadet, sondern auch genützt. Es ist vor allem das Getreide, dem sie in hohem Maße zugute kam und das eine gute, in manchen Ländern sehr gute Ernte lieferte. Nach den Schätzungen des internationalen landwirtschaftlichen Instituts in Rom übersteigt die diesjährige Getreideernte in mehreren Hauptproduktionsländern die vorjährige Ernte um zirka 5 Prozent. Es gibt folgende Zahlen in Tonnen (1 Tonne = 20 Zentner) an: Weizen: Großbritannien 1 702 600 (gegen 1 584 909 im Vorjahre), Italien 5 530 000 (4 173 200), Spanien 4 263 000 (3 740 752), Rumänien 2 600 000 (3 016 240), Vereinigte Staaten von Amerika 18 092 800 (18 926 864), Kanada 5 815 590 (4 082 051). Roggen: Spanien 841 000 (700 890), Vereinigte Staaten von Amerika 779 200 (839 230). Gerste: Großbritannien 1 257 900 (1 469 048), Dänemark 501 600 (463 880), Spanien 1 955 200 (1 661 434), Kanada 1 138 600 (982 974). Hafer: Großbritannien 1 991 900 (3 145 993), Dänemark 677 300 (669 160), Italien 610 000 (414 760), Kanada 5 844 700 (4 988 280). Die Einheitszahl, das ist das Prozentverhältnis der Gesamtproduktion dieses Jahres zu der des Vorjahres ist für Weizen 105,6 Prozent, für Roggen 101,2 Prozent, für Gerste 109,0 Prozent, für Hafer 105,4 Prozent.

Dazu ist verschiedenes zu bemerken. Zunächst handelt es sich hier um eine Gruppe von Ländern, die zum Beispiel bloß etwa die Hälfte der Weltproduktion an Weizen aufbringen. Es fehlen Deutschland, Frankreich, Oesterreich, Rußland 2c., ferner die bedeutenden südamerikanischen Staaten, weiter Australien 2c. Die Weizenernte dieser überseeischen Ländergruppe wird mit 75 gegen 68 Millionen Doppelzentner im Jahre 1910 angegeben, und auch die zweite Ländergruppe hat eine größere Ernte als im vorigen Jahre. Die Angaben des landwirtschaftlichen Instituts über die Ernte der ersten Ländergruppe lauten nicht ungünstig, namentlich sehr günstig für Italien, Spanien und Kanada, wobei es sich aber nur um Schätzungen handelt, während erfahrungsgemäß diese aus spekulativen Gründen immer niedriger gehalten werden, als die Schlußergebnisse sind. So zum Beispiel ist es sehr wahrscheinlich, daß die amerikanische Weizenernte die vorjährige erheblich übertrifft, während sie nach der vorstehenden Schätzung hinter der Ernte von 1910 zurückbleiben würde. Dasselbe gilt von Deutschland, wo die agrarischen Lebensmittelwucherer durch ihr alterprobtes Geschrei über das Mißjahr systematisch die Stimmung für neue Preistreibereien und neue Beutezüge auf die Taschen der Konsumenten gemacht haben. In Tat und Wahrheit war in Deutschland das Wetter für eine reiche Getreideernte genau so günstig wie in andern Ländern und es muß daher auch das Ernteergebnis ein gleich gutes sein. Die agrarische Solidarität fälscht aber mit lückenloser Einheit die Tatsachen auf der ganzen Linie, um sich die Millionen Extraprofite durch wucherische Ausnützung einer neuen Teuerungskampagne nicht entgehen zu lassen. Mag das Volk hungern, mag die Arbeiterschaft an Entbehrung und Unterernährung zugrunde gehen, wenn nur die Agrarier sich ganz außerordentlich bereichern können. Er ist daher ein weißer Rabe, der Einsender Bauer der Bayerischen Landeszeitung, der in der Schweinfurter Gegend zu Hause ist und der sich zu den tendenziösen Alarmnachrichten über eine Mißernte unter anderm folgendermaßen äußert: „Dann haben wir einige Sorge wegen unzureichenden Futters. Zum Glück ist die Heu- und Getreideernte ausgezeichnet, auch der erste Klee gut ausgefallen. Dagegen läßt zweiter und dritter Klee und das Grummet stellenweise sehr viel zu wünschen übrig, wenn man auch zugestehen muß, daß die letzten Regen eine gute Wirkung, besonders auch für die Kartoffeln und Rüben, hatten. Die übertriebenen Notstandsberichte und Preistreibereien sind unsittliche Machenschaften und parteipolitische Spekulationen, die rechtschaffene Bauern nicht billigen, weil sonst die Städter ein Recht bekämen, die Bauern unter die Lebensmittelwucherer zu mischen. Es gibt allerdings Gegenden, wo es recht scheu aussieht, aber in anderen Gegenden kann man trotz der Dürre wohl zufrieden sein.“ Man wird sich das namentlich in bezug auf den Kartoffelmarkt merken müssen, auf dem den Konsumenten jetzt schon förmliche Wucherpreise abgefordert werden. Der Einsender bestätigt im übrigen nicht nur die Richtigkeit der Annahme einer guten Getreideernte, sondern konstatiert in unmittelbarem Zusammenhang damit auch die gute Heuernte, die, was wir hinzufügen möchten, mit ihrer guten Quantität zu einem großen Teil und mit ihrer ausgezeichneten Qualität durchweg so viel wert ist als die Heu- und Grummeternten von 1910 mit seinem nassen Sommer zusammen. Und weiter ist zu sagen, daß den teilweisen Ausfall an Grummet nun die voraussichtlich bis in den Spätherbst hinein dauernde Möglichkeit einer guten Weide wieder wettmachen wird.

Die Feststellungen des bayerischen Bauern werden von der Korrespondenz der Landwirtschaftskammer in der Rheinprovinz bestätigt, indem sie schreibt: „Zweifellos habe die anhaltende Trockenheit auch für die rheinischen Landwirte, namentlich im nördlichen Teile der Provinz, die Ernährung ihrer Viehbestände im kommenden Herbst und Winter sehr schwierig gestaltet. Aber es kann bestimmt erwartet werden, daß die Zahl derjenigen Landwirte, welche infolgedessen zu einer wesentlichen Verringerung ihrer Viehbestände gezwungen sind, nur eine geringe sein wird. Die fast überall reichliche und gute Heuernte in Verbindung mit der teilweise recht günstigen Ernte an Körnerfrucht wird die meisten Landwirte instand setzen, unter Zuhilfenahme von Kraftfuttermitteln ihr Vieh durchzubringen, namentlich wenn ein bald einsetzender ausgiebiger Regen das Einbringen von Herbstfuttersaaten ermöglicht. Die Landwirtschaftskammer hat bereits durch wiederholte Veröffentlichungen Ratschläge dazu erteilt.. Die Behauptung, daß gegenwärtig viel Jungvieh geschlachtet werde, steht im Widerspruch mit der Tatsache, daß die letzten Hauptschlachtviehmärkte der Rheinprovinz nicht eine vermehrte, sondern eine abnehmende Beschickung mit Kälbern aufweisen. Ebensowenig ist die Zufuhr von Großvieh zu unseren Schlachtmärkten in letzter Zeit gestiegen, woraus geschlossen werden kann, daß eine erhebliche Abstoßung von Vieh wegen Futtermangels zurzeit nicht stattfindet.“ —

So wie in Bayern und der Rheinprovinz dürfte es auch in allen andern Teilen des Reiches mit der Landwirtschaft stehen, also ihre Gesamtsituation eine durchaus nicht prekäre sein. Und trotzdem sind schon seit Monaten die riesigsten Preistreibereien im Gange und fordert man von den Konsumenten für die alltäglichen Lebensbedürfnisse Preise, die wirkliche Wucher- und Hungerpreise sind. Und wir stehen erst am Anfang der neuen Teuerungskampagne. Geradezu verzweifelnd muß sich die mit unzulänglichen Löhnen abgefertigte arbeitende Bevölkerung fragen: Wie soll es erst im Winter werden?

Was nun? Sollen sich die Konsumenten, besonders die Arbeiter, mit orientalischem Fatalismus widerstandslos der neuen Teuerungskampagne fügen und einfach hungern, wenn sie nichts zu essen haben, oder entbehren und darben, wenn sie sich mit quantitativ und qualitativ unzulänglicher Kost nur zum Teil sattessen können? Das werden sie nicht tun, sondern mit aller Entschiedenheit die Hinwegräumung aller Mittel zur künstlichen Verteuerung der Lebensmittel fordern. Kaiser Wilhelm hat zwar in einer Bankettrede in Altona die „Dürre dieses abnormen Jahres als eine Prüfung, die uns der Himmel geschickt hat und der wir uns zu beugen haben“ bezeichnet, aber er wird wenig Erfolg mit diesem von den interessierten Agrariern mit Sympathie aufgenommenen Appell haben. In Frankreich hat die Bevölkerung an zahlreichen Orten bereits entschlossene Demonstrationen gegen den Lebensmittelwucher veranstaltet und man wird daran erinnert, daß die großen Revolutionen der Vergangenheit, so auch die Berliner Märzrevolution von 1848, mit dem Vorgehen gegen die Lebensmittelwucherer eröffnet wurden. Was das arbeitende Volk in Deutschland zu tun gedenkt, das hat die sozialdemokratische Fraktion des sächsischen Landtages gezeigt, die an die sächsische Regierung in Dresden folgende Eingabe richtete:

„Im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion der Zweiten Ständekammer richtet der Fraktionsvorstand an die Königliche Staatsregierung hierdurch das Ersuchen, in beschleunigtem Verfahren alle Maßnahmen zu ergreifen, die zur Behebung und Verhinderung der Steigerung der Lebensmittelpreise geboten und möglich sind.

Die in Aussicht genommenen oder schon angeordneten Ermäßigungen der Frachtsätze für Futtermittel genügen nicht. Es müssen nicht nur die Interessen der produzierenden Landwirte, sondern auch die der großen konsumierenden Bevölkerungsmasse gesichert werden, deren Ernährung durch die beginnende Teuerung in Gefahr gebracht wird. Die Mißernte in Futtermitteln ist eine bekannte Tatsache. Milch und Milchprodukte sind bereits enorm verteuert, Gemüse und Obst sind im Preise beträchtlich gestiegen und werden voraussichtlich weiter steigen. In Kartoffeln droht eine Teuerung, die sich schon jetzt in erhöhten Preisen bemerkbar macht. Alle Umstände weisen darauf hin, daß mit einem allgemeinen Notstand der minderbemittelten Bevölkerung gerechnet werden muß. Das erfordert Maßregeln, sowohl um den bereits bestehenden Notstand zu beseitigen, als auch um die künftige Verschärfung der Notlage zu verhüten. In diesem Sinne ersuchen wir die Königliche Staatsregierung:

1. dem bevorstehenden Landtage bei seinem Zusammentritte eine Vorlage zu unterbreiten, durch die die inländische Fleischbesteuerung aufgehoben wird;

2. im Verein mit den Eisenbahnverwaltungen der anderen Bundesstaaten die Frachtsätze nicht nur für Futtermittel, sondern auch für Nahrungsmittel, die dem Massenkonsum dienen und an denen Mangel einzutreten droht, zu ermäßigen;

3. im Bundesrate mit aller Entschiedenheit dahin zu wirken, daß zunächst zeitweilig die Lebensmittelzölle und im Interesse der Erhaltung des inländischen Viehbestandes auch die Futtermittelzölle aufgehoben und daß die Reichsgrenzen für die Einfuhr für Vieh und Fleisch geöffnet werden.

Da ferner die Zollausfuhrvergütung auf Getreide den Inlandsmarkt entblößt, dadurch — die Wirkung der Getreidezölle verschärfend — schon zu normalen Zeiten Notstandspreise zu Getreide herbeigeführt und der Ansammlung von Getreidevorräten im Inlande, wie sie im Angesicht eines herankommenden Notstandes ganz besonders notwendig ist, entgegenwirkt, ersuchen wir:

4. im Bundesrate auf eine Beseitigung des Systems der Getreideeinfuhrscheine, das sich als Ausfuhrprämiensystem darstellt, zu dringen.“

Das ist die politische Aktion. Den Gewerkschaften obliegt die Aufgabe, einmal jedem Versuch, den kapitalistischer Wahnwitz unternehmen könnte, die ohnehin unzulänglichen Arbeitslöhne noch weiter zu verschlechtern, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten, anderseits soweit als möglich Lohnerhöhungen herbeizuführen. Die Unternehmer mögen ihre Gewinnzuschläge — den Mehrwert — um 5 Prozent reduzieren und um ebensoviel die Löhne erhöhen.

Endlich gilt es jetzt, den letzten Arbeiter in die Konsumgenossenschaften zu bringen, um dem Wucher des Zwischenhandels ein Ende zu machen.

Es gilt alles zu tun, die Arbeiter vor den Raubzügen der Agrarier und Lebensmittelwucherer — unsere „inneren Feinde“ — zu retten und vor Not und Hunger zu bewahren. Das ist positive und kulturelle Arbeit, das ist Patriotismus!

Sozialdemokratischer Parteitag.

Das abgelaufene Geschäftsjahr der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands war wiederum ein Jahr emsiger Tätigkeit und erfreulicher Fortschritte. Diese zeigen sich zunächst in der Zunahme der Mitgliedschaft. 1910 zählte die Partei 720 038 eingeschriebene Mitglieder, 1911 stieg diese Zahl auf 836 562, also eine Zunahme von 116 524. In 11 Bezirken beträgt die Zahl der Parteimitglieder mehr als 30 Prozent der sozialdemokratischen Reichstagswähler, und zwar: Hamburg 43,05, Leipzig 40,93, Lübeck 40,67, Nordbayern 39,51, Schleswig-Holstein 39,42, Nordwest 38,89, Thüringen II 33,56, Oestliches Westfalen 31,96, Dresden 31,05 und Altenburg 30,15. Die Zahl der Wahlkreissekretäre beträgt 75. Auch im Abschnitt Frauenbewegung konnte der Parteivorstand über gute Fortschritte berichten, ebenso in betreff der Jugendbewegung, wobei natürlich die Veranstaltungen für die arbeitende Jugend nicht eingerechnet werden konnten, die von einzelnen Gewerkschaften ausgehen. Dasselbe kann man von dem lesenswerten Abschnitt vom Bildungsausschuß sagen.

Diese durch den Raummangel bedingten dürftigen Angaben können natürlich bei weitem nicht den Anspruch erheben, ein auch nur einigermaßen genaues Bild von der Tätigkeit der Partei zu sein.

Auch der Kassenbericht zeigt ein erfreuliches Bild, so daß, wie Genosse Ebert in Vertretung des schwer krank gewesenen, jedoch demnächst zu seiner alten Tätigkeit zurückkehrenden Parteikassierers Gerisch sagte, die Parteigenossen getrost dem kommenden Wahlkampfe entgegensehen können.

Von der Stadt Jena ist zu sagen, daß die Firma Zeiß und die Persönlichkeit Abbes dem modernen Jena sehr deutlich ihren Stempel aufgedrückt haben. Man wird da an den Einfluß erinnert, den die Firma Krupp auf die Stadt Essen ausübt. Allerdings macht der Einfluß der Firma Zeiß sich — wenn man so sagen darf — in vornehmerer Weise bemerkbar, obgleich das verhältnismäßig bescheidene Häuschen, wo Ernst Abbe wohnte, keinen Vergleich aushält mit dem Wohnpalast der Familie Krupp, die sogar eine eigene Eisenbahnhaltestelle hat. Auch hausen unseres Wissens die Zeißschen Arbeiter nicht in so miserablen Wohnungen, wie man sie noch 1907 auf dem Schederhof zu Essen sehen konnte, wo damals Kruppsche Arbeiter „wohnten“. Ferner ist der Betrieb der Firma Zeiß kein solch brüllendes, Rauch und Feuer speiendes Ungeheuer wie die Kruppsche Gußstahlfabrik. Jena macht denn auch den Eindruck einer durchaus modernen Stadt, und nicht zum mindesten macht sich dort die moderne Arbeiterbewegung bemerkbar. Wir wollen hier nur anführen, daß der Genosse Leber in seiner Begrüßungsrede darauf hinweisen konnte, daß seit dem ersten Jenaer Parteitag im Jahre 1905 die Zahl der Mitglieder der sozialdemokratischen Parteiorganisation von 600 auf über 2000 zur Zeit des zweiten Parteitages in Jena stieg.

Auch dieser Parteitag nahm, gerade so wie der im Jahre 1905 ebenfalls zu Jena abgehaltene, einen Anfang, der sonst bei sozialdemokratischen Kongressen nicht üblich ist. Schon der Anblick des ebenso schön wie zweckmäßig gebauten Saales im Volkshause lenkt die Aufmerksamkeit auf Ernst Abbe, auf den Mann, der die Initiative zu diesem Bau gegeben hat zu dem wörtlich ausgesprochenen Zwecke, daß das Lokal unter anderm auch jeder Partei zur Verfügung stehen sollte, die ernsthafte politische Ziele verfolgt, ein Grund, der für den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ausschlaggebend war, um von der bisherigen Uebung abzuweichen und ausnahmsweise der Jenaer Parteigenossenschaft das Opfer zuzumuten, nach verhältnismäßig kurzer Zeit den Parteitag zum zweitenmal zu beherbergen. So gestaltete sich die Eröffnung des Parteitags zum Teil zu einem Akt der Dankbarkeit für Ernst Abbe.

Auch die Begrüßungsreden der zahlreich erschienenen Vertreter ausländischer Parteiorganisationen können wir hier natürlich nur kurz streifen. Wir wollen hier nur hervorheben, daß nur noch ein einziger von ihnen, der Belgier Vandervelde, sich in der deutschen Sprache nicht sicher genug fühlte und sich seiner Muttersprache bediente. Sogar der nicht mehr junge englische Genosse Quelch sprach ein im allgemeinen richtiges und sehr gut verständliches Deutsch, für einen Engländer eine bewundernswerte Leistung. Dieses Beispiel steht indessen neuerdings bei den Engländern nicht vereinzelt da und ein solches Verfahren wird sicher nicht verfehlen, die kämpfende Arbeiterschaft der verschiedenen Nationen näherzubringen. —

Am Parteitag nahmen 405 Personen teil; davon waren 338 Wahlkreisdelegierte (darunter 33 weibliche), 8 Vertreter des Parteivorstandes, 8 Mitglieder der Kontrollkommission, 36 Reichstagsabgeordnete, ein vom Parteivorstand geladener Sachverständiger, je ein Vertreter des Hamburger Parteibetriebes, der Neuen Zeit und des Vorwärts und 11 ausländische Gäste.

Die Diskussionsredner, die zum Geschäftsbericht des Parteivorstandes sprachen, beschäftigten sich vorwiegend mit den in der letzten Zeit vorgekommenen Differenzen betreffend das sogenannte Geheimzirkular des Parteivorstandes und das vom Parteivorstand herausgegebene Flugblatt über die sogenannte Marokkoangelegenheit. Bekanntlich hat die Genossin Rosa Luxemburg dieses vom Genossen Kautsky verfaßte Flugblatt in einem von der Leipziger Volkszeitung

veröffentlichten, sensationell herausgeputzten Artikel sehr scharf kritisiert. Ferner hatten die Genossin Luxemburg und Genosse Ledebour Artikel verfaßt, die allerdings nur in einem verhältnismäßig kleinen Teil der Parteipresse Aufnahme fanden und worin dem Parteivorstand der Vorwurf gemacht wurde, daß er — mit einem Worte gesagt — in der Marokkoangelegenheit nicht genügend und nicht früh genug auf dem Posten gewesen wäre. Das wichtigste Material für diese Angriffe bildete ein Brief, den der Genosse Molkenbuhr in dieser Sache am 8. Juli geschrieben hat. Der Brief war eine Antwort auf ein am 6. Juli erlassenes Rundschreiben des Sekretärs Huysmans vom Internationalen Sozialistischen Bureau in Brüssel, worin die Delegierten der sozialistischen Parteien der verschiedenen Länder und die Parteileitungen um eine Meinungsäußerung darüber ersucht wurden, ob sie für die Einberufung einer Zusammenkunft von Delegierten der sozialistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs, Spaniens und Großbritanniens sind, die zu der politischen Spannung Stellung nehmen sollte, die durch die Entsendung des deutschen Kreuzers „Panther" nach Agadir entstanden war. Unter den Antworten, die dem sozialistischen Bureau zugingen, befand sich auch ein Brief des Genossen Molkenbuhr, datiert vom 8. Juli. In diesem Briefe kam Genosse Molkenbuhr zu der Schlußfolgerung, daß man mit einer Stellungnahme zu dieser Sache vorläufig noch warten könne. Genossin Luxemburg hielt es nun für notwendig, den Brief in der Leipziger Volkszeitung zu veröffentlichen. Diese offenbare, keineswegs durch die Sachlage gerechtfertigte Ungehörigkeit rief eine scharfe Erwiderung vom Parteivorstand hervor, die in Form einer 7 Seiten starken Broschüre auf dem Parteitag verteilt wurde. Einen dritten Streitpunkt bildete das sogenannte Geheimzirkular des Parteivorstandes in betreff der Stellungnahme einiger Parteiblätter zu dem bekannten Buchdruckerkonflikt bei der Firma Scherl in Berlin. Die Aufmerksamkeit der Parteitagsdelegierten konzentrierte sich vorwiegend auf diese drei Punkte; wenn einmal ein Redner zu einem andern im Vorstandsbericht behandelten Punkte oder zur Begründung eines der vorliegenden Anträge sprach, so setzte bei den Delegierten sofort eine große Unaufmerksamkeit ein, höchstens fanden noch einige Redner leidliches Gehör, die zur Verstärkung des Parteivorstandes sprachen. Ausgiebig wurde Kritik geübt an der behaupteten „Nichttätigkeit" des Parteivorstandes von den Genossinnen Luxemburg und Zetkin, ferner den Genossen Lensch, Ledebour, Dittmann, Henke und anderen. Ihnen erwiderten Bebel, Robert Schmidt, Legien, Richard Fischer, David, Wels und Molkenbuhr, und sie blieben auf die Anklagen keine Antwort schuldig. Molkenbuhr, der an dem Tage gerade sein 60. Lebensjahr vollendet hatte, sprach frisch und wirksam und auch Genosse Bebel zeigte, daß er sich wieder gut erholt hatte. Aus seiner Rede muß an dieser Stelle besonders der Passus hervorgehoben werden, wo Bebel auf die Indiskretion hinwies, die die Genossin Luxemburg durch die Veröffentlichung des Molkenbuhrschen Briefes begangen hatte und ausführte, was daraus entstehen müßte, wenn eine solche Praxis auch in den Gewerkschaften einrisse, die in einem großen Kampfe ständen. Wenn dann deren vertrauliche Zirkulare veröffentlicht würden, dann wäre doch der ganze Kampf in die Luft gesprengt. (Lebhafte Zustimmung.) Der verdienten Zurechtweisung, die die Genossin Luxemburg wegen ihrer unzeitgemäßen Kritik des Kautskyschen Flugblattes erfuhr, möchten wir an dieser Stelle noch eine kurze Bemerkung hinzufügen. Gesetzt den Fall, unser Verbandsvorstand mache irgend etwas, was nach unserem besten Wissen ein Fehler ist. Wenn wir dann so verfahren wollten wie die Genossin Luxemburg, so müßten wir in irgend einer Zeitung einen scharfen Artikel darüber veröffentlichen, anstatt, wie es unsere selbstverständliche Pflicht wäre, uns direkt an den Vorstand zu wenden, ihm zu sagen: „Da und da habt Ihr Fehler gemacht", unsere Besserungsvorschläge zu machen und auf diese Weise die Angelegenheit ohne öffentliches Aufsehen zu erledigen. Die Genossin Luxemburg hat Verbindung genug mit dem Parteivorstand, um in derselben Weise verfahren zu können, und da sie es nicht tat, so hat sie auch in diesem Fall direkt parteischädigend gewirkt. Man kann sich in diesem Falle aber auch den folgenden Ausführungen des Genossen Liebknecht anschließen:

„Die geübte Kritik ist deshalb erfreulich und wertvoll, weil die Debatte gezeigt hat, daß trotz der begangenen Fehler die deutsche Partei und die Gewerkschaften noch niemals so geschlossen und so einig waren wie jetzt. (Beifall.) Das sollen sich unsere Gegner gesagt sein lassen. Wir stellen fest, daß das deutsche Proletariat wie ein Mann zu einer machtvollen Aktion gegen die Kriegshetzer geschlossen steht. (Beifall.) Kümmern wir uns nicht zu viel um das Vergangene, es hat ja nicht nennenswert geschadet. Jetzt gilt es, frisch in die Zukunft zu blicken, und dann mag Donnerschlag und Wetterschein werden, das deutsche Proletariat wird sich bewähren. (Starker Beifall.)"

Die Debatte wurde nach 1½tägiger Dauer geschlossen. Dann wurde ein vom vierten Berliner Wahlkreis gestellter Antrag dem Parteivorstand überwiesen, wonach die Parteigenossen in den Städten angehalten werden sollen, die Adressen ihrer auf dem Lande lebenden Verwandten anzugeben, damit unter den letztgenannten mit Hilfe der verwandtschaftlichen Beziehungen Agitation betrieben werden kann. Dasselbe geschah mit einem Antrag aus Frankfurt a. M., worin der Parteivorstand beauftragt wurde, „eine Zentrale zu schaffen, die die Aufgabe hat, die Parteigeschäfte regelmäßig zu besuchen und für deren geschäftliche, organisatorische Fortschritte besorgt zu sein". Angenommen wurde folgender, von dem Genossen Quark (Frankfurt a. M.) und Auer (München) gestellter Antrag:

„Der Parteitag beschließt:

1. zwei weitere Parteisekretäre anzustellen;
2. zwecks Beratung einer Reorganisation des Parteivorstandes und der Kontrollkommission unter Zuziehung des Parteivorstandes eine 21gliedrige Kommission zu wählen, die dem nächsten Parteitag Bericht zu erstatten hat."

Sodann wandte der Parteitag sich zu den Anträgen zum Abschnitt Presse und Literatur. Dazu lagen 15 Anträge vor, die schließlich sämtlich dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen wurden, desgleichen ein weiterer Antrag, der sich mit der Gründung eines illustrierten Blattes beschäftigt.

Die Anträge betreffend Jugend-Agitation wurden sämtlich der Zentralstelle für die arbeitende Jugend überwiesen, nachdem deren Geschäftsführer, Genosse Schulz, diese Maßnahme begründet und die Bestrebungen der Gegner, die Arbeiterjugend in geistiger Abhängigkeit von ihnen zu erhalten, geschildert hatte.

Den parlamentarischen Bericht erstattete Genosse Geck. Aus der Debatte darüber sind besonders die Ausführungen des Genossen Stubbe (Hamburg) über die Ueberrumplung des Reichstags durch die sogenannte lex Wagner hervorzuheben. Die Novelle zum Strafgesetzbuch enthielt Verschärfungen, die sich leicht mit einer besonderen Schärfe gegen die Arbeiterpresse richten können. So sollten danach die Strafen für sogenannte öffentliche Beleidigungen (bisher Geldstrafe bis zu 600 M. oder Haft oder Gefängnis bis zu einem Jahre) soweit verschärft werden, daß neben der Gefängnisstrafe auch noch auf Geldstrafe bis zu 20 000 M. erkannt werden kann. Die Kommission zur Vorberatung der Novelle hatte diese Verschärfung abgelehnt; bei der Beratung im Plenum brachte der Abgeordnete Wagner sie jedoch kurz vor Schluß der betreffenden Sitzung plötzlich wieder ein und erzielte die Annahme, so daß jetzt nur noch versucht werden kann, sie bei der dritten Lesung wieder herauszubringen. Der Redner stellte sich auf den Standpunkt, daß so etwas nicht wieder vorkommen dürfe.

Die dem Parteitag vorangegangene Frauenkonferenz hatte beschlossen, folgenden Antrag einzubringen:

„Aus Anlaß der außergewöhnlich hohen Lebensmittelpreise sind zurzeit der Eröffnung des Reichstages öffentliche Frauenversammlungen einzuberufen, um den Frauen Gelegenheit zu geben, einen Massenprotest gegen den Lebensmittelwucher durch Steuern und Zölle, wie durch die Preistreibereien der Großkapitalisten und Agrarier zu erheben und die Aufhebung der Lebensmittelzölle und Oeffnung der Grenzen zu fordern. Diese Massenaktion gibt zugleich Gelegenheit, den Frauen die Ursachen der jetzigen Notlage weiter Kreise des arbeitenden Volkes darzulegen und sie zum organisierten Kampf dagegen aufzurufen. Die Aktion ist wirksam durch die Presse und durch ein populär gehaltenes Flugblatt vorzubereiten."

Ferner lag von der Reichstagsfraktion folgendes vor:

„Die Reichstagsfraktion wird beim Zusammentritt des Reichstags den Reichskanzler sofort über die Teuerung interpellieren. Sie unterbreitet dem Parteitage die nachstehende Resolution:

Der Parteitag fordert zur Bekämpfung der verhängnisvollen Teuerung aller Lebensmittel von der Reichsregierung sofortige Suspension der Zölle auf Lebens- und Futtermittel, Oeffnung der Grenzen unter Aufrechterhaltung der notwendigen veterinärpolizeilichen Vorsichtsmaßregeln für den Verkehr ausländischen Viehes und Fleisches, Aufhebung des Systems der Einfuhrscheine.

Der Parteitag fordert von den Landesregierungen Ermäßigungen der Eisenbahntarife für den Verkehr mit Nahrungs- und Futtermitteln aller Art.

Der Parteitag fordert von den Gemeinden Veranstaltungen zur Uebernahme der Produktion und des Verkehrs mit Nahrungsmitteln zunächst in einem solchen Umfange, daß eine Beeinflussung der Preisbildung durch die Gemeinden gesichert ist.

Der Parteitag ruft alle Parteiorganisationen zur energischen Agitations- und Organisationsarbeit auf, um der Sozialdemokratie neue Anhängerscharen zuzuführen und sie für die bevorstehenden Kämpfe, namentlich auch auf dem Gebiete des Zoll- und Steuerwesens, zu stärken. Desgleichen wird eine nachdrückliche Werbearbeit für die aufklärende sozialdemokratische Presse empfohlen.

Der Parteitag ermahnt alle Arbeiter, sich den freien Gewerkschaften anzuschließen, um in dieser Zeit maßloser Preissteigerungen für alle notwendigen Bedarfsartikel die Abwehrkraft der Berufsorganisationen zu stärken und die Gewerkschaften in den Stand zu setzen, die notwendigen Lohnerhöhungen zu erzwingen.

Endlich fordert der Parteitag die Massen des Volkes zum konsumgenossenschaftlichen Zusammenschluß auf."

Diese Resolution wurde durch den Genossen Dr. Südekum in einer zündenden Rede begründet. Genosse Dr. Rosenfeld brachte dazu folgendes Amendement ein:

„Der Parteitag fordert alle Männer und Frauen auf, sich den politischen Organisationen der sozialdemokratischen Partei anzuschließen."

Von Bernstein und Genossen lag noch folgender Antrag vor:

„Die Reichstagsfraktion wird ersucht, im Reichstage einen Antrag einzubringen, wonach die Reichsregierung verpflichtet werden kann, in Fällen internationaler Verwickelungen den Reichstag einzuberufen und die gewählten Volksvertreter über die Verhandlungen mit den auswärtigen Regierungen unterrichtet zu halten."

Die Abstimmung ergab die Annahme aller dieser Anträge 2c.

Dem Bericht der Mandatsprüfungskommission, den Genosse Paul Hoffmann (Hamburg) erstattete, wurde mit besonderer Spannung entgegengesehen, weil bekanntlich unter den württembergischen Parteigenossen und besonders unter denen des ersten württembergischen Wahlkreises bedauerliche Streitigkeiten herrschen. Bei der Wahl der Delegierten zum Parteitag waren nun Unregelmäßigkeiten vorgekommen, die die Einbringung eines Wahlprotestes von einem Umfange notwendig machten, wie wohl nur sehr selten einer einen Parteitag beschäftigt hat. Die Wahlprüfungskommission kam nach sorgfältiger Prüfung des Falles zu dem Antrag, dem Wahlprotest in vollem Umfange stattzugeben. Darüber entstand im Plenum des Parteitags eine recht lange Debatte, auf deren Einzelheiten wir hier wohl nicht einzugehen brauchen. Die Abstimmung ergab die Annahme des Antrags der Wahlprüfungskommission, wodurch die Wahl der Genossen Westmeyer und Bullmer für ungültig erklärt wurde und die der Genossen Sümann und Rapp für gültig.

Eine Folge dieses Beschlusses war zunächst die Umtaufe eines Antrags Westmeyer und 105 Genossen in: Dunckerund 104 Genossen. Dieser Antrag lautete:

„Der Parteitag nimmt mit Bedauern Kenntnis von den jüngsten Vorgängen in der württembergischen Landesorganisation. Er beauftragt den Parteivorstand, mit dem württembergischen Landesvorstand und mit der Stuttgarter Parteileitung in Verbindung zu treten, um die Entwicklung der Partei in Württemberg im Sinne und Geiste der Gesamtpartei und ihrer Beschlüsse zu sichern."

Gegen diesen Antrag, der auch angenommen wurde, war ja nichts einzuwenden; weniger einwandfrei war allerdings die höchst einseitige Begründung durch die Genossin Duncker, gegen die nicht einmal eine Erwiderung zugelassen werden sollte, was bei einem Teil der Parteitagsteilnehmer Proteste hervorrief, in deren Folge eine Erregung entstand, unter der beim gleich darauf folgenden Punkt der Tagesordnung: „Die Reichsversicherungsordnung" der Referent Molkenbuhr sichtlich zu leiden hatte. Erst nach und nach gelang es diesem, die ungeteilte Aufmerksamkeit des Parteitages zu erreichen. Und das Referat Molkenbuhrs verdiente diese Aufmerksamkeit wegen der Fülle neuer Gedanken, die darin enthalten waren, wegen des Nachweises einer Fülle von neuem Agitationsmaterial, das sich noch aus der Reichsversicherungsordnung herausholen läßt.

Genossin Zietz befürwortete die Annahme folgender von der Frauenkonferenz beschlossenen Resolution zur Mutterschafts- und Säuglingsfürsorge, die folgende Forderungen enthält:

„1. Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle lohnarbeitenden Frauen sowie auf alle Frauen, deren Familieneinkommen 5000 M. nicht übersteigt.

2. Obligatorische Gewährung einer Schwangerenunterstützung auf die Dauer von acht Wochen.

3. Freie obligatorische Gewährung der Hebammendienste und freie ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden.

4. Obligatorische Gewährung der Wöchnerinnenunterstützung für acht Wochen.

5. Die Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung ist den Arbeiterinnen in der Höhe des versicherten Lohnes, den übrigen Frauen in der Höhe des durchschnittlichen Tagelohnes für weibliche Arbeiter zu gewähren.

6. Obligatorische Gewährung eines Stillgeldes für die Dauer von 26 Wochen in der Höhe des Krankengeldes für alle versicherten Mütter, die ihr Kind stillen.

7. Vereinheitlichung der Krankenkassen und volles Selbstverwaltungsrecht der Versicherten."

Selbstverständlich machte der Parteitag diese Resolution zu seiner eigenen.

Am Donnerstag dem 14. September konnte man schon beim Betreten des Saales sehen, daß man einen „großen Tag" erwartete. Es war nur gut, daß die Schwüle vom Tage vorher einem erfrischenden Regen gewichen war. Da Genosse Bebel nun doch allmählich mit seinen Kräften haushalten muß, hatte er sich ausgebeten, sein Referat über die Reichstagswahlen zu Beginn einer Vormittagssitzung halten zu dürfen. Da nun aber auch über die „Marokkoaffäre" recht viel zu sagen war, so besprach Bebel zunächst diese. Seine Rede war nach Inhalt und Form ebenso

Technische Rundschau.

(Neue Patente, betreffend Blech, Röhren, Draht und Walzwerke.)

Bei Universalträgerwalzwerken mit vier Walzen in einer Ebene zur Herstellung von profilierten Walzgut kommt es hauptsächlich darauf an, den austretenden Stab möglichst nahe an der Walze genau zu führen, damit er recht gerade bleibe. Auf der Austrittseite besteht die Forderung, die Achse des Stabes in die Kaliberachse einzustellen, damit beim Fassen der Walze nicht etwa ein Flansch des Profiles in den Teil des Kalibers eintritt, der zur Bearbeitung des Steges dient. Bei den bisher bekannten Einrichtungen sind diese Forderungen nicht vollkommen erfüllt. Ihnen gegenüber kennzeichnet sich eine neue „Führungsvorrichtung für Universalwalzwerke" (237 111, Maschinenfabrik Sack in Düsseldorf) mit an den Stirnwänden der Vertikalwalze befestigten Führungen dadurch, daß diese Führungen Glieder tragen, welche unabhängig von der Bewegung der festen Führungen bewegt werden können.

Eine andere Erfindung bezieht sich auf ein „Verfahren und Maschine, durch Doppeln oder Glätten zusammengeschweißte Feinbleche durch wellenförmige Verbiegung zwischen mehreren Walzenpaaren zu trennen" (236 973, Narcher & Co. in Saarbrücken). Diese Erfindung hat den Zweck, mit geringstem Kraftaufwande eine zuverlässige Trennung der Feinbleche zu ermöglichen. Um dies zu erreichen, wird der Walzendruck im Scheitel der Biegungswelle wirksam gemacht, so daß die beim Verbiegen entstehende Schleife zusammengedrückt wird. Ferner sind die Walzen in drei verschiedenen Horizontalebenen so angeordnet, daß jede Walze der mittleren Ebene abwechselnd nur mit einer Walze der obersten, oder nur mit einer Walze der untersten Ebene zusammen arbeitet. Dabei wird das Biegen der gedoppelten Bleche in bekannter Weise durch Führungsschienen unterstützt. Der Erfinder ging bei seiner Einrichtung von der Erkenntnis aus, daß die einzelnen Bleche beim Doppeln nicht an allen Stellen zusammengeschweißt werden, sondern daß Luft und Unreinigkeiten dies verschiedentlich verhindern, so daß sich im Scheitel der Biegungswelle störende Schleifen bilden.

Ein „Verfahren und selbsttätige Vorrichtung zum Kaltziehen von Drähten" (236 931, Steel Comp. in Manchester) hat den Zweck, Drahteile zum Heben von Lasten, entsprechend der Verminderung des Zuges bei fortschreitender Arbeit, einen sich nach und nach verkleinernden Querschnitt gewinnen zu lassen. Gemäß der Erfindung wird die konische Gestalt des Drahtes dadurch erhalten, daß, während er durch ein einteiliges Zieheisen gezogen wird, dessen Oeffnung durch stetiges Zusammendrücken des Zieheisenmateriales rings um das Ziehloch allmählich verengt wird. Hierbei wird eine sehr gleichmäßige Arbeit erhalten und die Bildung von Graten vermieden, die sich bei Verwendung von mehrteiligen Zieheisen sonst bemerkbar macht. Man hat allerdings bereits das Ziehloch von einteiligen Zieheisen durch Zusammendrücken des Zieheisens in einem konischen Sitz verengt, wenn eine Abnutzung stattgefunden hatte und der ursprüngliche Durchmesser wieder hergestellt werden sollte. Hierbei handelt es sich jedoch nur um eine einmalige Handhabung, während sich gemäß der Erfindung das Zusammendrücken des Zieheisens auf die Dauer des Ziehganges verteilt. Dabei bewegt ein mit dem Haspel zwangläufig verbundenes, als Mutter ausgebildetes Schneckenrad eine Spindel gegen den Arm eines Winkelhebels, dessen anderer Arm den Druck selbsttätig auf das Zieheisen überträgt.

Patentiert wurde ferner ein „Verfahren zur Herstellung von Rohrschlangen für Ueberhitzer" (236 931, G. Corleis in Wilhelmshaven). Es hat den Zweck, solche Schlangen mit sehr kurzen Umkehrenden herzustellen. Zur Erreichung desselben werden die zu verbindenden Enden der Rohrstränge durch Flachbrücken an den einander zugekehrten Seiten trapezförmig verbreitert. Dann werden sie an den Stirnseiten geschlossen und nach dem Abschneiden von Keilstücken an den betreffenden Schnittstellen und ebenso an den Stirnseiten verschweißt. Wird das zusammenliegende Ende der Schenkel genügend lang ausgeführt, so läßt sich an diesen Stellen leicht die Lagerung oder Führung der Schlange anbringen, was speziell für Ueberhitzerrohre der Schiffskessel vorteilhaft ist.

Bei den bisher bekannten Maschinen zum Rundbiegen von Blechen tritt häufig ein Durchbiegen der Obertwalze ein, was verschiedene Nachteile mit sich führt. Dieser Mangel soll durch eine „Maschine zum Rundbiegen von Blechen" (236 810, Duisburger Maschinenfabrik) beseitigt werden. Gemäß der Erfindung stützen sich nämlich die Untertwalzen — auswärts — mittels eines Gelänges, einer hydraulischen Vorrichtung oder dergleichen gegen die Enden der über ihre Lager verlängerten Obertwalze derart, daß der Rückdruck der Untertwalzen beim Biegevorgang an den Enden der Obertwalze Biegungsmomente hervorbringt, die in an sich bekannter Weise der durch das Werkstück verursachten Durchbiegung der Obertwalze entgegenwirken.

Es gibt Vorrichtungen zur Zuführung von ausgehöhlten Werkstücken, die aus einem schachtartigen Behälter bestehen, in dem die Werkstücke in geneigter Lage mit terrassenförmiger Abstufung geheben werden, so daß ein Mitnehmer in den Hohlraum des untersten Werkstückes eintreten, dessen Rand erfassen und das Werkstück aus dem Behälter entfernen kann. Wenn diese Vorrichtung aber für solche Körper benutzt wird, die auch auf ihrer oberen Seite eine Höhlung aufweisen, wie dies beispielsweise bei Deckeln von Konservenbüchsen der Fall ist, so kann es vorkommen, daß der vorletzte Hohlkörper zwischen den untersten Hohlkörper und die untere Kante der vorderen Schachtwand gelangt und dadurch den unteren Körper festklemmt. Den Gegenstand einer neuen Erfindung bildet nun eine „Vorrichtung zur Zuführung von Dosendeckeln oder ähnlichen Gegenständen" (235 624, Brückmann in Braunschweig), die das verhüten soll. Zu diesem Zweck ist ein Schieber, der die Werkstücke aus dem Schacht zu entnehmen hat, mit einem federnden Mitnehmer und einer federnden Stütze versehen. Dadurch wird das zu fördernde Werkstück gegen eine Nase gedrückt, die in dessen obere Höhlung eintritt, und die an der Unterkante der vorderen Schachtwand angeordnet ist. Ferner ist der Schacht an seiner Rückseite mit einer Sperre versehen, die die Aufwärtsbewegung des Werkstückes hindert.

Ein „Arbeitsverfahren für Maschinen zur Herstellung von Drahtgeflechten" (237 207, P. Kollerich in Budapest), wobei je zwei Flechtdrähte mittels Flechtwerkzeugpaaren, die sich abwechselnd aus anderen Flechtwerkzeugen gruppieren, um die Stelle des zu bildenden Flechtknotens herumgedreht werden, charakterisiert sich folgendermaßen. Es machen die Flechtwerkzeuge zwecks Durchführung eines jeden Flechtdrahtes durch die ganze Breite des Geflechtes eine ungerade Anzahl von Halbumdrehungen. Sie stehen dann nach Durchschreiten der ganzen Geflechtsbreite während eines Flechthubes still, um hierauf das Geflecht in entgegengesetzter Richtung zu durchziehen.

Gegenstand einer anderen Erfindung auf dem Gebiet der Fabrikation von Drahtgeflechten ist eine besondere Schneidvorrichtung für eine „Maschine zur Herstellung von Drahtgeflechten" (236 248, E. Wegner in Reutlingen). Hier soll verschiedenen Uebelständen von Drahtmaschinen dadurch abgeholfen werden, daß im geeigneten Momente eine Schneidvorrichtung das Abschneiden automatisch besorgt, um dann selbsttätig aus der Bahn des Drahtes zu schwingen. Es ist die gesamte Schneidvorrichtung zu diesem Zwecke um einen Zapfen drehbar angeordnet, so daß sie während der Herstellung des Drahtstabes beiseite geschwenkt werden kann. Sie wird nach ihrem Heben in die Arbeitsstellung durch ein selbsttätig einrückendes Widerlager gestützt. Dieses besteht aus einem pendelnd befestigten Hebel, der die Schneidvorrichtung untergreift, um sie beim Arbeiten zu stützen.

Das gleichzeitige Herstellen zweier gepreßten Spitzen, sowie zweier gepreßten Nägel und Drahtstifte aller Art ohne Abfall soll durch eine

wie zu den Zeiten seiner Vollkraft und riß durch die gelegentlichen ins Schwarze treffenden Bemerkungen die Zuhörer zu lebhaftem Beifall hin, ebenso wie einige launige Bemerkungen ungetrübte Heiterkeit hervorriefen. Nicht zur Heiterkeit stimmen konnten allerdings die packenden Schilderungen von den wirtschaftlichen Folgen eines mit den modernen Waffen und Hilfsmitteln geführten Krieges und wir möchten unseren Kollegen empfehlen, gerade diese Stelle in den ausführlichen Berichten vom Parteitag einer besonderen Aufmerksamkeit zu unterziehen und vor allen Dingen diejenigen Arbeitskollegen darauf aufmerksam zu machen, die auf den Kaiserlichen Werften und in den sonstigen Militär- oder Marinebetrieben arbeiten, und die glauben, dort ihr „sicheres Brot" zu haben und es deswegen nicht für nötig halten, sich der Arbeiterbewegung anzuschließen. Der Parteivorstand hatte folgende Resolution vorgelegt:

„Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu Jena erhebt auf das nachdrücklichste Protest gegen jeden Versuch, einen männermordenden Krieg zwischen Kulturvölkern, wie sie das französische, englische und deutsche sind, hervorzurufen, der notwendig ein Weltkrieg werden müßte und mit einer allgemeinen Katastrophe enden würde.

Die Bestrebungen einer großkapitalistischen Clique, in Marokko festen Fuß zu fassen, um es um so wirkungsvoller kolonialpolitisch auszubeuten und dafür Gut und Blut des deutschen Volkes in Anspruch zu nehmen, unter der verlogenen Vorgabe, ‚daß die Ehre und die Interessen der Nation' dieses erfordern, weist der Parteitag als bewußte Fälschung der Tatsachen und schamlose Heuchelei zurück.

Die einzigen, die hüben und drüben an dieser Verhetzung verschiedener Kulturvölker ein Interesse haben, sind neben den Kolonialpiraten die Chauvinisten zu Wasser und zu Lande, deren Handwerk der Krieg ist, die nach Avancement und Auszeichnung dürsten, und die Fabrikanten und Lieferanten von Kriegsmaterial aller Art, die durch den Krieg ungeheure Gewinne in die Tasche stecken auf die Gefahr hin, daß Hunderttausende von Menschen in diesen Kämpfen zugrunde gehen, Millionen in Not und Unglück gestürzt werden.

Nur den seit vielen Jahren betriebenen Hetzereien der interessierten Kreise ist es zu danken, daß Mittel- und Westeuropa wiederholt in einen Zustand kriegerischer Unruhe versetzt wurden. Diese Beutemacher versuchten dabei die Reichsregierung in die Rolle des gefügigen Handlangers zu drängen, damit sie die Wehr- und Volkskraft der Nation ihren Interessen opfere; der Grad, in dem ihnen dieses gelang, zeigt, wie sehr die heutigen Regierungen nur der Verwaltungsausschuß für die Interessen der besitzenden Klassen sind.

Der Parteitag weist mit Empörung diese dem Volke gemachten Zumutungen zurück und erwartet, daß insbesondere die deutsche Arbeiterklasse jedes mögliche Mittel anwendet, um einen Weltkrieg zu verhindern.

Der Parteitag fordert die sofortige Einberufung des Reichstags, damit der Volksvertretung Gelegenheit gegeben wird, ihre Meinung zu äußern und den volksfeindlichen Machtnationen entgegenzutreten."

Rosa Luxemburg, Gustav Hoch und Klara Zetkin hatten zu dieser Resolution einige Amendements eingebracht, die solche Selbstverständlichkeiten enthielten, daß es wirklich nicht dringend notwendig war, sie in die Resolution aufzunehmen und der Parteitag lehnte sie denn auch ab, ehe er die vom Parteivorstand eingebrachte Resolution einstimmig annahm.

Der Parteitag war nunmehr mit seiner Arbeit gut vorwärts gekommen, so daß der Vorsitzende Dietz schon die Hoffnung aussprach, daß die ganze Tagesordnung bis zum Freitag mittag erledigt sein könne. Dies hat sich allerdings nicht durchführen lassen. Es folgte nunmehr Punkt 6 der Tagesordnung: Die Maifeier, Referent Genosse Pfannkuch. Ueber die Form und den Umfang der Maifeier sprach indessen fast nur der Referent; die vielen Diskussionsredner sprachen fast nur zu den Anträgen auf Aufhebung oder Aenderung des Beschlusses vom Nürnberger Parteitag, wonach Angestellte und Arbeiter, die am 1. Mai feiern und keine Lohneinbuße haben, einen Tagesverdienst für die hergeben sollen, die wegen der Arbeitsruhe am 1. Mai ausgesperrt worden sind, ein Beschluß, der wie eine besondere Schikane für die Funktionäre der Arbeiterbewegung wirkt. Besonders interessant waren die Ausführungen der Genossen Lipinski (Leipzig), Simon (Nürnberg) und Peus (Dessau), die haarklein nachwiesen, daß der durch den seinerzeit in großer Uebereilung angenommenen Nürnberger Beschluß angerichtete Schaden seinen Nutzen weit übertrifft. Es nützte nichts, der Antrag auf Aufhebung des Nürnberger Beschlusses wurde mit 153 gegen 139 Stimmen abgelehnt. Es wurde sogar nach einigem Krach noch eine Verschärfung beschlossen, indem ein Antrag aus Hamburg angenommen wurde, wonach diejenigen, die sich weigern, den Taglohn zu bezahlen, ausgeschlossen werden sollen. Interessant waren die Abstimmungen. Man kann da wenigstens nicht sagen, daß die sogenannten Revisionisten die größten Gegner der Abführung des Tagelohns waren. Der Nürnberger Beschluß ist ja nunmehr in seiner ganzen Unvollständigkeit aufs neue festgelegt worden, seine Ungerechtigkeiten und Uebelstände werden jedoch die Folge haben, daß er über kurz oder lang doch wieder auf die Tagesordnung eines Parteitages kommen wird.

Der 15. September begann mit dem Referat Bebels über die Reichstagswahlen. Auch in diesem Referat zeigte sich der große Zug wie in dem vom Tage vorher. Bebel rief auf zum Kampfe gegen den schwarzblauen Block; wohlgezielte Geißelhiebe sausten auf das Zentrum als der grundsatzlosesten politischen Partei, die ihre Taktik immer nur nach dem augenblicklichen Vorteil einrichtet und demzufolge nicht davor zurückschreckt, morgen das Gegenteil von dem zu tun, was sie heute tut. Wenn Chrisius heute wiederkäme und in den Reichstag gewählt würde, so säße er nicht im Zentrum, sondern bei uns. Weiter sagte Bebel manches, zwar nicht mehr neue, aber doch nicht weniger treffende Wort über die Steuerpolitik des zu Ende gehenden Reichstags, die veranlaßt ist durch das wahnwitzige Wettrüsten der Regierungen in den verschiedenen Ländern, und die in der überwiegenden Hauptsache in der Belastung der notwendigsten Lebensmittel besteht. Die Frage der Lebensmittelbeschaffung wird unter solchen Umständen eine solche Wichtigkeit erhalten, daß alles andere zurückstehen muß. Hinzu kommt noch, daß 1912 die Revision des Zolltarifs bevorsteht und daß die Agrarier neue Erhöhungen verlangen. Wir müssen alles aufbieten, um die Massen zum Kampfe dagegen aufzurufen. Allerdings dürfen wir uns nicht mit Siegeshoffnungen vollsaugen. Wir müssen alles aufbieten zur Gewinnung einer großen Zahl von Mandaten, aber auch einer großen Zahl von Stimmen, vor allen Dingen in den Wahlkreisen, die uns sicher sind. Wir müssen die Vermehrung der Bevölkerung gründlich ausnutzen, die Parteipresse und die Organisationen stärken. Die 120 000 im letzten Jahre neugewonnenen Mitglieder bilden gewiß eine respektable Zahl; ich bin aber nicht damit zufrieden. Es kommt auf 3½ Mann ein neuer. Wir müssen aber dafür sorgen, daß auf je zwei Mann ein neuer kommt. Dann sind wir über die Million hinaus, und wenn dann jeder wieder einen neuen bringt, dann geht's vorwärts! (Froher Beifall und Händeklatschen.)

Bebel wandte sich sodann noch den Stichwahlen zu, wo der sozialdemokratische Kandidat ausfällt, und erläuterte noch kurz die darauf bezüglichen Bestimmungen in der vom Parteivorstand vorgelegten Resolution (siehe unten). Er hatte, wie man sich denken kann, sich beim Sprechen ein wenig geschont; zum Schluß erhob sich seine Stimme jedoch mit alter Kraft zu einem flammenden Aufruf, der ausklang: **„Auf zum Kampf! Vorwärts! Durch!"**

Die vom Parteivorstand eingebrachte und einstimmig angenommene Resolution lautet:

„Der Parteitag erwartet, daß, soweit es noch nicht geschehen sein sollte, die Parteigenossen in allen Wahlkreisen, in denen die Partei Anhänger besitzt, unverzüglich die Vorbereitungen zur Reichstagswahl treffen, um selbständig in die Wahl einzutreten.

Der Parteitag erwartet weiter, daß die Parteigenossen die Wahlagitation gründlich ausnutzen, um sowohl neue Mitglieder für die Parteiorganisation, wie neue Abonnenten für die Parteipresse zu werben.

Insbesondere muß die Wahlagitation auch für Erlangung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts im Sinne des Parteiprogramms für die Wahlen zum Landtag in Preußen wie in den Staaten, die das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht noch nicht besitzen, ausgenutzt werden.

Wo nach dem Ausfall der Hauptwahlen die Parteigenossen bei engeren Wahlen eine Entscheidung zwischen gegnerischen Kandidaten zu treffen haben, dürfen sie nur demjenigen Kandidaten ihre Stimmen zuwenden, der sich verpflichtet:

1. für Aufrechterhaltung des bestehenden Wahlrechts für den Reichstag;
2. gegen eine Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts und des Koalitionsrechts;
3. gegen eine Verschärfung der sogenannten politischen Paragraphen des Strafrechts;
4. gegen ein wie immer geartetes Ausnahmegesetz;
5. gegen jede Erhöhung oder neue Einführung der Zölle auf die Verbrauchsartikel der großen Masse;
6. gegen jede Neueinführung oder Erhöhung indirekter Steuern auf Verbrauchsartikel der großen Masse

einzutreten und zu stimmen.

Der betreffende Kandidat ist zu ersuchen, seine Erklärung vor Zeugen oder schriftlich abzugeben.

Stehen in der engeren Wahl zwei Kandidaten, die beide bereit sind, die aufgestellten Bedingungen zu erfüllen, so ist der Liberale dem Nichtliberalen vorzuziehen.

In jedem anderen Falle ist strikte Stimmenenthaltung zu proklamieren."

(Schluß siehe unter „Letzte Nachrichten".)

„Vorrichtung zur Herstellung von Nägeln mittels vier gleichzeitig gegeneinander zu bewegenden Stempeln" (235 298, G. Bitzer in Düsseldorf) ermöglicht werden. Jeder der vier Stempel ist an einer Seite mit einer Rinne versehen, die in der Mitte vertieft ist, während die zum Pressen dienende Kopfseite mit dachförmigen oder ähnlich gestalteten Preßflächen versehen ist. Sie haben in der Mitte vorspringende Teile, die beim Pressen gleichzeitig gegeneinander treffen und das Material nach beiden Seiten hindrücken. Auf diese Weise bilden sich gleichzeitig zwei von allen Seiten gepreßte Spitzen.

Unter dem Titel: „Vorrichtung zum Einwalzen von Gewinden in Bolzen" (236 932, Urban & Söhne in Wien) wurde ein Messer für Gewindewalzmaschinen patentiert, das das beim Walzen über den gewünschten äußeren Gewindedurchmesser heraus gepreßte Material abschneidet. Dieses Messer soll nach der Erfindung eine zweite Schneide haben und während des Walzens in der Richtung der Bolzenachse verstellt werden, wodurch auch das Bolzenende fertig gedreht wird. Nach einer anderen Ausführung erhält das Messer noch eine dritte Scheibe zur Bearbeitung der Kopfunterseite. Die Verschiebung des Schnittmessers geschieht durch Leitschienen, die am Gestell oder an einer der Walzenbacken angebracht sind.

Auf demselben Gebiet liegt der Gegenstand einer andern Erfindung, die als: „Einstellvorrichtung für die Walzwellen von Gewindewalzmaschinen" (235 910, H. Despaigne in Brüssel) patentiert wurde. Es handelt sich hier um solche Maschinen, deren Walzwellen radial beweglich im vorderen Lagerbock und im Kreise beweglich im hinteren Lagerbock gelagert sind, und es kennzeichnet sich die Erfindung in folgender Weise. Es sind zwecks Verstellung des Angriffswinkels der Walzwelle die Wellenstümpfe in einer im hinteren Lagerblocke lose angeordneten Scheibe gelagert. Diese kann während des Betriebes der Maschine hin- und hergedreht werden, was etwa mittels eines Zahnkranzes am Umfang der Scheibe und einer eingreifenden Schnecke geschieht. Die Vorrichtung soll besonders dort ihre Dienste leisten, wo ein sehr genaues Gewinde von überall gleichmäßigem Durchmesser und gleicher Steigung gewalzt werden soll, so daß die betreffenden Schrauben exakt in die Muttergewinde passen. Ferner ermöglicht es die nach der Erfindung eingerichtete Walzenlagerung, Walzen von verschiedener Dicke mit Gewinden zu versehen, und die Steigung des letzteren für die verschiedenen Fälle verschieden zu wählen. Außerdem sind Vibrationen oder Schläge der Wellen vermieden, und es ist somit ein Ovalwerden des geschnittenen Schraubenbolzens ausgeschlossen.

Lohnbewegung und Vertragsabschluß für die Heizungsmonteure und Helfer in Hannover-Linden.

Die Hannoverschen Heizungsfirmen stehen in der Zentralheizungsindustrie an erster Stelle, man kann Hannover wohl mit Recht als die Mutterstadt der deutschen Heizungsindustrie bezeichnen. Als erste befaßte sich die im Jahre 1871 gegründete Firma Gebr. Körting in den nachfolgenden Jahren mit der Herstellung und Installation von Heizungsanlagen. Im Jahre 1884 wurden die „Zentralheizungswerke" unter der Firma „Hannoversche Zentralheizungs- und Apparate-Bauanstalt" gegründet. Leiter des neuen Werkes waren Herr Bolze, der jetzige Generaldirektor der Zentralheizungswerke Hannover-Hainholz, und Herr Kaeferle. Beide Herren waren vordem als Ingenieure bei der Firma Gebr. Körting tätig gewesen. Einige Jahre später trat Herr Kaeferle aus der Firma aus und gründete die heute noch unter dem Namen „Fritz Kaeferle" bestehende Firma. Die drei genannten Werke produzieren selbst alle für Heizungen notwendigen Materialien und Apparate, sie haben sich im Laufe der Jahre zu sehr leistungsfähigen Großbetrieben entwickelt. So beschäftigt die Firma Gebr. Körting, die außer Heizungsanlagen auch die Fabrikation aller möglichen Maschinen, Motoren und Apparate betreibt, zurzeit zirka 5000 Arbeiter und Beamte. Außer dem Werk in Körtingsdorf, in dem jetzt 2000 Arbeiter beschäftigt sind, hat die Firma noch Fabriken in Wien, Sestri Ponente in Italien und in Moskau. Außer einer Reihe von selbständigen Tochtergesellschaften unterhält das Werk an allen bedeutenden Plätzen des In- und Auslandes Filialen und Vertretungen. Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt 19 Millionen Mark. Die Zentralheizungswerke Hannover-Hainholz haben außer dem Werk in Hainholz, in dem durchgängig 300 bis 350 Arbeiter beschäftigt werden, einen weiteren Fabrikbetrieb in Mährisch Ostrau. Auch dieses Werk unterhält eine Anzahl Filialen und Vertretungen. Die Firma F. Kaeferle beschäftigt in ihrer Fabrik durchschnittlich 250 Arbeiter und hat außer der selbständigen Filiale in Berlin auch an allen größeren Plätzen Vertretungen. Außer diesen drei Firmen, die selbst fabrizieren, bestehen noch drei Geschäfte, die sich mit der Installation von Heizungsanlagen befassen, zwei von diesen wurden erst in den letzten Jahren gegründet.

Einen Einblick in die Rentabilität der Werke in der Heizungsindustrie gestatten uns nur, da Gebr. Körting infolge der vielseitigen Produktionsarten außer Betracht gelassen werden muß, die Geschäftsberichte der Zentralheizungswerke Hainholz. Diese Gesellschaft konnte außer ständig reichlichen Abschreibungen an Dividende verteilen: 1906 12 Prozent, 1907 und 1908 je 14 Prozent, 1909 18 Prozent und 1910 infolge Geschäftsbeeinträchtigung durch die Kämpfe im Baugewerbe „nur" 17 Prozent. Also immerhin eine sehr profitable Rente für die Aktionäre. Bei den Monteuren sieht es allerdings anders aus.

Doch zunächst sei noch einer Eigentümlichkeit in dem Arbeitsverhältnis der hannoverschen Monteure gedacht. In früheren Jahren wurden die Installationen größtenteils durch das Stammhaus ausgeführt. Bei der Firma Kaeferle ist dies heute noch der Fall bis auf die Filiale Berlin, die selbst Monteure hält. Bei den übrigen beiden großen Werken, Gebr. Körting und Zentralheizungswerke, werden die meisten Anlagen durch die Filialen ausgeführt. So beschäftigt die Firma Körting im Stammhause durchgängig nur 40 bis 50 Monteure, während in einzelnen der vielen Filialen dieses Werkes bald ebenso viel und mehr Monteure beschäftigt werden. Aehnlich liegen die Verhältnisse in den Zentralheizungswerken, hier sind im Stammhause nur 20 Monteure beschäftigt. Besonders bei Körting werden nun die Monteure aus dem Stammhause zum großen Teile jeweils den Filialen, die momentan viel Arbeit haben, zugewiesen, sie werden so als Lückenbüßer hin- und hergeworfen. Läßt die Beschäftigung in den Filialen nach, können die aus dem Stammhause überwiesenen Monteure wieder heimwärts fahren. Meistens ist dann im Stammhause aber auch nichts mehr zu tun und die Monteure dürfen feiern. Die Verdienstverhältnisse der Monteure und Helfer gestatten allerdings diese oft wochen- und monatelangen Ferien nicht. Deshalb war es schon sehr früh das Bestreben der hannoverschen Monteure, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse möglichst günstig zu gestalten. Im Jahre 1902 schloß sich der größte Teil der Monteure der Organisation an. Die erste Lohnbewegung fand im Jahre 1905 statt, damals waren die Monteure gezwungen, die Arbeit einzustellen, da von den Firmen kein genügendes Entgegenkommen gezeigt wurde. Nach 14tägigem Streik wurde ein Lohntarif mit Gültigkeit bis 1. Juli 1906 vereinbart, der einen Lohnsatz von 50 ₰ nebst 5 ₰ Bauzulage vorsah. Bei Anlagen, die in vollem Umfange in Lohn ausgeführt wurden, betrug der Lohnsatz 55 ₰. Die Landzulage wurde auf 3 ℳ normiert. Für die Helfer wurde ein Lohnsatz von 30 bis 32 ₰ (außer Bauzulage) festgesetzt. Bei Montagen außerhalb Hannovers sollte der Helferlohn 40 ₰ nicht übersteigen. Ueber die Akkordpreise konnte in der kurzen Zeit eine Einigung nicht erzielt werden. Die Verhandlungen darüber sollten fortgesetzt, es sollten möglichst einheitliche Preise für die vier damals bestandenen Firmen vereinbart werden. Diese später stattgefundenen Verhandlungen zeitigten kein zufriedenstellendes Resultat und wurden im August 1905 abgebrochen, weil auch unter den Monteuren eine Einigkeit über gleichmäßige Akkordpreise damals nicht zu erzielen war.

Bei der Aussperrung im Jahre 1906 infolge der Formerbewegung stellten auch die Heizungsmonteure die Arbeit ein. Die nach Beendigung der Aussperrung angebahnten Verhandlungen über die Neuregelung des zum 1. Juli ablaufenden Tarifs wurden von den Firmen illusorisch gemacht. Ein Teil der Monteure selbst unterstützte die Firmen bei diesen Maßnahmen leider dadurch, daß sie den Anordnungen der Organisationsleitung nicht nachkamen. Anderseits ließ sich ein großer Teil der Monteure von Körting ködern, in Monatsgehalt mit sechswöchiger Kündigung zum Quartalsersten zu treten, sie machten so ihren übrigen Kollegen ein weiteres Vorgehen unmöglich. Nur bei der Firma Kaeferle konnten die Monteure Verbesserungen der Akkordpreise erzielen. Bei den andern Firmen verschlechterten sich die Verhältnisse noch dadurch, daß ein Teil der Monteure der Organisation den Rücken kehrte. Bei der Statistik im Januar 1908 waren nur noch 52 Prozent der Beschäftigten organisiert.

Lähmend für den ganzen Beruf am Orte wirkte das unselige Verhältnis der Monatsmonteure. Dennoch ließen die an der Spitze der Bewegung stehenden Kollegen den Mut nicht sinken, sondern arbeiteten eifrig an dem Wiederaufbau der Organisation. Es ist auch im Laufe der letzten beiden Jahre damit bedeutend besser geworden. Im vorigen Jahre, nach Beendigung der Bauarbeiterbewegung, machte sich das Bestreben nach Besserung der infolge der Lebensmittelteuerung verschlechterten Lebenshaltung immer mehr bemerkbar und führte zu der Lohnbewegung, die nunmehr nach Ablauf eines Jahres durch einen günstigen Abschluß beendet werden konnte.

Eine am 28. August 1910 abgehaltene Versammlung der Heizungsmonteure und Helfer beauftragte die Organisationsleitung, mit den Firmen Verhandlungen anzubahnen zur Regelung und Aufbesserung der Arbeitsverhältnisse. Auf eine Anfrage vom 29. August, der eine ausführliche Begründung beigegeben war, teilten die Firmen in der Zeit vom 14. bis 19. September einzeln, aber gleichlautend mit, daß „die Festsetzung der Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen mit jedem einzelnen Arbeiter im Wege des freien Arbeitsvertrages erfolgt und daß sie einen Tarifvertrag nicht abzuschließen wünschen". Mit dieser Antwort beschäftigten sich die Versammlungen am 2. und 9. Oktober, diese erklärten sich mit einer solchen Regelung nicht einverstanden. In einem neuen Schreiben vom 10. Oktober verwiesen wir die Firmen auf den erfolgten Tarifabschluß in Rheinland-Westfalen und daß auch in einer Anzahl anderer Städte die Filialen der hiesigen Firmen an den dort bestehenden Tarifverträgen beteiligt seien. Bestimmte Antwort erbaten wir bis zum 16. Oktober. Die Firmen teilten daraufhin in den Tagen vom 13. bis 15. Oktober wieder fast gleichlautend mit, daß „sie auf unser Schreiben noch ausführlich antworten würden, eine Antwort aber bis zum 16. Oktober nicht geben könnten, da die notwendigen Erkundigungen bis dahin nicht erledigt sein könnten, wir möchten uns deshalb noch gedulden".

Da bis zum 23. Oktober eine weitere Nachricht nicht einging, glaubten die Kollegen, daß die Firmen die Angelegenheit verschleppen wollten. Sie beschlossen deshalb, den Firmen einen Lohn- und Tarifentwurf zu übersenden und verlangten bis zum 27. Oktober Nachricht, ob die Firmen bereit seien, mit einer Vertretung der Monteure auf Grund des eingereichten Entwurfs zu verhandeln. Am 26. Oktober waren die Firmen zusammen und sandten am 27. Oktober unserem Verbande die Antwort:

„Auf das an die hannoverschen Zentralheizungsfirmen gerichtete Schreiben vom 24. Oktober dieses Jahres teilen wir Ihnen mit, daß die Firmen des unterzeichneten Verbandes bereit sind, die Wünsche ihrer Heizungsmonteure anzuhören und sich nach Möglichkeit mit ihnen darüber zu verständigen. Zu diesem Zweck hat der unterzeichnete Verband eine Kommission von dreien seiner Mitglieder ernannt. Die einzelnen Firmen werden ihre Heizungsmonteure auffordern, je einen ihrer Mitarbeiter namhaft zu machen, den sie mit ihrer Vertretung bei einer Besprechung mit der diesseitigen Kommission betrauen wollen. Diesen Vertretern der einzelnen Belegschaften wird sodann unserseits Mitteilung gemacht werden, an welchem Tage gegen Mitte November eine Besprechung stattfinden kann. Uebrigens müssen wir die Unterstellung zurückweisen, daß die hannoverschen Heizungsfirmen eine Verzögerung der Angelegenheit beabsichtigt hätten."

Die Versammlung der Monteure vom 30. Oktober war der Ansicht, daß der Verhandlungstermin zu weit hinausgeschoben sei und früher stattfinden könne, da eine umständliche Kommissionswahl, wie sie von den Firmen geplant, nicht nötig, aber auch nicht angängig sei, da die organisierten Monteure bereits eine Kommission, bestehend aus der Branchenleitung und einem Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, bestimmt haben. Dieser Standpunkt der Monteure wurde den Firmen mitgeteilt und um frühere Ansetzung eines Verhandlungstermins ersucht. Die Firmen lehnten durch Schreiben vom 3. November die gewählte Kommission ab und erließen an die bei ihnen beschäftigten Monteure Rundschreiben, worin sie für jede Firma einen Monteur und einen Stellvertreter bestimmt haben wollten. Obwohl die Monteure von dem ganzen Verlauf der Angelegenheit und unserm Schriftwechsel mit den Firmen durch uns genau unterrichtet waren, kam ein großer Teil der Kollegen unserer Aufforderung, auf die Schreiben der Firmen nur die gewählte Kommission zu nominieren, nicht nach, sie versagten vollständig. Durch dieses disziplinwidrige Verhalten der Monteure hatten die Firmen einen neuen Grund, die Sache zu verzögern, und so antworteten sie nun kurzerhand, daß sie in eine Verhandlung nicht eintreten könnten, da die Mehrzahl der Monteure für unsere Kommission nicht zu haben sei.

Die Verhandlungen darüber zogen sich bis nach Weihnachten hin. Die Firmen erklärten sich durch Schreiben vom 3. Januar dieses Jahres endlich bereit, mit der gemeinschaftlichen Kommission der Monteure, aber ohne Organisationsvertreter, zu verhandeln, doch verlangten sie gleichzeitig eine Liste der Auftraggeber, also der organisierten Monteure. Selbstverständlich lehnten wir ein solches Ansinnen ab. Es kam dann aber doch so weit, daß am 20. Januar endlich die erste Verhandlung in der Angelegenheit stattfinden konnte. Aber auch dabei wurden noch

Schwierigkeiten bereitet. Die „Zentralheizungswerke“ wollten dem bei ihnen beschäftigten Kommissionsmitgliede die Teilnahme an der Verhandlung verwehren, sie verweigerten die Unterbrechung der Montage. „Also bleiben Sie am Freitag auf jeden Fall dort,“ schrieb die Firma. Der Kollege kam aber trotzdem zurück. Nachdem das erste Eis gebrochen, ging es besser vorwärts. Eine Reihe von Verhandlungen folgten nach. In den ersten wurde nur über den eingereichten Lohntarif beraten. In der Frage der Arbeitszeit war ein Entgegenkommen nicht zu erzielen. Schwierig gestalteten sich auch die Beratungen über die Helferlöhne. Einen Mindestlohnsatz wollten hier die Firmen unter keinen Umständen zugestehen. Die Verhältnisse mit den Helfern unterscheiden sich in Hannover wesentlich von den Verhältnissen an andern Orten. Ständige Helfer gibt es kaum ein Dutzend. Nach auswärts auf Montage kommt selten ein Helfer mit. Da erklärten die Firmenvertreter, es sei doch ein unbilliges Verlangen, daß die Heizungsfirmen an kleineren Orten, wo gelernte Handwerker vielleicht nur 35 bis 40 ₰ verdienten, dort den ungelernten Helfern (um solche handelt es sich größtenteils) einen Lohn von 45 ₰ zahlen sollten. In der Verhandlung am 3. März einigte sich die Kommission über das nachfolgende Lohnabkommen:

1. a) Der Arbeitslohn beträgt für Monteure pro Stunde 65 ₰, für jüngere, nicht selbständig arbeitende Monteure und Hilfsmonteure 50 bis 55 ₰. b) Wenn Helfer gestellt werden, so erhalten dieselben einen Stundenlohn bis zu 45 ₰.

2 Für notwendige Ueberstunden wird nur bei Lohnarbeiten für Monteure und Helfer von 6 bis 8 Uhr abends ein Zuschlag von 10 Prozent bezahlt, nach 8 Uhr abends 25 Prozent; für Sonntagsarbeiten werden 50 Prozent bezahlt.

3. a) Am Wohnsitz der Firma und im inneren Stadtgebiet wird keine Zulage bezahlt. b) Bis zu 10 Kilometer Entfernung vom Hauptbahnhof Hannover, soweit keine Uebernachtung erforderlich ist, wird 1 ℳ Zulage pro Tag bezahlt. c) Bei Entfernungen über 10 Kilometer wird die Landzulage mit 3,25 ℳ pro Kalendertag bezahlt. d) Bei Auslandsmontagen, auswärtigen Reparaturen bis zu 6 Tage Dauer und bei Montagen in anerkannt teuren Badeorten während der Saison wird die Landzulage besonders vereinbart.

4. a) Das Fahrgeld für die Eisenbahn dritter Klasse für alle Züge wird vergütet. Die Fahrzeit gilt als Arbeitszeit. b) Die nach dem billigsten Satze ermittelten Transportkosten für Gepäck bis 25 Kilogramm trägt die Firma. c) Dem Monteur ist zweimal im Jahre, entweder zu Ostern, Weihnachten oder Pfingsten oder nach Abwesenheit von mehr als sechs Monaten, das Fahrgeld für Hin- und Rückfahrt dritter Klasse zur Familie zu erstatten. Bei Todesfällen im engeren Familienkreise, Frau oder Kinder, wird Urlaub gewährt und werden die Kosten der Fahrkarte erstattet. d) Bei notwendig werdenden Straßenbahnfahrten zur Arbeitsstelle und von der Arbeitsstelle wird nur das Fahrgeld, nicht die Zeit vergütet.

5. Der Lohn für die abgelaufene Woche und Auslagen sind wöchentlich auszuzahlen, der Rest nach Beendigung der Montage.

6. Dem Monteur wird auf dem Bau ein verschließbarer Raum zur Verfügung gestellt. Etwaiges Heizmaterial ist zu liefern.

7. Sobald keine Montage vorliegt, können Monteure in der Werkstatt beschäftigt werden. In diesem Falle erhalten sie nicht unter zwei Drittel ihres Lohnes bezahlt. Monteuren, für die keine Arbeit vorliegt, ist innerhalb zehn Tagen mitzuteilen, ob und in welcher Frist sie wieder beschäftigt werden können. Wird eine Frist gesetzt, so ist der Monteur von dem angegebenen Tage an zu beschäftigen. Ist wider Erwarten eine Beschäftigung nicht möglich, so erhält der Monteur 3 ℳ Wartegeld pro Tag. Muß trotz Stellung einer Frist nach Ablauf derselben die Kündigung ausgesprochen werden, so ist die Firma verpflichtet, eine volle Woche Wartegeld zu zahlen, falls der Monteur inzwischen keine andere Stellung annimmt.

8. Dem Monteur wird nach Fertigstellung jeder Montage die spezifizierte Abrechnung zugestellt.

9. Es ist wünschenswert, daß Streitigkeiten über vorstehende Abmachungen innerhalb der Firma durch je zwei Vertreter der Firma und der Monteure geschlichtet werden und daß das Gewerbegericht nur bei Nichteinigung angerufen wird. —

Diese Lohnabmachungen wurden von den Monteuren und Helfern in der Versammlung am 12. März, von den Zentralheizungsindustriellen am 24. März, akzeptiert und sie traten am 1. April in Kraft. Es folgte nun der schwierigere Teil der Verhandlungen, die Regelung der Akkordpreise. Ursprünglich war geplant, daß die Firmen auf die bestehenden Akkordpreise einen prozentualen Aufschlag entsprechend der Lohnerhöhung um zirka 15 Prozent zahlen sollten. Anderseits drang das Bestreben, für alle Firmen gleiche Akkordpreise zu schaffen, aber auch wieder hervor und fand auch zuletzt bei den Firmen Gegenliebe. Die Durchführung wurde allerdings dadurch wesentlich erschwert, daß die Preise bei den einzelnen Firmen um 25 bis 35 Prozent auseinandergingen. Auch war das Entgegenkommen der Firmen nur gering. Den Verlauf der ganzen Verhandlungen zu schildern, ist unmöglich. Langwierige und zeitraubende Aufstellungen und Berechnungen wurden vorgenommen, um einigermaßen einen Ausgleich zwischen den Preisen der einzelnen Firmen zu schaffen. Mehrmals drohte die einheitliche Regelung zu scheitern, doch zuletzt wurde im August auch in den Akkordpreisen eine Einigung erzielt. Wesentlich beeinflußt wurde das spätere Entgegenkommen der Firmen wohl auch dadurch, daß von den bei der Firma Gebr. Körting in Monatsgehalt angestellten Monteuren am 15. Mai dieses Jahres zwanzig ihr Vertragsverhältnis aufkündigten und somit am 1. Juli wieder in die Reihen ihrer Kollegen eintraten. Dieselben hatten im Laufe der Zeit eingesehen, daß sie nur als Hilfstruppe der Unternehmer dienen sollten. Durch das im März getroffene Lohnabkommen standen sich nun auch die organisierten Monteure besser als die im Monatsgehalt. Für die Firma Gebr. Körting kam diese Wendung ziemlich überraschend und mag von ihr doppelt unangenehm empfunden worden sein, weil die Firma just zur selben Zeit den im Anfang des Jahres gegründeten gelben Werkverein besonders propagierte.

Der Versammlung der Monteure am 31. Juli lag ein Angebot der Firmen vor, das für die Kollegen bei vier Firmen annehmbar war. Für die Monteure bei den Firmen Gebr. Körting und H. Winter brachte es jedoch keinerlei Verbesserung. Deshalb erklärte sich die Versammlung nur unter der Bedingung mit der Vereinbarung einverstanden, daß weitere Aufbesserung erfolge.

Sodann sollte nach dem Vorschlag der Firmen die Vereinbarung bis 1. April 1914 Geltung erhalten; auch damit war die Versammlung nicht einverstanden. In beiden Punkten fand noch eine Verständigung statt, so daß am 13. August auch die Akkordvereinbarung endgültig abgeschlossen werden konnte.

Die Bewegung hat also fast ein ganzes Jahr gedauert. Eine Unmenge Arbeit mußte geleistet und sehr viel Zeit geopfert werden, um zu einem annehmbaren Resultat zu kommen. Erreicht wurde durch die Bewegung eine Erhöhung des Lohns von vorher 55 bis 60 ₰ auf 65 ₰ für die Monteure, eine Erhöhung der Helferlöhne um zirka 5 ₰, Erhöhung der Landzulage von 3 ℳ auf 3,25 ℳ, Regelung der Entschädigung bei Montagen in der Umgegend. In der Akkordfrage wurde zunächst erzielt, daß in Zukunft die Helfer auf Kosten der Firma gehen, also aus den Akkordertrag herauskommen. Sodann sind die Akkordpreise nun bei allen Firmen gleich. Ein von den Monteuren seit langer gehegter Wunsch ist damit erfüllt worden. Durch diese Regelung sind die Preise bei zwei Firmen um zirka 5 bis 8 Prozent, bei den übrigen vier Firmen um 15 bis 20 Prozent aufgebessert worden. Die vereinbarten Preise sind allerdings auch jetzt noch keine idealen, da nicht alle Positionen entsprechend der zu leistenden Arbeit bezahlt werden. Es ist jedoch vereinbart, daß auf Grund der mit den neuen Preisen gemachten Erfahrungen innerhalb Jahresfrist eine Neuregelung der Preise stattfinden soll. In Anbetracht der Verhältnisse ist für die Heizungsmonteure ein achtungsgebietender Erfolg erzielt worden. Erklärten doch die Firmen am dritten Weihnachtstage den Kommissionen, die vorstellig werden, noch ganz kategorisch: „Einen Tarifvertrag erkennen wir unter keinen Umständen an.“ Es wird nun an den Monteuren liegen, das Errungene festzuhalten und die Organisation so zu stärken, daß auf der jetzt geschaffenen Grundlage weitergebaut werden kann.

Die Hirsche„führer“ auf der Anklagebank.

(Schluß.)

Wir klagen — so fuhr Wolter fort — weiter an, daß ein großer Teil der Gewerkvereinsführer unfähig ist, eine Arbeiterorganisation vorwärts zu bringen. In erster Linie sind es die Beamten in der Hauptleitung. Dies machte sich am empfindlichsten bemerkbar beim Austritt des Vereins der deutschen Kaufleute aus dem Verbande der Gewerkvereine. Dadurch verlor der Gewerkvereinsverband in diesem Jahre auf einen Schlag über 18 000 Mitglieder. Die Gründe, die der Verein der deutschen Kaufleute zur Rechtfertigung seines Austritts angab, waren für die Leitung der Gewerkvereine niederschmetternde. So habe sich die Leitung auf einem Verbandstag gegen die Gehaltsforderungen der Handlungsgehilfen ausgesprochen, mit der Begründung, „nicht in eine schiefe Stellung zu den Unternehmern zu kommen und nicht in sozialistisches Fahrwasser hineinzugeraten“. Ferner: der erste Führer Goldschmidt habe in der Frage der Arbeitskammern sogar öffentlich den Standpunkt der schärfsten Gegner des Vereins der deutschen Kaufleute, des antisemitischen deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes auf Einrichtung besonderer Kaufmannskammern unterstützt. Man bedenke, Goldschmidt ist ein waschechter Freisinnsmann, Führer der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, die die Einrichtung von Arbeitskammern für alle Arbeiter fordern. Das alles hindert Goldschmidt nicht, unentwegt antisemitische Forderungen zu vertreten. Es wirkte das erheiternd, wenn es nicht so bitter ernst wäre, denn Goldschmidt kandidiert bei den kommenden Reichstagswahlen als Fortschrittsmann und wird im Wahlkampf sich viel darauf zugute tun, „Arbeiterführer“ zu sein. Dabei sind beide — Fortschrittspartei und Gewerkvereine — zu bedauern, die einem solchen Mann, der antisemitische Forderungen vertritt, eine tonangebende Stellung einräumen. Goldschmidt besaß auch die Stirn, seine Stellungnahme für die antisemitische Forderung zu verteidigen, indem er meinte, die Angestellten müßten doch in der Regel die Interessen des Unternehmers den Arbeitern gegenüber wahrnehmen.

Derselbe Goldschmidt kandidierte 1908 bei den preußischen Landtagswahlen in Berlin für die Fortschrittspartei. Schon damals haben die Gewerkvereinler zu dem Wahldurchfall ihres eigenen Führers beigetragen. In seiner damaligen Kandidatenrede nannte Goldschmidt das Reichsvereinsgesetz eine Errungenschaft. Ferner erklärte er (ich zitiere die Freisinnige Zeitung Nr. 112, Jahrgang 1908): „Für die praktische Politik aber kommt es nicht darauf an, wieviel man fordert, sondern wieviel man durchsetzt.“ Also der Arbeiterführer Goldschmidt ist mit dem zufrieden, was „man“ erreichen kann. Auf die Forderungen der Arbeiter, auf das Programm, kommt es nicht an, das steht ja nur auf dem Papier, ist ja nur zum Ködern der Arbeiter da. Ja, Goldschmidt ging in seiner Kandidatenrede noch weiter. Nach der Vossischen Zeitung Nr. 222, Jahrgang 1908, sagte Goldschmidt: „Nicht mit, sondern gegen die Sozialdemokratie für die Arbeiterschaft!“ Die Freisinnige Zeitung berichtete: „Mit dem Volke für das Vaterland, mit den Arbeitern gegen die Sozialdemokratie für das Volk und Vaterland!“ Zunächst betrachtet, ist das ja eine konfuse Redensart. Man sieht aber daraus, daß die Hirsche„führer“ sich nicht scheuen, die noch zu ihnen haltenden Arbeiter gegen ihre eigenen Arbeitsbrüder zu hetzen. Denn ob ein Kollege dem Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein oder der Sozialdemokratie angehört: in erster Linie sind wir doch alle Arbeitsbrüder, die nur einen natürlichen Gegner haben, das sind die Unternehmer. Durch solche Reden aber, wie sie Goldschmidt und andere Gewerkvereinsführer halten, wird der Bruderkampf nur geschürt. Schlimmer als der Hirsch-Dunckersche Gewerkvereinsführer Goldschmidt den Kampf gegen die Sozialdemokratie predigt, können es auch die Führer der Reichsverbändler nicht tun. Daß aber die Masse der Mitglieder der Gewerkvereine es weit von sich weist, den Reichsverbändlern es gleich zu tun, das wissen wir. Die Gewerkvereinler müssen nur gründlich aufgerüttelt und über die „Taten“ ihrer Führer aufgeklärt werden, dann werden sie auch einsehen, daß sie als aufrichtig denkende Arbeiter nicht anders können, als das zu tun, was die Kollegen des Ortsvereins Bremen III getan haben: mit dem Gewerkverein Schluß machen!

Der erste Führer Goldschmidt ist typisch für die Mehrzahl der Beamten in der Hauptleitung. (Redner führt Fälle von den Beamten Lewin, Neustedt, Hartmann, Strubelt, Schuhmacher und dem ehemaligen Beamten und jetzigen freisinnigen Parteisekretär Dornblüth an.) Sie sind sich alle gleich in der Bekämpfung der Sozialdemokratie und in der Unfähigkeit, die Gewerkvereine vorwärts zu bringen. Nur eines können sie — wie ihr Kollege Erkelenz so schön sagt —: „Briefemalen“. (Redner will in nächster Zeit einige für die deutsche Arbeiterbewegung wichtige Briefe der Gewerkvereinsführer veröffentlichen.)

Wie andere Männer urteilen, die die Gewerkvereinsführer genau kennen gelernt haben, dafür von Dutzenden nur einige Beispiele: Die Handlungsgehilfen Aufhäuser und Pinkus, deren Namen in der Berliner Gewerkvereinsbewegung einen guten Klang haben, schreiben im Freien Volk Nr. 24 und 30, Jahrgang 1911, über die Unfähigkeit der Gewerkvereinsleitung wie folgt: „Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine sind in ihrem ganzen Aufbau, ihrer Verwaltung und in ihrer Lauheit nichts weiter, als eine Uebertragung des freisinnigen Bezirksvereins vom politischen ins gewerkschaftliche Leben.“ ... „Irgend welche Aussicht auf einen Aufschwung besteht bei den Gewerkvereinen nicht, da sie eben eine unfähige Führung haben, die die ganze Kraft ihres Einflusses benützt, immer wieder den Grundsatz politischer Neutralität zu predigen, um dann bequem freisinnige Politik treiben zu können.“ ... „Die ‚Aera Goldschmidt‘ hat nur die eine positive Leistung aufzuweisen: Verschärfung des Gegensatzes zu den freien Gewerkschaften. Statt eine Verständigung mit dem großen kräftigen Bruder der Arbeiterbewegung zu suchen, wurde das „Nationale“ gegenüber dem „Revolutionären“ herausgekehrt und die Tonart in der Bekämpfung unterschied sich wenig von der Sozialistentöterei des Generals Liebert und Dr. Mugdan.“

Von den Provinzbeamten ist wohl der ehrenwerte Meuthen hier in Bremen in der Sozialistentöterei und in der Unfähigkeit, die Gewerkvereine auf gesunder Grundlage vorwärts zu bringen, der typischste Vertreter. In einer Vertrauensmännersitzung wurde der Gewerkvereinler v. Loosen von seinen eigenen Kollegen wegen seiner Anzeigen verurteilt, da erklärte der ehrenwerte Meuthen: Wenn man mit Bestien zusammen arbeitet, dann kann man nicht scharf genug vorgehen. Also dieser Hirsch-Dundersche „Führer“ geht bereits soweit, friedlich gesinnte — wie nachgewiesen wurde — Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes als Bestien zu beschimpfen. Ja, dieser Arbeiter„führer“ schämte sich nicht, die Denunziation zu billigen. Diese Heldentat des Meuthen ist protokollarisch festgestellt. Der zweite hiesige Hirsch-Dundersche Sekretär (Meschkat) empfahl in einer Ortsvereinsversammlung, in der mehrere Mitglieder für ein friedliches Zusammenarbeiten mit den freien Gewerkschaften eintraten, unter Umständen in der Werkstatt vom Faustrecht Gebrauch zu machen. Ja, die Hirsch-Dundersche „Führer“ würden wohl den größten Terrorismus ausüben, wenn sie die Macht dazu hätten. Meuthen springt mit seinen eigenen Mitgliedern nicht sanft um. Nennt er seine Mitglieder doch einmal „Puppen“, das anderemal „dumme Jungen“, dann wieder, „die Mitglieder hätten sich betragen wie die Hottentotten“. Gewerkvereinlern, die zum Deutschen Metallarbeiter-Verband übertreten wollten, drohte er, sie würden ihre Stellung verlieren! Alles das kann Meuthen nicht leugnen, denn es ist in den Protokollbüchern der Vertrauensmänner des Gewerkvereins nachzulesen. Meuthen schreckt auch vor der Drohung mit dem Staatsanwalt nicht zurück. Als wir in der entscheidenden Versammlung des Ortsvereins Bremen III Meuthen unsere Anklagen ins Gesicht schleuderten, konnte er uns sachlich nicht widerlegen, er brachte bei seinem sinnlosen Reden nur Verlegenheitsprodukte und persönliche Beschimpfungen vor. Am andern Tage zeigte sich Meuthen wieder als Held, da lamerte er einem seiner früheren Kollegen am Fabrikor auf, drohte diesem mit dem Staatsanwalt, falls der Kollege nicht dafür sorgen würde, daß von unseren Anklagen nichts veröffentlicht würde. In seiner Verzweiflung griff Meuthen zu den verwerflichsten Mitteln, wollte er doch durch seine Drohungen die Kollegen zum Schweigen nötigen, um so die Wahrheit unterdrücken zu können. Wie Meuthen die Gewerkvereinler zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie brüllte, dafür von vielen nur ein Beispiel: Meuthen arbeitete ein Referat („Die Sozialdemokratie in Theorie und Praxis“) schriftlich aus. Dieses Referat wurde dann von Kollegen des Meuthen in einer Rednerschule, in der Gewerkvereinsagitatoren ausgebildet werden sollten, rezitiert. Meuthen schrieb aber selbst, daß das Referat „im Stile eines Reichsverbändlers“ gehalten ist. Hieraus ist klar zu ersehen, daß der Meuthen die Hirsch-Dunckerschen Mitglieder „im Stile des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie“ erziehen wollte. Dadurch war das Sündenmaß des Meuthen zum Ueberlaufen voll.

Doch nicht genug damit: zu all diesen Versündigungen gegen die Arbeiterschaft kommt auch noch offenbarer Arbeiterverrat selbst. Und auf diesem Gebiete hat Meuthen hier in Bremen in letzter Zeit allein so viel geleistet, daß von anderen Orten nicht erst geredet zu werden braucht. Vor einiger Zeit gelang es Meuthen, auf der Norddeutschen Hütte einige Gewerkvereinler unterzubringen. Die Mißstände in dem Betriebe waren aber derart, daß die Arbeiter Abhilfe forderten. Es fand eine Versammlung statt. Die Arbeiter warteten zwei Stunden. Meuthen sollte referieren, doch statt des Meuthen kamen zwei von seinen Helfershelfern, ein gewisser König und v. Loosen (und mit dieser unser Zeuge). v. Loosen entschuldigte Meuthen damit, daß dieser in Hamburg tätig sei. Dagegen ließe sich nicht viel sagen. Als aber die Versammlung zu Ende war, da fragte v. Loosen unsern Zeugen, ob er mit nach den Zentralhallen fahren wolle, da sei Vertrauensmännersitzung der — Fortschrittspartei, Meuthen sei auch da.... Unser Gewährsmann wußte nicht recht, wie ihm geschah, er fragte ganz erstaunt: „Ich denke, Meuthen sei in Hamburg?“ Da meinte v. Loosen: „Das habe ich bloß so gesagt, denn unser Sekretär kann so was (Mißstände abschaffen helfen) nicht machen, das müssen wir so von hintenherum besorgen....“ Also ein Hirsch-Dundcrscher Arbeitersekretär geht lieber in Sitzungen der Fortschrittspartei, als in eine Versammlung seiner Kollegen, wo über Abschaffung der Mißstände beraten werden soll. Eine nette Arbeitervertretung, die von „hintenherum“ Mißstände abschaffen will. (Meuthen hat dies selbst zugegeben.)

Als der Transportarbeiterverband bei der Kaffee-Handelsgesellschaft neue Tarifforderungen einreichte, bekam Meuthen davon zu hören; flugs ging er hin und reichte für seine paar Mitglieder auch einen Tarif ein. Meuthen forderte 5 ₰ weniger pro Stunde als der Transportarbeiterverband. Selbstverständlich nahm die Direktion das Anerbieten des Meuthen an. Ein so hinterlistiges Treiben nennt man auf gut deutsch Arbeiterverrat.

Als auf der hiesigen Waggonfabrik die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes die Arbeit niederlegten, weil sie nicht wollten, daß bei schwacher Beschäftigung noch Gewerkvereinler angenommen werden sollten, da suchte Meuthen überall arbeitslose Gewerkvereinler nach Bremen zu schaffen. Ja, der Berliner Zentralarbeitsnachweis der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine in der Greifswalderstraße brachte durch den Gewerkvereinssekretär Angermann auf einmal etwa 20 Mann nach Bremen, nach der Art, wie die „Hintzebrüder“ per Schub irgend wohin gebracht werden. Denn es ist eines organisierten Arbeiters unwürdig, wenn er mit anderen in die Eisenbahn verladen, unter der Führung und Aufsicht eines Beamten von Ort zu Ort geschafft wird, um dann dort zu „arbeiten“. Der Führer des Schubs, der Gewerkvereinssekretär Angermann, hatte die Reisekasse, bezahlte die Fahrkarten, kaufte große Mengen Eßwaren, um diese in Rationen an seine Schutzbefohlenen zu verteilen. Als dann der Schub hier in Bremen ankam, stand Meuthen und sein Freund v. Loosen am Bahnhof zum Empfang bereit. v. Loosen stellte sich an die Spitze, dann ging es im Triumph durch den Stadtteil Hastedt, an der Waggonfabrik vorbei, zurück nach dem Lokal der Gewerkvereine, wo jeder neue Ankömmling mit Getränk „erfrischt“ und mit einigen Geldmitteln versehen wurde. Genau so wurde mit den Hintzebrüdern in Moabit verfahren. Ich habe das auch erst alles nicht glauben wollen, bis dann die Beweise so überwältigend waren, daß es keine Entschuldigung mehr gab. Und von alledem wissen die Berliner Gewerkvereinler nichts, rein gar nichts. So wie ich die Berliner Gewerkvereinsmitglieder kenne, würden sie gegen die Anstifter derartiger Handlungen gewaltig Sturm laufen.

Um die so hier gewonnenen Mitglieder in guter Stimmung zu erhalten, wurde für die Mitglieder des Ortsvereins Bremen III ein Freibierabend veranstaltet. Kein Kollege weiß, wo das Geld dazu hergenommen wurde, denn der Lokalfonds des Ortsvereins Bremen III war leer. — Zum Schein wurden auch ganz minimale Lohnforderungen eingereicht, die von der Betriebsleitung bewilligt wurden, denn die Betriebsleitung wußte ja, weshalb.... Der brutalste Terrorismus wurde gegen die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ausgeübt. Ein Helfershelfer des Meuthen verstand es, jeden bei der Betriebsleitung anzuschwärzen, der gegen ihn — als Häuptling der Hirsche — aufzubegehren versuchte. Dies ist ein lehrreiches Beispiel, wie es mit dem Terrorismus in den Betrieben steht, wo die Gewerkvereine die Mehrheit haben. Daß alle versuchten Mittel des Meuthen bei seinen eigenen Kollegen versagten, beweist am besten die Haltlosigkeit einer solchen Methode der Arbeiter-„Erziehung“ und -„Vertretung“. Denn von all den Gewerkvereinlern ist auf der Waggonfabrik nur einer übrig geblieben. Alle andern sind mit uns zum Deutschen Metallarbeiter-Verband übergetreten. Kollegen, die eine Zeitlang die besten Freunde des Meuthen waren, haben uns alle diese Versündigungen mit dem Bedauern mitgeteilt, daß sie erst so spät das Verwerfliche dieser Taten eingesehen haben. So trifft auch hier das Wort Schillers zu: „Das eben ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend Böses muß gebären.“

Meuthen scheut auch nicht vor Gewaltmitteln zurück, um mühsam errungene soziale Einrichtungen zu vernichten. In der Versammlung am 19. Juli erklärte er wörtlich: „Hätte ich die Macht, dann würde ich den hiesigen paritätischen Arbeitsnachweis (der Holzarbeiter) vernichten.“ Meuthen versuchte auch mit allen Mitteln, Holzarbeiter nach Bremen zu ziehen, um seine Drohung wahr zu machen. Doch vergeblich, es war Meuthen und seinem getreuen Freund Kindervater nicht möglich, die nötige Anzahl Holzarbeiter für Bremen zu gewinnen.

Zum Schluß zu dem größten „Heldenstück“, das Meuthen hier in Bremen „geleistet“ hat. Seinerzeit fingen bei der Firma Frerichs & Co. einige Gewerkvereinler zu arbeiten an. Sie bekannten sich zum Deutschen Metallarbeiter-Verband und verleugneten so ihre Organisation. Als dann doch die Wahrheit an den Tag kam, versprachen die Gewerkvereinler, zum Verbande überzutreten. Bei den Auseinandersetzungen in den Werkstätten provozierten die Gewerkvereinler mehrmals die Verbandsmitglieder. (Wie uns die beteiligten Gewerkvereinler selbst mitteilten.) Dadurch kam es zu einer bösen Prügelei. Meuthen will ja deshalb die beteiligten Verbandsmitglieder verklagen: mag er es tun, er darf aber nicht vergessen, daß seine damaligen Schützlinge ihm längst den Rücken gekehrt haben und zum Verband übergetreten sind. Denn auch diese Kollegen haben eingesehen, daß die ganze Tätigkeit der Gewerkvereine für die Arbeiter schädlich ist. Diese Kollegen bereuen ihr ganzes Verhalten in Osterholz-Scharmbeck. Doch trotz der Prügelei und anderen Zwischenfällen kamen immer mehr Gewerkvereinler nach Osterholz-Scharmbeck. Unter diesen der schon erwähnte König. Dieser wollte auch hier wieder Häuptling sein. Dieser ging zum Betriebsleiter und erklärte diesem, es sei eine Bummelwirtschaft im Betrieb. Die Werkmeister schliefen während der Nachtschicht, die Arbeiter täten deshalb auch nichts. Man sieht, wie planmäßig dieser Musterhirsch bei seinen Anzeigen vorging, selbst die Meister wurden nicht verschont. Die Hirscheführer wollten nach oben lieb Kind sein. Nach all diesen Begebenheiten ist es nur erklärlich, daß die Gewerkvereinler im Betriebe, wie

in der ganzen Umgebung als „Hintzebrüder" verschrien waren und sie von jedermann gemieden wurden. So kam es denn, daß die Gewerkvereinler keine Schlafstellen mehr bekommen konnten. Wer würde auch Leuten, die als „Hintzegarde" verschrien sind, in Schlafstelle nehmen? Da erschien Meuthen eines Tages bei dem Wirt Stüben in Osterholz-Scharmbeck und fragte diesen, ob er wohl bereit sei, Gewerkvereinler in Logis zu nehmen? Der Wirt sagte zu, bemerkte aber, daß er keine Betten habe. Einige Tage später erschien der Betriebsleiter bei dem Wirt Stüben und erklärte: Die Betten würden besorgt werden, wenn er die Gewerkvereinler beherbergen würde. Der Wirt sagte zu, und einige Tage darauf kamen zunächst sieben Betten für die Gewerkvereinler. Diese Betten sind von dem Unternehmer angeschafft worden und nicht, wie einmal den Mitgliedern gesagt wurde: zur Hälfte mit dem Gelde des Unternehmers und zur Hälfte mit dem Gelde der Gewerkvereine. (Auch dies wäre für eine Arbeiterorganisation schlimm genug.) Einmal wurde wieder gesagt, die Betten sind vom Lethamt besorgt worden, nur hätte der Unternehmer Bürgschaft geleistet. Wie man doch in der Not auf allerlei konfuse Ausreden verfällt! Dadurch sind die Urheber aber nur noch tiefer in den Sumpf gesunken. Man denke sich das Ungeheuerliche: eine Firma besorgt neue Betten für die Mitglieder der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine. Wohl gemerkt, nicht für alle Arbeiter, sondern nur für die Gewerkvereinler. Und die Hirsch-Dunckerschen schlafen in den Betten des Unternehmers! Die Betten sind erst dann angeschafft worden, nachdem vorher der Hirsch-Dunckersche Arbeitersekretär Meuthen ein geeignetes Lokal ausfindig gemacht hatte. (Für die Wahrheit dessen, was wir gesagt haben, haben wir vier einwandfreie Zeugen.) Daraus geht klar hervor, daß Meuthen von der Anschaffung der Betten gewußt hat. Weiter kommen auch die Führer der Gelben den Unternehmern nicht entgegen.

Das ist der offensichtliche moralische Zusammenbruch einer durch und durch ungesunden Arbeiterorganisation. Wir müssen uns merken, daß zu allen diesen Handlungen des Meuthen die Gewerkvereinsleitung ihre lobende Anerkennung ausgesprochen hat. Und dabei vergleiche man die Organe der Hirsche (Regulator und Gewerkverein), wie in diesen verlogenen Blättern ständig auf die Unternehmerwohnungen geschimpft wird. Worte, nichts als Worte. „Richtet euch nach meinen Worten, aber nicht nach meinen Taten", sollten diese edlen Helden zu ihren Mitgliedern sagen, dann wären sie wenigstens ehrlich. Aber so ist es nichts weiter als eine Irreführung der eigenen Mitglieder, es ist eine elende Komödie, die diese „Arbeiterführer" mit ihren Mitgliedern spielen. Die Gewerkvereine haben nach alledem das Recht verwirkt, als Arbeiterorganisation ernst genommen zu werden. Alle klarsehenden und aufrichtig denkenden Gewerkvereinler werden das bald einsehen; wenn die Mitglieder der freien Gewerkschaften überall für die nötige Aufklärung in den Reihen der Gewerkvereine sorgen, dann werden auch alle Gewerkvereinler, die für die Arbeitersache kämpfen gelernt haben, bald dem Beispiel ihrer Kollegen vom Ortsverein Bremen III folgen. Jeder Metallarbeiter kann dazu beitragen, wohlan: tun wir alle unsere Pflicht zur Gesundung der deutschen Arbeiterbewegung. —

Die Versammlung nahm folgende Resolution an:

Nach den Ausführungen des Referenten ist den versammelten Metallarbeitern die Vermutung zur Gewißheit geworden, daß Gewerkvereinssekretär Meuthen in erster Linie seine Aufgabe darin erblickt, den Zwecken der Arbeitgeber zu dienen.

In der gewerkschaftlichen Tätigkeit Meuthens offenbart sich ein System, das für die Gewerkvereine typisch ist. Die den Gewerkvereinen angeschlossenen Arbeiter sollen einmal benutzt werden, der Fortschrittlichen Volkspartei Vorspanndienste gegen die Sozialdemokratie zu leisten und zum andern in den Betrieben als Ausreißer dienen, um die seitens der freien Gewerkschaften angestrebten Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu hintertreiben.

Die Handlungsweise kennzeichnet den Weg, den die Gewerkvereine im allgemeinen gehen werden, da die Hauptleitung den Herrn Meuthen für seine in Bremen entwickelte sattsam bekannte Tätigkeit belobte. Ein Beweis, daß das System Meuthen Gemeingut der deutschen Gewerkvereine werden soll und zum Teil schon geworden ist.

Vor solchen Bestrebungen hat die Versammlung nur die tiefste Verachtung und gelobt, die Mitglieder der Gewerkvereine über jenes Treiben die Augen zu öffnen, um einer einzigen zielbewußten Gewerkschaftsbewegung die Bahn freizumachen von Personen, die mit den Interessen der Gesamtheit der Arbeiterschaft Schindluder treiben und einen gesunden Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse verhindern.

Zu den Aussperrungen.

Zur Aussperrung in Thüringen.

Der Thüringer Metallindustriellenverband hat die zentralen Verhandlungen zur Beendigung der Aussperrung vollständig fallen gelassen, weil die Gefahr bestand, daß den Betrieben, die eine Verständigung mit ihren Arbeitern herbeiführten und die Arbeit schon aufgenommen haben, andere folgen würden, und er hat beschlossen, für die einzelnen Ortsgruppen Verhandlungen aufzunehmen und so durchzuführen, daß die Aussperrung für alle Betriebe der Ortsgruppe aufgehoben wird, wenn die Arbeiter in allen Betrieben die Arbeit aufnehmen. Mit diesem Beschluß ist es dem Arbeitgeberverband gelungen, seinen Einfluß auf die Ortsgruppen zur Geltung bringen zu können.

Die Ortsgruppe Gotha hatte für Montag den 11. September die Aussperrung aufgehoben und die Arbeiter durch Bekanntmachungen und Einladungen zur Aufnahme der Arbeit aufgefordert. In allen sechs in Frage kommenden Betrieben in Gotha nahm auf Grund der Einladung ein Arbeiter die Arbeit auf. Sämtliche Belegschaften sandten Kommissionen mit der Mitteilung an ihre Unternehmer, daß sie zu Verhandlungen zur Vereinbarung der Bedingungen für die Wiederaufnahme der Arbeit bereit seien. Die Mitglieder der Ortsgruppe Gotha des Unternehmerverbandes traten darauf sofort zusammen und gaben am selben Tage gemeinschaftlich Bescheid, daß sie zur Vereinbarung der Bedingungen am nächsten Tage bereit seien. Am Dienstag den 12. September fanden die Verhandlungen statt, die folgende Vorschläge (an die Verbände der Metallarbeiter und Schmiede) zu den gestellten Forderungen der Arbeiter ergaben:

„1. Die Arbeitszeit wird wie folgt geregelt: Gothaer Waggonfabrik 57 Stunden; Brandt & Grasemann 58¼ Stunden; Gothaer Werkzeugmaschinenfabrik 57 Stunden; August Blödner 57½ Stunden (bezahlt 59 Stunden); Gebrüder Ruppel 58 Stunden; Briegleb, Hansen & Co. 57 Stunden (mit der Maßgabe, daß der Arbeitsbeginn und -Schluß wie bisher für Winter und Sommer mit der Arbeiterschaft vereinbart wird).

Sämtliche obengenannte Fabriken schließen ihre Betriebe Samstags um 5 Uhr (die Werkzeugmaschinenfabrik infolge ihrer englischen Arbeitszeit um 5¼ Uhr).

2. Die allgemein verlangte Lohnerhöhung kann nicht gewährt werden. Die vorstehenden Erklärungen gelten für sämtliche Fabriken.

Bezüglich der weiteren Wünsche bemerken wir folgendes:

Gebrüder Ruppel. Die Verkürzung der Arbeitszeit soll dadurch herbeigeführt werden, daß eine Vesperpause von 10 Minuten an jedem Nachmittag gewährt wird, welche bezahlt werden soll, so daß dann die Arbeitsstunden festgesetzt sind von 6 bis 8 Uhr, 8,30 bis 12 Uhr, 1,30 bis 3,30 Uhr, 3,40 bis 5 Uhr (Sonnabends bis 5 Uhr).

Der Zuschlag für Ueberarbeit soll wie bisher 10 ₰ betragen, da dieser Zuschlag sowohl für Lohn- als Akkordarbeit in loyaler Weise auch den schwächer bezahlten ungelernten Leuten und den Mädchen ausnahmslos gewährt wird, was bei diesen Kategorien einen Zuschlag von 30 bis 50 Prozent bedeutet.

Wiedereinstellung aller an der Aussperrung Beteiligten wird zugesagt. Die Wünsche der Revision der Akkordpreise nach Wiederaufnahme der Arbeit werden zugesagt.

Brandt & Grasemann. Verkürzung der Arbeitszeit in der Weise, daß Sonnabends die Vesperpause wegfällt und die Arbeit um 5 Uhr beendet ist. Anfang der Arbeit Montags 7 Uhr.

Ueberstundenzuschlag von 10 ₰ wird bewilligt.

Für Arbeiten zur Aufrechterhaltung des eigenen Betriebes werden jedoch Ueberstunden nicht bezahlt. Beim Gießen werden angefangene Viertellohnstunden voll bezahlt. An Gußtagen können Ueberstunden nicht bezahlt werden.

Wascheinrichtungen werden eingerichtet, ebenso Ventilation, soweit angängig.

Wiedereinstellung sämtlicher Leute ist beabsichtigt und erfolgt nach Bedarf.

Gothaer Werkzeugmaschinenfabrik. Zu 2 (allgemeine Lohnerhöhung. Red.): Kommt im ersten Teil nicht in Frage, da niemand unter 30 ₰ beschäftigt ist. Zweiter Teil muß abgelehnt werden, wie vorstehend bereits allgemein erwähnt.

Für Ueberstunden werden durchweg 10 ₰ pro Ueberstunde zugestanden.

Wiedereinstellung aller Leute ist beabsichtigt und erfolgt nach Bedarf.

August Blödner. Der verschiedene Preis bei den Wellendrehern muß bestehen bleiben, damit den verheirateten Arbeitern gegenüber den jüngeren Leuten ein Mehrverdienst gewährleistet ist.

Bezüglich der Ueberstunden erklärt die Firma, daß sie von Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und des Schmiedeverbandes Ueberstunden nicht mehr verlangen wird.

Ein Arbeiterausschuß soll gewährt und anerkannt werden.

Die Einstellung sämtlicher Ausgesperrter ist beabsichtigt und erfolgt nach Bedarf.

Briegleb, Hansen & Co. Wegen der Akkordpreise soll nach Wiederaufnahme der Arbeit eine Verständigung herbeigeführt werden. Feste Preislisten können nicht ausgehängt werden, jedoch sind sämtliche Akkordpreise den daran beteiligten Arbeitern jederzeit beim Meister zur Einsicht zugängig.

Ueberstunden werden durchweg mit 10 ₰ bezahlt.

Die Einstellung sämtlicher Leute ist beabsichtigt und erfolgt nach Bedarf.

Waggonfabrik. Der Zuschlag für sämtliche Ueberstunden beträgt 15 ₰, es wird auch auf Ueberstunden Zuschlag bezahlt, falls Arbeiten in freigegebenen Stunden geleistet werden, zum Beispiel an Nachmittagen vor Sonn- und Feiertagen, Vogelschießen oder dergleichen.

Die Verteilung des Verdienstes zwischen Kolonnenführer und den beteiligten Arbeitern erfolgt auf Grund ganz genau festgesetzter Sätze, soll jedoch, da angeblich Mißstände vorgekommen, nach Wiederaufnahme der Arbeit genau geprüft, und wo erforderlich, geregelt werden. Die Akkordpreise sind jederzeit den beteiligten Arbeitern in der Meisterstube zur Einsicht zugängig.

Akkordpreise, die nicht ermöglichen, einen Stundenlohn zu erzielen, sind nicht vorhanden oder treten nicht in Wirkung, da den Arbeitern der Stundenlohn garantiert wird.

Wiedereinstellung aller Leute ist beabsichtigt und erfolgt nach Bedarf.

Im allgemeinen wird noch bemerkt, daß die durch die Arbeitszeitverkürzung entstehenden Lohnausfälle ausgeglichen werden sollen, die Firma Brandt & Grasemann behält sich diesbezügliche Vereinbarungen mit den Arbeitern vor."

Zu diesen Vorschlägen wurden durch besondere Verständigungen bei den einzelnen Firmen Erklärungen an die Arbeiterausschüsse und Kommissionen gegeben, die die Lohnerhöhung und sonstige Wünsche betrafen.

In der Gothaer Waggonfabrik und in der Maschinenfabrik von Briegleb, Hansen & Co. stellten die Holzarbeiter und Maler nach Aufhebung der Aussperrung besondere Forderungen auf Einführung der neunstündigen Arbeitszeit, von Mindestlöhnen und Lohntarif, auf Erhöhung der Löhne und Akkordpreise um 10 Prozent. Die Direktion der Waggonfabrik lehnte diese Forderungen und die Forderungen der Metallarbeiter ab und versprach, bezüglich der Löhne und Akkordpreise namhaft gemachte Fälle prüfen und berücksichtigen zu wollen. Die Holzarbeiter, die eine günstige Konjunktur haben, beschlossen nach mehreren Versammlungen, von der Durchführung ihrer Forderungen im Anschluß an die Aussperrung Abstand zu nehmen, nachdem in allen anderen Betriebsversammlungen beschlossen worden war, die Arbeit zu den vorstehenden Vorschlägen der Unternehmer aufzunehmen. Die Arbeitsaufnahme erfolgte in allen beteiligten Betrieben am Sonnabend den 16. September. Die Meldung der Tageszeitungen, daß die Arbeit in der Gothaer Waggonfabrik schon zu einem früheren Termin stattgefunden haben soll, war eine Zeitungsente.

Damit ist die Aussperrung in Eisenach und Gotha und einem Betrieb in Erfurt beendet. Die Arbeit wäre in Erfurt schon in mehreren Betrieben, für die schon Vereinbarungen getroffen und von den Betriebsversammlungen beschlossen worden waren, aufgenommen worden, wenn die ausgesperrten Arbeiter nicht so ängstlich darauf bedacht gewesen wären, zu verhüten, daß einzelne Betriebe die Arbeit gesondert aufnehmen.

Die Verhandlungen haben auch für die Betriebe in Altenburg, Erfurt und Zeulenroda stattgefunden, und es müssen die Betriebsversammlungen an diesen Orten in den nächsten Tagen entscheiden. Die Unternehmer in Saalfeld haben ebenfalls Verhandlungen angeboten, die in den nächsten Tagen stattfinden können, denen sich dann Ichtershausen mit den anderen Orten anschließen werden.

*

Zum Kampfe in Sachsen.

Leipzig, 16. September.

Nachdem eine Versammlung der Leipziger Gelbmetallarbeiter die von den Unternehmern gemachten Zugeständnisse als nicht genügend bezeichnet und eine Wiederaufnahme der Arbeit zu diesen Bedingungen abgelehnt hatte, fanden am Sonnabend den 9. September erneut Verhandlungen statt. Diese zeitigten zwar einige Verbesserungen, die Unternehmer behielten sich jedoch eine endgültige Entscheidung vor und wollten den Arbeitern darüber erst später schriftliche Mitteilung zugehen lassen.

Noch ehe das geschah, wurde am Dienstag durch die bürgerliche Presse vom sächsischen Kartell des Metallindustriellenverbandes der folgende Beschluß verbreitet:

„Die Aussperrungen in Chemnitz und Dresden werden am 13. September abends aufgehoben. Die Aussperrung wird jedoch am 27. September in vollem Umfange wieder aufgenommen, falls bis zum 23. September abends die Verhandlungen in Leipzig nicht zu voller Einigung geführt haben."

Dieser veränderten Sachlage gegenüber nahmen die Vertreter der beteiligten Hauptorte unseres Verbandes Stellung und gaben die Parole aus, daß allerorts die Arbeit wieder aufgenommen würde. Im allgemeinen vollzog sich am 14. September in den beteiligten Orten, außer Leipzig, die Arbeitsaufnahme ohne Zwischenfall, nur in Dresden blieben die Arbeiter eines Betriebes, die Forderungen gestellt hatten, ausständig, während es in Chemnitz in fünf kleineren Betrieben haperte. Am Dienstag abend, an dem Tage, an dem der obige Beschluß des Industriellenverbandes publiziert wurde, traf dann auch die Antwort der Leipziger Industriellen ein. In dieser Antwort wurde den Gießereiarbeitern ein weiterer Pfennig Lohnzulage gewährt, und auch ein großer Teil der von den Arbeitern erhobenen Erinnerungen behoben; es fehlte aber an jedem Zugeständnis in bezug auf Akkordregulierung, dagegen wollten die Unternehmer dahin wirken, daß auch auf die übrige, von der Aussperrung betroffene Metallindustrie sobald wie möglich und soweit es ohne Schädigung der Industrie geschehen könnte, die 57stündige Arbeitswoche ausgedehnt würde.

Obwohl diese Zugeständnisse von den Unternehmern als Aeußerstes, was sie geben könnten, bezeichnet wurden, erklärte die Arbeiterkommission, noch nicht für die Annahme der Vorschläge der Unternehmer eintreten zu können, und sie schlug vor, die Berechnung der Akkorde solle nach dem Grundsatz erfolgen, daß der Arbeiter einen seinen Lohn übersteigenden Verdienst erzielt. Diesen Voraussetzungen nicht entsprechende Akkorde sollten neu berechnet werden.

Ebenso wurde in bezug auf die Lohnerhöhung vorgeschlagen, daß bei den Gießereiarbeitern die letzte (höchste) Stufe mit der vorletzten zusammengelegt werden sollte, wodurch die erstere statt einer Lohnzulage von 2 ₰ eine solche von 3 ₰ erhielt. Ebenso wurde für die Schlosser, Dreher 2c., die sich in Sympathiestreiks oder in der Aussperrung wegen der streikenden Gießereiarbeiter befanden, neben dem Lohnausfall für Arbeitszeitverkürzung noch eine Zulage von 2 ₰ pro Stunde verlangt. Schließlich wünschte man noch verbindliche Zusagen in bezug auf die Regelung der Arbeitszeit für die übrige Großindustrie.

Die Antwort der Unternehmer lief am 15. und 16. September ein, sie akzeptierten einen Teil der Wünsche der Arbeiter, lehnten aber eine Lohnerhöhung für die Dreher, Schlosser und anderen Arbeiter ab, sie ließen es bei dem Lohnausgleich für die Arbeitszeitverkürzung mit 1 ₰ bewenden. Ebenso erklärten sie, für die übrige Metallindustrie keinerlei verbindliche Zusagen in bezug auf die Regelung der Arbeitszeit machen zu können.

Die Zugeständnisse stellen sich nun wie folgt:

Arbeitszeit pro Woche nicht mehr als 56 Stunden, und zwar Sonnabends 8½, an den übrigen Werktagen 9½ Stunden.

Überzeitarbeit soll möglichst vermieden, muß aber, wenn erforderlich, geleistet werden. Die ersten zwei Stunden nach Beendigung der Arbeitszeit werden für Lohn- und Akkordarbeiter mit 25 Prozent Zuschlag zum Lohn, die darüber hinaus zu leistenden Überstunden als Nachtarbeit, ebenso wie Sonntagsarbeit, mit 50 Prozent bezahlt. Ausgenommen hiervon sind die zur Aufrechterhaltung des Betriebes zu leistende Nacht- und Sonntagsarbeit, die nur mit 25 Prozent vergütet wird. Sonnabends werden keine Überstunden gemacht. Den Gießereiarbeitern werden Überschreitungen der täglichen Arbeitszeit durch Gießen, sofern diese Überschreitungen pro Tag nicht mehr als eine halbe Stunde, pro Woche im ganzen nicht mehr als eine Stunde betragen, nicht vergütet.

Bei eintretendem Arbeitsmangel ist, bevor Entlassungen vorgenommen werden, die Arbeitszeit noch Möglichkeit zu verkürzen.

Lohnzulagen und Lohnausgleich erhalten die Gießereiarbeiter in folgenden Abstufungen:

a) Former bei einem Stundenlohn
unter bis einschließlich 40 ₰ . 6 ₰ pro Stunde
von 41 bis 45 „ . 5 „ „ „
„ 46 „ 50 „ . 4 „ „ „
„ 51 ₰ und mehr 3 „ „ „

b) Kernmacher bei einem Stundenlohn
unter bis einschließlich 35 ₰ . 6 ₰ pro Stunde
von 36 bis 40 „ . 5 „ „ „
„ 41 „ 45 „ . 4 „ „ „
„ 46 ₰ und mehr 3 „ „ „

c) Schmelzer bei einem Stundenlohn
unter bis einschließlich 45 ₰ . 6 ₰ pro Stunde
von 46 bis 48 „ . 5 „ „ „
„ 49 „ 50 „ . 4 „ „ „
„ 51 ₰ und mehr 3 „ „ „

d) Bestoßer bei einem Stundenlohn
unter bis einschließlich 37 ₰ . 5 ₰ pro Stunde
von 38 bis 40 „ . 4 „ „ „
„ 41 ₰ und mehr 3 „ „ „

e) Zuleger bei einem Stundenlohn
unter bis einschließlich 45 ₰ . 5 ₰ pro Stunde
von 46 bis 47 „ . 4 „ „ „
„ 48 ₰ und mehr 3 „ „ „

f) Gießereiarbeiter über 18 Jahre bei einem Stundenlohn
unter bis einschließlich 35 ₰ . 5 ₰ pro Stunde
von 36 bis 38 „ . 4 „ „ „
„ 39 ₰ und mehr 3 „ „ „

Diese Lohnzulagen gelten vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit.

Den Drehern, Schlossern 2c., soweit sie nicht Akkordarbeiter sind, wird als Lohnausgleich für die Arbeitszeitverkürzung eine Zulage von 1 ₰ pro Stunde gewährt.

Lohnfestsetzung für neueintretende Akkordarbeiter muß spätestens nach vierwöchiger Beschäftigung ihren Leistungen entsprechend erfolgen, und wird der Lohn für die verflossene Zeit eventuell nachbezahlt.

Akkordarbeit: Für Akkordarbeit wird der Stundenlohn gewährleistet. Die Festsetzung und Regelung der Akkordsätze erfolgt nach dem Grundsatz, daß der Akkordarbeiter über seinen vereinbarten Stundenlohn verdient.

Sparhälften anfertigen und Warten auf Arbeit wird im Lohn bezahlt.

Lohnzahlung erfolgt Freitags bei Schluß der Arbeitszeit und soll 10 Minuten später beendet sein.

Werkzeuge, Schutz- und sanitäre Einrichtungen: Haar- und Borstenpinsel, Bürsten und Holzhämmer müssen von der Firma kostenlos geliefert werden. Für brauchbare Hebevorrichtungen an Schmelzöfen, Arbeitshandschuhe und Gamaschen, ausreichende Reinigung der Werkstätten, Ventilation, Wascheinrichtung, verschließbare Garderobe ist von der Firma zu sorgen.

Gegenwärtig bestehende bessere Verhältnisse dürfen nicht verschlechtert werden.

Die Wiedereinstellung der streikenden und ausgesperrten Arbeiter soll nach Bedarf erfolgen. Vermittlung durch den Arbeitsnachweis fällt fort. Solange noch streikende und ausgesperrte Arbeiter vorhanden sind, sollen für die nächsten vier Wochen nur aus ihren Reihen Leute eingestellt werden. — Gegenseitige Belästigungen zwischen arbeitswilligen, im Streik oder in der Aussperrung befindlich gewesenen Arbeitern dürfen nicht stattfinden und ziehen eventuell Entlassung nach sich. Maßregelungen finden nicht statt.

Die Aufhebung der Aussperrung in den Betrieben der Eisen- und Maschinenindustrie soll erst erfolgen, sobald vorstehende Vereinbarungen abgeschlossen sind, die Arbeit bei den bestreikten Metallwarenfabriken und -Gießereien aufgenommen und die Sperre aufgehoben ist. Die Wiedereinstellung erfolgt auch hier nach obigen Grundsätzen.

Zu diesen keineswegs in allen Punkten befriedigenden, immerhin aber in Anbetracht der Kraftanstrengungen des Leipziger und sächsischen Unternehmertums einen großen Erfolg für die Arbeiter bedeutenden Zugeständnissen nahm am 16. September eine Versammlung der streikenden und ausgesperrten Gelbmetallarbeiter Stellung. Nach eingehender Debatte votierte diese von 731 Beteiligten besuchte Versammlung mit 469 Stimmen für, 256 gegen die Fortsetzung des Streiks bei 6 Enthaltungen. Da in der Abstimmung das statutarisch vorgeschriebene Dreiviertel der Beteiligten (895, darunter 54 aus anderen Verbänden) nicht erreicht ist, mußte der Streik für beendet erklärt werden.

Die Versammlung nahm das Resultat der Abstimmung und die weiteren Mitteilungen mit Ruhe entgegen. Die anwesenden Arbeiter verschiedener Betriebe traten sofort nach der Versammlung zu Werkstattversammlungen zusammen und wählten die Kommissionen, die in den einzelnen Betrieben über die Wiederaufnahme der Arbeit verhandeln sollen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 24. September der **39.** Wochenbeitrag für die Zeit vom **24.** bis **30. September** 1911 fällig ist.

* * *

Von verschiedenen Seiten ist in letzter Zeit darüber geklagt worden, daß die reisenden Verbandskollegen Bevollmächtigte und Kassierer in den Betrieben und Werkstätten aufsuchen, um in den Besitz einer Unterstützung zu kommen.

Wir machen die Reisenden wiederholt darauf aufmerksam, daß das Aufsuchen der Verbandsfunktionäre in den Betrieben **unter allen Umständen zu unterlassen ist.** Die Nichtbefolgung dieser Anordnung kann Entziehung statutarischer Rechte zur Folge haben.

* * *

Ausgeschlossen sind nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Berlin:**

Der Schlosser Paul Haferland, geb. am 18. Dezember 1857 zu Finsterwalde, Buch-Nr. 470196, wegen Streikbruch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Schönebeck:**

Der Arbeiter Paul Schüler, geb. am 14. September 1883 zu Gr.-Salze, Lit. A. Buch-Nr. 303975, wegen Unterschlagung.

* * *

Für nicht wieder aufnahmefähig wird erklärt:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Berlin:**

Der Schlosser A. Heymann, geb. am 7. März 1875 zu Köritz, Lit. A. Buch-Nr. 408386, wegen ?

* * *

Anzuhalten und an den Vorstand einzusenden ist:

Buch-Nr. 460936, lautend auf den Former Heinr. Janowski. (Kontrolle.)

* * *

Gestohlen wurde:

Lit. A. Buch-Nr. 399082, lautend auf den Hilfsarbeiter Leonhard Hertel, geb. am 30. April 1873 zu Seidwitz. (Pegnitz.)

Buch-Nr. ? des Schlossers Friedrich Schwedthelm, geb. am 27. Juni 1894 zu Lehrte. (Bremen.)

Österr. Buch 65169, laut. auf den Nadler Bernhard Burkhardt.

Buch-Nr. 498265, lautend auf den Former O. P. Sperling.

Der Dieb der zwei letzteren Bücher ist der Hilfsarbeiter Joh. Bertelmann, geb. am 26. März 1885 zu Kaditz, Lit. A. Buch-Nr. 801166. (Meerane.)

* * *

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimaligen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Brandenburg:**

Der Klempner Jul. Rüdiger, geb. am 4. September 1883 zu Wormditt, Lit. A. Buch-Nr. 723197, wegen Denunziation.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Breslau:**

Der Former Otto Guderlei, geb. am 17. November 1879 zu Rawitsch, Lit. A. Buch-Nr. 378898, wegen Denunziation.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Fürstenwalde a. d. Spree:**

Der Klempner Otto Anderle, geb. am 13. Februar 1870 zu Luze in Ungarn, Lit. A. Buch-Nr. 448823. Anderle hat ein aus der Gewerkschaftsbibliothek entliehenes Buch nicht abgeliefert.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Meerane:**

Der Hilfsarbeiter Joh. Bertelmann, geb. am 26. März 1885 zu Kaditz, Lit. A. Buch-Nr. 801166, wegen Diebstahl.

* * *

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rötestraße 16a" zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an **Theodor Werner, Stuttgart, Rötestraße 16a;** auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Zur Beachtung! ◆ Zuzug ist fernzuhalten:

von **Besteckarbeitern** nach Budapest (Firma Szitra) D.;
von **Drahtarbeitern** nach Wismar (Firma Müller) D.;
von **Drehern** und **Schlossern** nach Stuttgart (Fa. L. Ringelgén) D.;
von **Elektromonteuren** nach Hamburg; nach Köln, St.;
von **Formern, Gießereiarbeitern** und **Kernmachern** nach Annen (Firma F. Krupp, A.-G.) D.; nach Arnstadt i. Thür. (Firma W. Renger & Co.) v. St.; nach Biebrich (Firma Rheinhütte) D.; nach Düsseldorf, L.; nach Gmünd (Fa. Ritz & Schweizer) Mi.; nach Pulsnitz i. Sa. (Firma Mattick) St.; nach Schwelm (Fa. G. Schubeis, Eisen- und Stahlgießerei) St.; nach Swinemünde (Fa. Lenz) D.; nach Weimar (Dürrenbacher Hütte) St.;
von **Gold- und Silberarbeitern, Pressern, Ziseleuren** und **Hilfsarbeitern** nach Pforzheim; nach Wien (Silberwarenf. A.-G. vorm. Forgas & Kohut) D.;
von **Heizungsmonteuren** nach Chemnitz, L.; nach Hamburg (Fa. Kohl & Bretzner) Str.; nach Iserlohn (Fa. M. Pfünder) M.; nach Siegen (Firma Hintertür) D.;
von **Klempnern aller Art** und **Installateuren** nach Auerbach, L.; nach Dänemark, A.; nach Erfurt St.; nach Frankfurt a. M.; nach Hagen, L.; nach Hameln i. W. (Firma Burkhardt & Günther) M.; nach Kaiserslautern, St.; nach Lößnitz i. Erzgeb. (Emaillierwerk) D.;
von **Messerarbeitern aller Art** nach Solingen St.;
von **Metallarbeitern aller Branchen** nach Arnstadt (Barth, Stanzmesserfabrik); nach Augustfehn, A.; nach Barmen-Elberfeld; nach Bergedorf (Fa. Gebrüder Hennig, Automatendrehermerei) D.; nach Brüssel (Fa. Willocq Bottin) St.; nach Chemnitz (Firma Oskar Schimmel & Cie., A.-G.) D.; nach Düsseldorf, L.; nach Ebingen (Firma Hartner, Wagen- und Gewichtefabrik); nach Elberfeld, L.; nach Euskirchen (Firma Stolle) D.; nach Gmünd (Firma Ritz & Schweizer) Mi.; nach Hagen (Firmen Eickermann, Mi., Bovermann, v. St., Remy & Co. in Eckesey, Lesche & Co.) D.; nach Haspe bei Hagen (Firma Wittmann Nachf.) D.; nach Herford i. W., Str.; nach Hildesheim-Mehle (Firma Sengewein, Metallwerk, M. und Firma Jul. Wagner, Annahütte) D.; nach Ichtershausen (Thüring. Nadel- u. Stahlwarenfabrik, Wolff, Knippenberg & Co., A.-G.), A.; nach Krefeld (Maschinenfabrik Hermann Schroers) M.; nach Lauingen bei Augsburg (Maschinenfabrik Köbel & Böhm), D.; nach Mehle i. Hann. (Fa. Sengewein, Metallwerk, Hildesheim) Mi.; nach München-Gladbach (Fa. Scheid & Bachmann) A.; nach Norwegen, A.; nach Offenbach (Fa. Mayer & Schmidt) St.; nach Osnabrück (Stahlwerk); nach Reutlingen (Fa. Wessing & Söhne, Maschinenfabrik und Eisengießerei) D.; nach Rheydt (Firma Schorch) St.; nach Saalfeld (Optische Anstalt, G. m. b. H.) D.; nach Singen a. H. (Fa. Breitsch, Maschinenfabrik u. Installationsgeschäft) D.; nach Tuttlingen (Firma Schweikardt) u. St.; nach Vohwinkel (Hohmannwerke) St.; nach Weimar (Dürrenbacher Hütte) St.; nach Wermelskirchen b. Remscheid (Firma Weber) D.; nach Wiener-Neustadt (Daimlerwerke); nach sämtlichen Orten in Thüringen;
von **Metallbrückern** nach Lüdenscheid (Firma Basse & Fischer); nach Schlettau bei Annaberg i. S. (Fa. A. Hecker) D.;
von **Nadelarbeitern** nach Ichtershausen, A.;
von **Polierern** nach Lüdenscheid (Fa. Aßmann & Söhne);
von **Schleifern** nach Iserlohn (Firma Turk & Bolte) D.; nach Schweina bei Ruhla (Fa. Reich) St.;
von **Schlossern (Bau- u. Kunst-)** nach Pforzheim, St.;
von **Silberarbeitern, Schleifern, Galvaniseuren** und **Stahlgraveuren** nach Liegnitz (Fa. Sandig & Co.) v. St.;
von **Werkzeugschlossern** nach Arnstadt i. Th. (Stanzmesserfabrik H. Barth); nach Gelsenkirchen (Firma Bocker & Co., Drahtwalzwerk) M.

(Die mit A. und St. bezeichneten **Orte sind Streikgebiete, die überhaupt zu meiden sind;** v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohn- oder Tarifbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akkordreduktion u. s. w.

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperren müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungsstelle beglaubigt sein.

Vor Arbeitsannahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anfragen sind von der Verwaltungsstelle, der das Mitglied angehört, abstempeln zu lassen. Anfragen über Orte, wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Lichtbildervorträge

des Kollegen Sebastian Lauterbach aus Stuttgart über Unfallverhütung und Arbeiterschutz in der Metallindustrie:

Montag, 25. September in **Nowawes** in den Deutschen Festsälen.
Dienstag, 26. September in **Wittenberg** im Freudenberger Lokal.
Mittwoch, 27. September in **Rathenow** im Kristallpalast.
Donnerstag, 28. September in **Forst** bei Eggemeier.
Freitag, 29. September in **Naundorf** b. Lauchhammer im Guten Mond.
Samstag, 30. September in **Elsterwerda** im Gasth. zur Sonne.
Montag, 2. Oktober in **Finsterwalde** im Viktoriahotel.
Dienstag, 3. Oktober in **Fürstenwalde** in der Wilhelmshöhe.
Mittwoch, 4. Oktober in **Frankfurt a. O.** im Eldorado.
Donnerstag, 5. Oktober in **Guben** im Volksgarten.
Freitag, 6. Oktober in **Kottbus** bei Dörnig.
Samstag, 7. Oktober in **Gassen** im Deutschen Haus.
Montag, 9. Oktober in **Brandenburg a. H.** im Volkshaus.
Dienstag, 10. Oktober in **Luckenwalde** im Tivoli.
Mittwoch, 11. Oktober in **Küstrin** bei Otto Jakobi.
Donnerstag, 12. Oktober in **Landsberg a. W.** im Tivoli.
Freitag, 13. Oktober in **Wittenberge** im Bürgergarten.
Samstag, 14. Oktober in **Eberswalde** bei Rest. Rohde.
Sonntag, 15. Oktober in **Heegermühle** im Lokal Schulz.
Montag, 16. Oktober in **Boizenburg a. E.**, Hesses Gasthaus.
Mittwoch, 18. Oktober in **Breslau** im Gewerkschaftshaus.

Aus den Agitationsbezirken.

Neunter Bezirk.

Die Adresse der Bezirksleitung ist vom 21. September an: **Rotebühlstraße 91, 1.**

Korrespondenzen.

Elektromonteure.

Bremen. Während noch vor einigen Jahren hier am Ort nur einige Dutzend Elektromonteure vorhanden waren, schwoll die Zahl in diesem Jahre auf über 200 an. Wesentlich trug dazu bei, daß das hiesige Elektrizitätswerk den Strompreis herabsetzte und einen Pauschaltarif einführte. Das Installationsgeschäft ging deshalb flott und brachte eine starke Nachfrage nach Arbeitskräften mit sich. Es ist erklärlich, daß sich nunmehr auch bei den Gehilfen, die zum übergroßen Teil im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisiert sind, das Bestreben geltend machte, eine Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf tariflicher Grundlage herbeizuführen. Am 15. August reichten wir einen Tarifentwurf bei dem Ortsverband der elektrotechnischen Installationsfirmen ein. Nach mehrmaligen Verhandlungen kam folgender Vertrag zu stande: „§ 1. Die normale Arbeitszeit beträgt 9 Stunden bei ½stündiger Frühstücks- und 1½stündiger Mittagspause. Es wird möglichst um 7 Uhr begonnen und um 6 Uhr aufgehört; jedoch steht es dem Arbeitgeber frei, die tägliche Arbeitszeit früh und abends um eine Stunde zu verschieben, sowie die Pausen zu verlegen und zu kürzen, wenn es die Betriebsverhältnisse an den betreffenden Arbeitsstellen erfordern. An den Vorabenden der drei hohen Festtage wird eine Stunde früher Feierabend gemacht. § 2. Der Stundenlohn für Gehilfen, welche eine vierjährige Lehrzeit in einem elektrotechnischen Installationsgeschäft durchgemacht haben, beträgt im ersten Jahre nach vollendeter Lehrzeit 45 ₰ pro Stunde, im zweiten Jahre nach vollendeter Lehrzeit 50 ₰ pro Stunde, im dritten Jahre nach vollendeter Lehrzeit 55 ₰ pro Stunde. Nach dieser Zeit beträgt der Lohn für Monteure nicht unter 60 ₰ pro Stunde. Die Monteure, die vor 1911 bereits einen Stundenlohn von 60 ₰ hatten, bekommen eine Zulage von 5 ₰ pro Stunde. Diejenigen Monteure, die im Jahre 1911 einen Stundenlohn von 60 ₰ bekommen haben, erhalten eine Zulage von 2 ₰ pro Stunde. Alle Monteure, die aus anderen Berufszweigen stammen und nachweislich längere Zeit selbständig gearbeitet haben, gelten auch in Zukunft als selbständige Monteure. § 3. Für Ueberstunden, als die drei Stunden über die normale Arbeitszeit gelten, werden 25 Prozent Aufschlag gewährt. Die Gehilfen sind verpflichtet, in eiligen Fällen und besonders bei dringenden Reparaturen auf Anordnung des Arbeitgebers Ueberstunden zu machen. Für Nachtstunden werden 50 Prozent Zuschlag gezahlt. Ausgeschlossen ist das Laden von Akkumulatoren, welches als Ueberarbeit bezahlt wird. Fallen Ueber- und Nachtstunden zusammen, so wird für Abendbrot und um Mitternacht je eine halbe Stunde Pause gewährt und mitbezahlt. § 4. Fahrgelder und Auslösung für Reisen: a) Außerhalb eines Umkreises von 3 Kilometer vom Markt aus wird dem Gehilfen morgens und abends Fahrgeld vergütet, sofern er nicht in der Nähe der Arbeitsstelle wohnt. b) Für Arbeiten in Oslebshausen, Kuhsiel, Lehe, Sebaldsbrück (Grenze Bahrerstraße), Neu-Hemelingen (Grenze Osnabrücker Bahn), Arsten, Kattenturm (Grenze Ochtumbrücke), Grolland, Stuhr, Strom, Lankenau und darüber hinaus wird, wenn ein ganzer Tag dort gearbeitet wird, pro Tag 1 ℳ und Fahrgeld morgens und abends bezahlt. Die Gehilfen haben dann rechtzeitig auf der Arbeitsstelle zu erscheinen. c) Wenn außerhalb übernachtet werden muß, wird eine Auslösung von 3 ℳ für Verheiratete und 2,50 ℳ für Unverheiratete bezahlt. Die Auslösung wird auch für Sonn- und Festtage oder Hin- und Rückfahrt bezahlt. Wege- und Reisestunden werden als normale Arbeitsstunden berechnet. Bei Eisenbahnfahrten wird 3. Klasse vergütet. § 5. Stemmarbeiten, Zimmer- und Erdarbeiten werden bei Neu- und größeren Umbauten nach Möglichkeit den betreffenden Handwerkern übertragen. Kleine Stemmarbeiten hat der Monteur auf Verlangen auszuführen. § 6. Die Lohnzahlung geschieht nach Vereinbarung mit den Gehilfen Freitags oder Sonnabends, und zwar bis Feierabend. Längere Wartezeit wird als Ueberarbeit bezahlt. In der Woche vor Ostern findet die Lohnzahlung am Donnerstag statt. § 7. Streitigkeiten, die sich aus diesem Vertrag ergeben, unterliegen der Entscheidung eines Schiedsgerichts, zu dem beide Parteien je zwei Vertreter ernennen. Zum Vorsitzende soll der hiesige Gewerbekonsulent als Unparteiischer herangezogen werden. § 8. Die Arbeitnehmer verpflichten sich, keine Arbeiten weder direkt noch indirekt ohne Wissen des Arbeitgebers für eigene Rechnung auszuführen, noch sich in irgend einer Weise der Kundschaft gegenüber verbindlich zu machen. § 9. Der Vertrag läuft vom 21. Oktober 1911 bis 1. Juli 1914. Ist nicht spätestens am 1. April 1914 eine Kündigung erfolgt, so läuft der Vertrag stillschweigend, und zwar immer auf ein Jahr weiter. Am 1. Juli 1913 werden die tariflichen Löhne am 2 ₰ erhöht." — Dieser Vertrag wurde in der Branchenversammlung am 7. September gegen wenige Stimmen angenommen. Es liegt jetzt hauptsächlich mit an den Elektrikern, dem Vertrag volle Geltung zu verschaffen. Wert hat der Vertrag nur, wenn alle in dieser Branche beschäftigten Arbeiter den Deutschen Metallarbeiter-Verband hinter sich haben und jede Nichteinhaltung sofort auf unserem Bureau melden. Zu beachten ist, daß die angegebenen Löhne nur Mindestlöhne sind, und daß jeder Arbeiter versuchen muß, einen höheren Lohn zu bekommen. Die Firma Siemens-Schuckert und die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft haben sich bis heute dem Vertragsverhältnis noch nicht angeschlossen. Wir werden bei diesen Firmen, wenn die Arbeiter auf dem Posten sind, mit Nachdruck dafür sorgen, daß der Vertrag auch dort Anerkennung findet.

Köln. In dem nunmehr schon über sechs Wochen dauernden Streik der hiesigen Elektromonteure machte das Gewerbegericht einen Einigungsversuch. Am 8. September ersuchte das Gewerbegericht den Vorsitzenden der Vereinigung elektrotechnischer Installationsfirmen, Herrn Nolzen, einen Beschluß der Vereinigung herbeizuführen, ob die Vereinigung gewillt wäre, unter der Leitung des Gewerbegerichts in Einigungsverhandlungen einzutreten. Auf dieses Schreiben hin erschienen am 13. dieses Monats die Herren Nolzen und Thoferen am Gewerbegericht und erklärten, der Vorstand der Vereinigung habe am 12. September beschlossen: Verhandlungen mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, sowie auch mit einer aus verschiedenen Betrieben zusammengesetzten Kommission der Arbeiter, abzulehnen. Dagegen gestattete die Vereinigung, daß jedes Geschäft mit ihren Arbeitern verhandelt. Kein Friede, sondern Krieg ist die Losung des Vorstandes der elektrotechnischen Vereinigung. Ob sich die Mitglieder der Vereinigung ein derartiges absolutistisches Vorgehen ihres Vorstandes gefallen lassen, möchten wir bezweifeln. Lassen sie es sich gefallen, so beweisen sie, daß sie keine Leute sind, die sich in solchen Fragen eine eigene Meinung bilden können. Das Gewerbegericht ersuchte, wie das wohl selbstverständlich ist, in einer solchen wichtigen Frage, einen Beschluß der Vereinigung herbeizuführen, dagegen der Vorstand, bestehend aus den Herren Nolzen, Prümm, Thoferen und Martin, treffen die Entscheidung allein. Es ist dieses ja auch einfacher, besonders wenn man eine Abstimmung der Mitglieder zu fürchten hat. In den letzten Versammlungen der Vereinigung waren einmal 26 und einmal 18 Mitglieder von über 50 zugegen, ein Zeichen, daß man sich auf die Abstimmungen vor dem Streik und auch auf die 50 ℳ Konventionalstrafe nicht mehr berufen kann. Daß die Unzufriedenheit nicht schon längst zum offenen Durchbruch gekommen ist, verdanken die Herren lediglich den Schauergeschichten, die man den Mitgliedern anfangs über den Deutschen Metallarbeiter-Verband erzählt hat. Wenn man hört, wie Leute, die den Titel Ingenieur haben, über die Gewerkschaftsbewegung reden, so muß man erstaunt fragen: Wie ist dieses heute im Zeitalter der Organisation möglich? Es ist nicht der Deutsche Metallarbeiter-Verband, der durch einen Tarifabschluß den kleineren und mittleren Unternehmern den Hals zuhält, sondern es sind die Großunternehmer, die das besorgen. Was sie im Konkurrenzkampf nicht in allen Fällen fertigbringen konnten, das versuchen die Großunternehmer nun durch den Streik fertig zu bringen. Die Großfirmen wollen den Tarifabschluß nicht wegen der materiellen Seite der Frage hintertreiben, denn da wissen sie, daß man sich sehr leicht einig wäre, nein, sie lehnen die Verhandlungen ab, weil sie prinzipiell mit der Gewerkschaft der Arbeiter nichts zu tun haben wollen. Für dieses Prinzip sollen nun durch einen monatelangen Kampf die Kleinfirmen geopfert werden. — In einer Versammlung der Streikenden wurde nach einem eingehenden Bericht einstimmig beschlossen, im Streik auszuharren, um so den Machtstandpunkt der Unternehmer zu brechen.

Feilenhauer.

Wien. Die hiesigen Feilenhauer und Schleifer stehen seit Montag den 11. September im Streik. Verlangt wurde von den Feilenhauern eine 20prozentige Erhöhung des seit fünf Jahren bestehenden Hautarifes. Von den Unternehmern wurde eine 5prozentige Erhöhung angeboten, die von den Feilenhauern einstimmig abgelehnt wurde. Zuzug von Feilenarbeitern und Schleifern nach Wien ist fernzuhalten.

Metallarbeiter.

Altwasser-Waldenburg (Schlesien). Die schlechtesten Lohn- und Arbeitsbedingungen für Metallarbeiter sind gewiß im Waldenburger Industriebezirk anzutreffen. Wir haben hier nicht nur die niedrigsten Löhne, die längsten Arbeitszeiten und die meisten Ueberstunden, sondern hier müssen die Metallarbeiter noch ungewaschen und mit schmutziger Kleidung die Werkstatt verlassen, weil es Wasch- und Ankleideräume nicht gibt. Abortanlagen, Ventilation und was die Hygiene sonst noch erfordert, sind entweder gar nicht oder nur unzureichend vorhanden. Hingegen ist die Kontrolle der Arbeiter beim Beginn und Verlassen der Arbeit durchaus „modern", an Strafen für Zuspätkommen und dergleichen ist kein Mangel. Obwohl hier der Lebensunterhalt keineswegs billiger ist als im übrigen Deutschland, werden für gelernte Arbeiter noch Stundenlöhne von 25 bis 28 ₰ bezahlt, Löhne von 40 ₰ und höher sind nur in geringer Zahl anzutreffen. So betrug der Durchschnittslohn für gelernte Arbeiter in der hiesigen Karlshütte, die zirka 600 Arbeiter beschäftigt, nur 31,3 ₰ und der durchschnittliche Akkordverdienst nur 40,8 ₰ pro Stunde. Viel schlimmer aber sieht es bei den Hilfsarbeitern aus, denn deren Stundenlöhne bewegen sich zwischen 25 und 28 ₰. Akkordarbeit gibt es für sie nicht, und so bleibt für diese armen Teufel nichts anderes übrig, als durch viele Ueberstunden noch etwas zu verdienen. Die Direktion der Karlshütte rühmt sich aber noch, daß sie die höchsten Löhne im ganzen Revier zahle. Die andern Firmen behaupten dies aber auch, vielleicht auch mit Recht, denn in Wirklichkeit bezahlt die eine Firma so schlecht wie die andere. Um diese Zustände etwas zu mildern, wurden der Firma von uns, dem Schmiedeverband und dem Gewerkverein im Auftrage der Arbeiterschaft Vorschläge unterbreitet, durch die Einstellungslöhne von 28, 30 und 35 ₰ für Hilfsarbeiter und von 30, 33, 36 und 40 ₰ für gelernte und für angelernte eingearbeitete Arbeiter verlangt wurden. Außerdem wurde verlangt eine Verkürzung der Arbeitszeit am Sonnabend um eine Stunde, Regelung der Akkordarbeit, dazu kamen einige nebensächliche Forderungen. Die Former verlangten eine Erhöhung ihrer Akkordpreise und die Bezahlung des Fehlgusses, wenn dieser ohne Verschulden des Formers entsteht. Zunächst lehnte die Firma es ab, mit den Organisationsvertretern zu verhandeln, was deshalb auffällig ist, weil der Direktor der Karlshütte sich im Mai dieses Jahres beim Straßenbahnerstreik — allerdings erfolglos — bemühte, vermittelnd einzugreifen. Weil es den Arbeitern aber nichts aufs Verhandeln, sondern aufs Bewilligen ankam, wurde der Arbeiterausschuß beauftragt, die Forderungen erneut einzureichen und zu vertreten. Das Ergebnis dieser Verhandlungen war ein Versprechen der Direktion, Lohnzulagen von 1 bis 4 ₰ und bei besserem Geschäftsgang weitere größere Zulagen zu gewähren. Der gute Geschäftsgang ist unseres Erachtens jetzt wieder vorhanden, denn nachdem vor der Bewegung verkürzte Arbeitszeit in Aussicht gestellt, teils auch eingeführt wurde, wird jetzt wieder flott mit Ueberstunden gearbeitet. Ob nun das Versprechen auf höhere Zulagen wohl eingelöst wird? Die meisten qualifizierten Arbeiter haben 2, auch 3 ₰ erhalten, hingegen haben die unorganisierten Hilfsarbeiter fast durchweg nur einen Pfennig bekommen. Unter den gelernten Arbeitern gibt es allerdings auch noch Unorganisierte, die den durch die Organisation erzielten Vorteil mit einheimsen, also ernten ohne gesät zu haben. Wenn diese Leute richtig nachdenken, werden sie nicht

länger als Unorganisierte herumlaufen und es ihren Mitarbeitern überlassen, für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu sorgen, sondern sie werden sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anschließen, dem sie es ganz allein verdanken, daß ihr Einkommen sich verbessert hat. Die Hilfsarbeiter, die zum großen Teil noch unorganisiert sind und die bei ihren niedrigen Stundenlöhnen nur existieren können, wenn sie ungezählte Ueberstunden machen, sollten auch daran denken, daß wieder einmal schlechte Zeiten kommen, wo keine Ueberstunden geleistet werden können, ja wo vielfach bei verkürzter Arbeitszeit geschafft wird, ohne daß deshalb die miserablen Stundenlöhne erhöht werden. Sie sollten einsehen, daß sie die gute Geschäftskonjunktur nicht ungenutzt vorübergehen lassen dürfen, sondern sich mit Hilfe der Organisation Stundenlöhne erringen müssen, mit denen sie auch bei einer normalen Arbeitszeit existieren können. Bei der Wilhelmshütte, mit etwa 200 Arbeitern, liegen die Verhältnisse ebenso, auch dort hatte kurz zuvor eine Lohnbewegung stattgefunden, die im allgemeinen denselben Verlauf nahm wie die in der Karlshütte. Auch bei der Firma Karl Wolfgamm in Waldenburg wurden kleine Lohnerhöhungen erzielt. Wohl noch schlechter als in den Betrieben der Metallindustrie sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen der zahlreichen Metallarbeiter, die auf den Gruben beschäftigt sind. Löhne von 25 bis 32 ₰ sind auf den Gruben die Regel, an Mißständen aller Art fehlt es aber nicht. Die hiesigen Metallarbeiter haben alle Veranlassung, ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen mehr als bisher Beachtung zu schenken und die gute Geschäftskonjunktur nicht ungenutzt vorübergehen zu lassen. Deshalb, Kollegen: werbt Mitglieder für den Verband!

Dahm i. Westf. (Zur Bewegung der Arbeiter bei der Firma C. W. Wilms.) Wenn wir in unserem letzten Bericht (Nr. 36) darauf hinwiesen, daß die Schleifer ihre Kündigung eingereicht hatten und die Firma den Arbeitern mit der Stillegung des Werkes drohte, so sind wir heute in der Lage, zu berichten, daß die Firma die Androhung zurückgenommen hat, weil die Kommission der Schleifer, nachdem die Firma den Feinschleifern einige kleine Zugeständnisse gemacht hatte, im Namen der Schleifer die Kündigung zurückzog, ohne die gesamten Schleifer selbst zu fragen. Die Arbeiter des Betriebes fragen sich nun, wie es möglich war, daß die Kommission so handelte. Einige Arbeiter sind der Meinung, daß das geschah, weil die Schleifer alle Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes sind und diese jedenfalls durch die Reden, die am 1. September in einer Versammlung bei Heitfeld gehalten wurden, kopfscheu geworden sind. Festgestellt muß aber werden, daß Schleifer in der Versammlung sagten: Man hat uns jetzt lange genug hingehalten, wir haben es endlich satt, denn Schleiferblut ist keine Buttermilch. Als der Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes auf die schlechte Schulung der Mitglieder hinwies und so manches, was sich bei der Bewegung abgespielt hat, verurteilte, glaubte ein Herr Kerkloh (besonderes Mitglied der katholischen Arbeitervereine und eifriger Leser der Westdeutschen Arbeiter-Zeitung), den „christlichen" Metallarbeiterverband in Schutz nehmen zu müssen, indem er dem Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes das Recht zu einer Kritik dieser Bewegung absprechen wollte, weil er nicht unparteiisch sei. Als unser Kollege Bormann den Beweis haben wollte, sagte Kerkloh: Bormann habe von Anfang der Bewegung an ihre Angestellten mißachtend behandelt. Bormann erwiderte, daß das nicht der Fall gewesen sei, er habe nur auf die Dummheiten der christlichen Angestellten hingewiesen, und das sei im Interesse der Bewegung notwendig gewesen, was die Mitglieder des christlichen Verbandes durch Beifall stets bekundeten. Der Vertreter des christlichen Verbandes mußte auch zugeben, daß die Schleifer nicht klug gehandelt haben. Aus dieser Bewegung können die Kollegen von Hamm wieder ersehen, wie notwendig es ist, daß bei Kämpfen geschulte Kollegen vorhanden sind. Die Bewegung ist noch keineswegs beendet, denn die Kollegen der anderen Abteilungen haben auf Grund ihrer Preistabelle, die die Firma heraushängen wird, zu prüfen, wie die Regelung ihrer Akkordsätze vorgenommen werden soll. Den unorganisierten Kollegen rufen wir zu: Tretet ein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband, denn nur die freie Gewerkschaft wird die Interessen der Arbeiterschaft gewissenhaft wahrnehmen.

Rheine i. W. Im schwarzen Münsterlande oben im nordwestlichen Deutschland liegt der blühende Industrieort Rheine. Immer hat da der Klerus sein Zepter geschwungen. So hat auch der schwarze Metallarbeiterverband einen Teil der Rheiner Metallarbeiter für sich gewonnen. Als an die Metallarbeiter von Rheine auch einmal die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation herantrat, da entschied sich der hohe Klerus dafür, von den beiden „Uebeln" das kleinste zu wählen, er gestattete die christlichen Gewerkschaften, um die Schäfchen unter seiner Obhut zu behalten. Also nicht, um den Arbeitern durch die gewerkschaftliche Organisation bessere Existenzverhältnisse zu schaffen, sondern ihnen die angeblich christliche Weltanschauung zu erhalten. Zu dem Zweck wird viel mit dem roten Tuch geschwenkt, um die Arbeiter als stramme Zentrumswähler zu erhalten. Mit einer süß-sauren Miene haben es die Rheiner Dorfgewaltigen zugelassen, daß die Arbeiter sich mit ihresgleichen außerhalb der katholischen Arbeitervereine zusammenschlossen. Daß bei einer so geduldeten Organisation das notwendige Feuer und Saft und Kraft fehlen, um die Lage der Arbeiter wirksam zu verbessern, ist verständlich. Kein anderer als der Allerweltsredner, der Zentrumsabgeordnete Erzberger, hat die Rheiner Arbeiter so richtig eingeschätzt. Bei Gelegenheit eines Festes, das diesen Sommer in Rheine stattfand, wo natürlich Erzberger reden mußte, empfahl er den Arbeitern von Rheine, fromm, demütig und gehorsam zu sein, ihre Pflichten als Christen und Bürger treu zu erfüllen. Von Rechten war keine Rede, nur fromm, demütig und gehorsam soll der Bruder Arbeiter sein, die Rechte überläßt man dem anderen christlichen „Bruder", der Besitz hat. Wo so mit dem Arbeiter und seinen Interessen Schindluder getrieben wird, da kann für ihn nichts herausspringen. Eine Bewegung bei der Autofabrik von Gebr. Windhof zeigte dieses zur Genüge. Schon seit langem bestand bei den Arbeitern der Firma Windhof der Wunsch, das jetzige System der Lohnzahlung dahin abzuändern, daß die wöchentliche Lohnzahlung eingeführt werden und das Strafsystem eine andere Regelung erfahren solle. Fabrikversammlungen ergaben eine vollständige Uebereinkunft der beiden in Betracht kommenden Organisationen. Der Arbeiterausschuß verhandelte mit der Firma, erzielte aber außer geringfügigen Abänderungen des Strafsystems nichts. Während nun von unseren Kollegen stramm an den Forderungen festgehalten wurde, blieben die Christlichen zum Rückzug. Natürlich, so war es eben nicht gemeint, daß man der Firma auch ernsthaft die Zähne zeigt. Die Feigheit der Christlichen ging so weit, daß sie hinter dem Rücken unserer Kollegen sich durch Beschlüsse festlegten, um dann in der Betriebsversammlung unsere Kollegen niederzustimmen. In der Betriebsversammlung von unseren Kollegen hierüber zur Rede gestellt, fanden diese Helden noch nicht einmal den Mut, ihre niederträchtige Handlungsweise zu rechtfertigen. Nur einer, der tapfere Streikbruchsstratege Kreil von Dortmund, fand ein solches Verhalten in der Ordnung. Solche Taten sind die Erziehungsfrüchte der Christlichen. Für die Arbeiter ist bei der ganzen Bewegung herzlich wenig herausgesprungen, schuld daran sind die tapferen christlichen Mannesseelen. Jedoch ist noch nicht aller Tage Abend, und wie anderwärts, so werden auch in Rheine die Arbeiter zu dem Bewußtsein kommen, daß ihre Interessenvertretung bei den freien Gewerkschaften zu suchen ist.

Wiener-Neustadt. Die Differenzen in den Daimlerwerken sind noch nicht erledigt. Die Firma ist jetzt eifrig daran, durch deutsche Blätter Arbeiter zu suchen. In Frankfurt a. M. und in Chemnitz werden speziell Dreher auf Gisholt-Drehbänke gesucht. Die Kollegen werden dringend ersucht, auf solche Inserate nicht hereinzufallen, da sonst die verhängte Sperre unwirksam wird. Es gibt hier arbeitslose Metallarbeiter genug, die nach Erledigung der Differenzen die freien Plätze besetzen können.

Optiker.

Saalfeld a. S. Besondere, nicht alle Tage vorkommende Dinge sind es, die uns zwingen, die Zustände in der Optischen Anstalt Saalfeld, G. m. b. H., einer öffentlichen Kritik zu unterziehen. Die Anstalt ist ein neues Unternehmen. Ob diese Tatsache für das Verhalten des Betriebsleiters maßgebend ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Um das Geschäft recht rentabel zu gestalten, scheut der Herr sich nicht, den Arbeitern die ungerechtfertigsten Abzüge zu machen. Die Optiker werden gewöhnlich zu einem Wochenlohn von 24 M. eingestellt. Wer von ihnen aber glaubt, daß er am Lohntag unter allen Umständen 24 M. ausgezahlt erhalten müsse, irrt sich. Er hat nicht damit gerechnet, daß bei der Firma Akkorde bestehen, die es nicht ermöglichen, den vereinbarten Lohn zu erreichen. In vielen Fällen mußten unsere Kollegen diese bittere Erfahrung machen. Es seien nur einige davon angeführt. Ein Kollege, der drei Wochen in Akkord arbeitete, erhielt jede Woche 24 M. (seinen Lohn) ausgezahlt. Als der Akkord fertiggestellt war, ergab sich, daß er seinen Lohn nicht erreicht hatte. Beim nächsten Akkord wurde ein Ueberschuß von 6 M. erzielt. Der Betriebsleiter zog nun bei der Lohnzahlung dem Kollegen soviel ab, als er beim vorigen Akkord unter dem Lohn geblieben war, so daß er 14 M. ausgezahlt erhielt. Leider hat sich der Kollege das gefallen lassen, er teilte diesen Vorgang der Verbandsleitung erst mit, als nichts mehr dagegen zu machen war. Einem Mädchen, das einen Wochenlohn von 9 M. erhält, wurden in einer Woche 6 M. für zerbrochene Linsen abgezogen. Für beschädigte und zerbrochene Linsen werden überhaupt viele Abzüge gemacht, obwohl die Arbeiter in den meisten Fällen an der Beschädigung der Linsen keine Schuld haben. Bei den Einrichtungen des Betriebs ist es unmöglich, die Arbeiter für beschädigte Linsen verantwortlich zu machen. Die Schubkasten, in denen die Optiker die Linsen aufzubewahren gezwungen sind, fallen beim Aufziehen herunter, wodurch es schon öfter vorgekommen ist, daß Linsen beschädigt wurden. Dies ist dem Betriebsleiter bekannt. Es wurde aber bis heute dieser Zustand noch nicht geändert. Es ist auch schon vorgekommen, daß ein Hilfsarbeiter beim Reinemachen die in einem Kasten befindlichen Linsen beim Hochheben des Kastens beschädigte. Der Betriebsleiter verlangte, obwohl ihm dies mitgeteilt worden war, von dem Optiker, der die Linsen in Arbeit hatte, daß er diese unentgeltlich korrigieren solle. Die Kollegen in der Optischen Anstalt haben nun Schritte unternommen, diese Zustände zu beseitigen. Die Optische Anstalt inseriert in allen möglichen Zeitungen nach Optikern. Wir ersuchen alle Kollegen, diesen Betrieb zu meiden, damit es gelingt, darin bessere Verhältnisse zu schaffen.

Rundschau.

Gewerkschaftliches.

Böttcher. Der Zentralverband der Böttcher und Böttchereihilfsarbeiter hielt seinen 12. Verbandstag vom 21. bis zum 25. August in Dresden ab. Auch auf diesem Verbandstag spielte die Verschmelzungsfrage eine Rolle. Der Referent, Seel (Mainz), hatte eine Resolution gegen die Verschmelzung eingebracht, die nach eingehender Debatte mit 27 gegen 15 Stimmen angenommen wurde. Verschiedene Anträge auf Erhöhung der Unterstützungen wurden vom Vorstand bekämpft und schließlich auch abgelehnt, ebenso die Klassifizierung der Beiträge. Bei der Reiseunterstützung wurde die Wartezeit für ausgesteuerte Mitglieder von 52 Wochen auf 72 erhöht. Der Höchstsatz der Streikunterstützung wurde von 18 auf 21 M. die Woche erhöht. Für jedes Kind wird künftig 1 M. anstatt wie bisher 50 ₰ gezahlt. Ferner wurden einige Bestimmungen des Streikreglements genauer gefaßt.

Gewerbegerichtliches.

Ein Aufsehen erregendes Urteil fällte vor kurzem das Hamburger Gewerbegericht unter dem Vorsitz des Amtsrichters Dr. Lüders. Es handelte sich um eine Klage von 28 Bohrern der Vulkanwerft gegen die Vulkanwerft. Die Kläger waren mit Strafen von 2 bis 4 M. belegt. Die Strafgelder wurden ihnen bei der nächsten Lohnzahlung in Abzug gebracht. Sie klagten auf Rückerstattung der Strafgelder in Höhe von zusammen 74,50 M. Die Strafen waren verhängt, weil die Kläger mit ihren Bohrmaschinen zu früh an Deck gekommen oder die Bohrmaschine überhaupt nicht an ihren Bestimmungsort abgeliefert hatten, sondern als das Signal zum Aufhören der Arbeit ertönte, die Maschinen einfach da stehen ließen, wo sie waren. Die Firma erklärte, die Arbeiter seien nach der Arbeitsordnung verpflichtet, nach Feierabend die Werkzeuge abzuliefern, ohne dafür eine Bezahlung verlangen zu können. Den Bohrern sei es erlaubt, fünf Minuten vor Schluß der Arbeitszeit von Bord des Schiffes zu gehen und das Werkzeug abzuliefern. Sie hätten aber 20 bis 25 Minuten zu früh zu arbeiten aufgehört. Die ausgedehnte Beweisaufnahme drehte sich wesentlich darum, ob es Usus gewesen sei, zehn Minuten oder frühestens fünf Minuten vor dem Pfeifen von Bord zu gehen, das den Schluß der Arbeitszeit verkündete. Das Gericht nahm an, daß bei den gegenüberstehenden Zeugenaussagen über diesen Punkt nicht erwiesen sei, daß mehr als fünf Minuten vor dem Schlußsignal die Entfernung von Bord gestattet war. Es nimmt aber an, daß, da von jedem Schiff 50 bis 100 Bohrmaschinen geholt werden mußten, innerhalb fünf Minuten die Ablieferung der Bohrmaschinen nicht möglich gewesen sei. Für die Zeit, die mit dem Abliefern der Bohrmaschinen verloren geht, sei Lohn nicht zu zahlen, die unentgeltliche Ablieferung sei durch die Fabrikordnung vorgeschrieben, und deshalb seien die Strafen wegen Nichtablieferung oder zu frühzeitiger Ablieferung beziehungsweise zu frühzeitigen Fortgehens von Bord gerechtfertigt.

Das Urteil wird vom Hamburger Echo, dem wir den Bericht entnehmen, mit Recht als ein Fehlurteil von weittragendster Bedeutung bezeichnet. In ihm wird der Grundsatz proklamiert, daß durch die Fabrikordnung eine unentgeltliche Arbeitsleistung nach Schluß der Arbeitszeit verlangt und wegen Nichtverrichtung der Arbeit Strafe auferlegt werden könne. Wenn in der Tat die Fabrikordnung so, wie es das Gewerbegericht getan hat, auszulegen wäre, so wäre eine solche Bestimmung — und das hat leider das Gewerbegericht übersehen — nicht rechtsverbindlich. Nach § 134b der Gewerbeordnung dürfen Strafbestimmungen, die die guten Sitten verletzen, nicht in die Arbeitsordnung aufgenommen werden. Nach beinahe konstanter Rechtsprechung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte und nach der vom Reichsgericht ausnahmslos geübten Praxis sind Verträge oder Abreden in Verträgen als Verstöße gegen die guten Sitten zu erachten, wenn sie einen Mißbrauch der wirtschaftlichen Uebermacht des Unternehmers gegenüber dem Arbeiter enthalten. Ein solcher Mißbrauch liegt aber stets vor, wenn unentgeltliche Arbeitsleistung und gar Bestrafung mit Geldstrafe für den Fall vereinbart ist, daß die unentgeltliche Arbeit nicht geleistet wird. Der Klage hätte ferner auch deshalb stattgegeben werden müssen, weil nach § 394 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ein Abzug der Strafen vom Lohn unzulässig war.

Ein „Arbeitstreuer" wegen Beleidigung eines Streikenden verurteilt.

Am 15. Juli, während des Streiks der Elektromonteure in Frankfurt a. M., standen die Elektromonteure Wöllstein und Hofmann auf der Eckenheimer Landstraße und unterhielten sich über den Streik. Da sah Wöllstein den Elektromonteur Sebastian Blum, der bei Schäfer & Montanus weiterarbeitete, auf seinem Rade herankommen. „Eben kommt der Blum," sagte er zu Hofmann und ging weiter. Blum, der die Worte gehört hatte, fuhr nun an Hofmann heran und sagte: „Du Streiklump, ich will dir eine Mark pumpen, du kannst mich" ... und es folgte die bekannte Einladung. In Gegenwart eines Wachtmeisters, bei dem Hofmann Anzeige wegen öffentlicher Beleidigung machen wollte, sagte Blum dann noch: Ich bin arbeitswillig, das ist ein Streiklump! Hofmann aber hatte erhebliche Schwierigkeiten bei einem Kommissar zu überwinden, ehe seine Anzeige angenommen wurde. Ja, wenn die Sache umgekehrt gewesen wäre!

Vor dem Schöffengericht bestritt Blum, daß er den Hofmann beleidigt habe. Im Gegenteil, er sei beleidigt worden, denn Wöllstein habe nicht gesagt: „Eben kommt der Blum", sondern „Eben kommt der Lump!" Die beiden Zeugen nahmen dagegen auf ihren Eid, daß die Sache so gewesen sei, wie sie sie darstellten. Von der Streikleitung sei ausdrücklich vor Blum gewarnt worden, er provoziere und die Streikenden sollten sich nicht mit ihm einlassen. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 10 M. Der Verteidiger des Blum, Dr. jur. Schönberg, verlangte vom Gericht, daß es den Zeugen keinen Glauben schenke. Schon an sich sei es unglaubhaft, daß ein „Arbeitstreuer" schimpfe. Das täten die Streikenden, die ja weiter nichts zu tun hätten. Also der Angeklagte habe nicht beleidigt, sondern er sei beleidigt worden. Selbst wenn man annehmen wolle, daß sich Blum verhört und die Aeußerung wirklich gelautet habe: „Eben kommt der Blum", so liege darin schon eine Beleidigung. Man sieht, wie fein entwickelt das Empfinden eines Arbeitstreuen und seines Rechtsbeistandes sein kann! Dr. Schönberg beantragte Freisprechung. Wöllstein erblickte in den Ausführungen des Verteidigers den Vorwurf des Meineids und ersuchte den Vorsitzenden um Zurückweisung dieses Vorwurfs. Der Vorsitzende erwiderte, der Verteidiger habe ja den Zeugen gar nicht Meineid vorgeworfen, sondern nur objektiv gemeint, daß ihre Aussage nicht richtig sei. Das Gericht unter Vorsitz des bekannten Amtsgerichtsrats Rückert hielt sie auch objektiv für richtig und verurteilte den „Arbeitstreuen" wegen Beleidigung eines Streikenden zu der beantragten Geldstrafe von 10 M. Außerdem wurde dem Beleidigten Publikationsbefugnis zugesprochen. Ob wohl Hofmann auch mit 10 M. davongekommen wäre, wenn die Sache umgekehrt gelegen hätte?

Ein schwarz-blauer „Gewerkschafts"block.

Sie liegen sich in den Armen, — die Führer des „christlichen" Metallarbeiterverbandes und die des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter. In ihren Blättern verkünden sie, daß für ihre Verbände auf einer Konferenz in Hannover folgende „Sonderbestimmungen" vereinbart worden sind:

1. Im Interesse der Metallarbeiterschaft sollen bei Streiks und Aussperrungen beide Verbände gemeinsam und einheitlich vorgehen; besonders bei der einzuschlagenden Taktik, bei Beginn, Fortsetzung und Beilegung der Kämpfe.

2. In Orten und Bezirken, wo die Mitgliederzahlen der beiden Verbände sehr ungleich sind, soll bei Festlegung der Taktik diejenige Organisation das Mitbestimmungsrecht haben, welche die größte Mitgliederzahl aufweist und demgemäß die größte moralische und finanzielle Verantwortung zu tragen hat. Jedoch soll auf die Minderheit gebührende Rücksicht genommen werden.

3. Keiner der beiden Verbände soll dem andern Teil bei Streiks oder Aussperrungen Schwierigkeiten bereiten, sei es durch Drängen zum Streik oder bei Abbruch des Streiks. Bei Bewegungen, welche größere Dimensionen anzunehmen geeignet sind, sollen sich vorher außer den Bezirksinstanzen die Hauptleitungen beider Verbände verständigen.

4. Die eventuelle Unterstützung nicht bezugsberechtigter Mitglieder bei Streiks und Aussperrungen soll möglichst gleichmäßig erfolgen, und haben die Hauptvorstände von Fall zu Fall Höhe und Umfang der zu gewährenden Unterstützung gemeinsam festzusetzen.

5. Gegenüber den Ausschaltungsbestrebungen gegnerischer Organisationen bei Tarifabschlüssen und Verhandlungen sollen beide Verbände gemeinsam vorgehen, um sich die Anerkennung und das Mitbestimmungsrecht zu sichern.

6. Die Agitation, Abhaltung von Versammlungen 2c. betreibt jede Organisation absolut selbständig, ebenso steht es jeder Organisation frei, für sich Eingaben an Behörden und Parlamente zu richten und Erhebungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen zu veranstalten. Angriffe persönlicher oder sachlich verletzender Art sollen sowohl in der mündlichen Agitation, wie in den Verbandsorganen, Flugblättern 2c. zwischen beiden Verbänden vermieden werden. Ebenso sind Auseinandersetzungen über grundsätzliche oder taktische Fragen mit parlamentarischem Takte zu führen.

7. Bei Streitfällen mit anderen Organisationen soll entweder wohlwollende Neutralität gewahrt oder freundliche Hilfeleistung geübt werden.

8. Unbeschadet der getroffenen Vereinbarungen wahrt jede Organisation ihre absolute Selbständigkeit, und werden die grundsätzlichen und organisatorischen Verschiedenheiten der Organisationen in keiner Weise berührt. Eine Einwirkung auf parteipolitische oder konfessionelle Gebiete ist ausgeschlossen.

9. Jede Organisation kann von den getroffenen Vereinbarungen zurücktreten. Jedoch hat die Zurücktretende drei (3) Monate vorher dem andern Teile dieses schriftlich unter Darlegung der Gründe zur Kenntnis zu bringen.

10. Etwaige Differenzen über Nichteinhaltung der getroffenen Vereinbarungen sollen durch die Hauptvorstände der beiden Verbände geprüft, und für deren Beseitigung Sorge getragen werden.

Vorstehende Vereinbarungen treten mit dem 15. September 1911 in Kraft.

Hannover, den 30. August 1911.

Für den christlichen Metallarbeiterverband:

Fr. Wieber. Kloft. Hirtsiefer.

Für den Gewerkverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter (Hirsch-Duncker):

W. Gleichauf. Gust. Hartmann. A. Strubelt.

Wie aus den Bemerkungen hervorgeht, die die Blätter der beiden Verbände zu den „Sonderbestimmungen" machen, handelt es sich um ein Bündnis gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband, die „christlichen" und die Hirsche-Führer wollen nicht als Nachläufer der sozialdemokratischen Organisation betrachtet werden. Dieser Wink wird vom Unternehmertum gewiß verstanden werden, umsomehr, da die „Kontrahenten" so gnädig sind, zu bemerken, daß es jetzt vom Deutschen Metallarbeiter-Verband abhängen wird, ob in Zukunft ein erträglicheres Verhältnis unter den Metallarbeitern herrschen soll, als es seither der Fall war.

Es ist jedermanns Sache, sich so gut zu blamieren wie nur möglich. Bei diesem „Bruderbund" wird die Blamage nicht lange auf sich warten lassen. Die deutschen Metallarbeiter werden ihn als das betrachten und behandeln, was er ist: eine Streikbruch-Versicherungsgesellschaft!

Vom Ausland.

Ungarn.

Bewegung der Huf- und Wagenschmiede in Budapest. Im Mai versuchten die Arbeiter im Budapester Wagenbaugewerbe wegen der Lohn- und Arbeitsbedingungen mit den Unternehmern in Verhandlung zu treten. Diese versuchten die Sache in die Länge zu ziehen und drohten sodann mit einer Aussperrung. Darauf wurde in mehreren Werkstätten die Arbeit eingestellt. Nunmehr ist es zum Abschluß eines Vertrags gekommen, der bis zum 1. Mai 1913 gilt. Danach beträgt die wöchentliche Arbeitszeit 59½ Stunden. Die Stundenlöhne betragen für den Helfer 40 Heller, für den Schmied 50, für den ersten Bankarbeiter 60, für den ersten Hufschmied 60 und für den Feuerburschen 70 Heller. Die Löhne der Wagner, der Sattler und der Lackierer wurden ebenfalls geregelt. Jeder Arbeiter erhält eine 10prozentige Lohnaufbesserung, in Fuhrwerksbetrieben 20 Prozent. Für die ersten beiden Überstunden werden 30 Prozent Aufschlag bezahlt, für die folgenden 100 Prozent. —

Der Verband der Eisen- und Metallarbeiter Ungarns hat zum 1. und 2. Oktober im Verbandshaus zu Budapest eine außerordentliche Landesgeneralversammlung einberufen.

Großbritannien.

Die Streiks im britischen Transportgewerbe. Es war ein geradezu drolliger Einfall des Star, einer der Londoner Abendzeitungen, von denen täglich etwa ein halbes Dutzend verschiedene Ausgaben herausgegeben werden, am 10. August auf einem seiner Plakate, womit die

Zeitungsverkäufer durch die Straßen rennen, die Worte zu setzen: The End of all things. The End of the Crisis. The End of the Strike. The End of the head ware. (Das Ende aller Dinge. Das Ende der Krise. Das Ende der Streiks. Das Ende der Hitzwelle.) Mit der Krise meinte man die politische Krise, in der das Land sich zwei volle Jahre befand, und die mit der Annahme der Parlamentsbill, womit das Einspruchsrecht der Lords beschränkt werden soll, ihr Ende erreichte. In ruhigen Zeiten wäre die Erhebung dieser Vorlage zum Gesetz das Signal eines Jubelschreies in den Kreisen der englischen Demokratie gewesen, denn in der Tat ist die Parlamentsakte von unberechenbarer Tragweite, sie ist ein Apparat, womit die Demokratisierung Englands zusehends vorangetrieben werden wird. Merkwürdigerweise erhielt die Bill die „königliche Sanktion", ohne daß die breite Öffentlichkeit irgendwelche Notiz davon nahm. Und warum? Die Streikbewegung im Transportgewerbe hatte alle anderen Fragen in den Hintergrund gedrängt, um so mehr als der Streik auch London in Mitleidenschaft zog. So befand sich die ganze Nation in einer fieberhaften Erregung. Die gesamte Presse schrieb über nichts anderes als über die Streikbewegung. Wohin man auch immer kam, überall sprach man über den Streik. Ihren Anfang nahm die Bewegung bekanntlich im Seemannsgewerbe, und zwar am 14. Juni, ging jedoch von den Seeleuten auf die Hafenarbeiter und die Fuhrleute über, bis schließlich das gesamte Transportgewerbe davon ergriffen war. Merkwürdigerweise machte sie da noch lange nicht Halt, sondern dehnte sich auf nahezu alle schlechtbezahlten Berufe aus. So standen in London auf einmal viele tausend Arbeiterinnen der Yam-, Kisten- und Klebe-Gummi-Manufaktur im Streik. Und keine dieser spontanen, wie Pilze aus der Erde hervorgequollenen Bewegungen verlief erfolglos. Im Gegenteil, es wurden Lohnerhöhungen bis zu 20 Prozent erzielt, was gewiß ein wünschenswerter Erfolg ist, wenn man bedenkt, daß der Wochenlohn aller dieser unglücklichen Frauen in keinem Falle mehr als 10 Schilling betrug. Keine von ihnen gehörte wohl vor dem Kampfe irgend einer der bestehenden Frauenorganisationen an, aber sehr bald gelang es der energischen Miß Mary Macarthur, die ein erstaunliches Organisationstalent hat, dem Streik eine Führung zu geben. In den liberalen Daily News erließ sie einen Aufruf, worin sie zu Geldunterstützungen aufforderte und der innerhalb ein paar Tagen auch annähernd tausend Pfund Sterling einbrachte. Viele reichen Bürgersleute zeichneten 20 bis 100 Schilling. Von diesem Geld wurden die Streikenden mit Lebensmitteln versehen. In London, wo der Streik geradezu heroische Augenblicke zeitigte, wurde die Bewegung in der Nacht vom Donnerstag auf Freitag den 12. August als beendet erklärt. Zwar hatten die Dockarbeiter bereits am 5. August einen Sieg errungen, am 6. August aber machte das Streikkomitee bekannt, daß keiner die Arbeit aufnehmen dürfe. Hatte man doch am Tage vorher den Generalstreik proklamiert. Man glaube ja nicht, daß diese Aufforderung eine leere Phrase blieb. Kein Docker ging am Montag zur Arbeit, an welchem Tage auch die Fuhrleute in den Streik traten, was eine riesenhafte Konfusion in der Stadt hervorrief. Der ganze Transport kam dadurch ins Stocken. Die Streikposten verfolgten alle von Arbeitswilligen geführten Fuhrwerke zum Zweck friedlicher Überredung. Um zu verhüten, daß die Streikenden — falls die Arbeitswilligen sich weigerten, die Fuhrwerke zu verlassen — diese einfach umwarfen, versah man jedes mit zwei oder drei Polizisten. In diesen Tagen konnte man in den Straßen verschiedentlich ergötzende Bilder sehen. Vorbei sausten die beladenen Fuhrwerke, worauf Polizisten lässig und mit gutem Humor lagen oder saßen. Sogar berittene Schutzleute hatten einige bei sich. Die Differenzen mit den Bunkerleuten wurden Mittwoch den 9. August beglichen. Mit den Fuhrleuten erzielte man am Freitag morgen eine Vereinbarung, doch nahm der Streik einen ungeschwächten Fortgang bis in die späte Nacht, wo es dann zu einem Vertrag mit den Leichterschiffern kam. Das Solidaritätsgefühl wurde in einer Weise entwickelt, wie es bisher in Arbeiterkreisen unbekannt war. Gerade diese neue Taktik ermöglichte den Erfolg auf der ganzen Linie. Als schon Verträge für Docker, Fuhr- und Bunkerleute zustande gekommen waren, verharrten alle noch im Kampfe, bis die Wünsche von ein paar tausend Leichterschiffern beglichen worden waren. Eine bemerkenswerte Erscheinung im Kampfe war, daß, während zwischen den Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer im Verein mit Vertretern der Regierung Friedensverhandlungen geführt wurden, der Kampf auf der Straße mit aller Wucht ununterbrochen weitergeführt wurde. Trotzdem der Streik am 12. August offiziell beendet worden war, wurde vielfach die Arbeit nicht wieder aufgenommen. Es stellte sich bald heraus, daß die Arbeiter mit den abgemachten Bedingungen massenweise nicht einverstanden waren, und diese Unzufriedenheit war auch teilweise berechtigt. Die Friedensverträge waren mit den großen Reedern und Kaufleuten abgeschlossen worden. Die hauptsächlich Küstenhandel betreibenden Kaufleute weigerten sich, die Bedingungen anzuerkennen, so entbrannte der Kampf am 14. August von neuem und am 19. August wurde er endgültig zugunsten der Arbeiter erledigt.

Die Errungenschaften der Londoner Transportarbeiter sind: 1. Für die Leichterschiffer zweistündige Verkürzung der Arbeitszeit die Woche, 25 Prozent Lohnerhöhung, proportional erhöhte Bezahlung der Überzeitarbeit, angemessene Ruhepause für die Mahlzeiten. 2. Für die Fuhrleute Festsetzung der Arbeitszeit auf 72 Stunden die Woche (bis jetzt betrug sie 90 bis 100 Stunden); Bezahlung für Überzeitarbeit von 6 Pence bis zu 1 Schilling, je nach der Schwere des Fuhrwerks. Bisher wurde keinerlei Überzeitzuschlag bezahlt. Die wöchentlichen Lohnerhöhungen belaufen sich auf 4 bis 7 Schilling. 3. Für die Docker Lohnerhöhung von 1 Pence die Stunde, Erhöhung der Überzeitarbeit von 9 Pence auf 1 Schilling. 4. Für die Bunkerleute zwanzigprozentige Lohnerhöhung.

Der aufmerksame Leser wird bereits herausgefunden haben, daß die Prophezeiung des Star betreffend „The End of all things" nicht eintraf, soweit die Streikbewegung in Betracht kam. Nicht nur, daß in London weitergestreikt wurde, auch in Liverpool nahm der Kampf verschärfte Formen an. Dort hatten sich einige hundert Dockarbeiter geweigert, zu den abgemachten Bedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen, weshalb die Reeder den Plan faßten, eine Aussperrung aller Arbeiter vorzunehmen, die an Frachtschiffen beschäftigt sind, wodurch etwa 20 000 Arbeiter aufs Pflaster geworfen wurden. Diese Aussperrung trat am 14. August in Kraft und wurde von den Arbeitern mit dem Generalstreik aller Schiffs- und Werftarbeiter beantwortet. Der Kampf dauerte bis zum 25. August und endete mit dem Siege der Arbeiter. Eigentlich hätte die Aussperrung am 19. August ihr Ende erreichen sollen. Die Hauptvorstände der streikenden Eisenbahner hatten ihren Willen bekanntlich dahin kundgetan, nicht eher den Kampf aufgeben zu wollen, als bis die Reeder die Aussperrung aufhoben, wozu sich diese auch bereit erklärten. Am 21. August stellte sich aber heraus, daß der Stadtrat sich weigerte, 250 Tommyleute wieder einzustellen, die in den Sympathiestreik eingetreten waren. So lastete wieder die Gefahr eines Generalstreiks der Transport- und Eisenbahnarbeiter auf der Nation, das heißt in London waren die Exekutive der Transportarbeiter und die Hauptvorstände der Eisenbahner auf ihren Posten geblieben und wären zur Proklamierung des Generalstreiks bereit gewesen, hätte der Stadtrat nicht nachgegeben. Als dieses geschah, erreichte die bedeutungsvolle Bewegung im Transportgewerbe ihr Ende. Die Städte, wo diese am erfolgreichsten war, sind außer London Liverpool, Manchester, Glasgow, Bristol, Cardiff, Swansea, Newport. Überall wurden Lohnerhöhungen von 10 bis 20 Prozent erzielt. R. W.

Literarisches.

Technische Rundschau. Zeitschrift für Technik, Kultur und Leben. Herausgegeben von Prof. Dr. phil. et jur. Jul. Lehmann (Stuttgart, Franckhsche Verlagshandlung). Jährlich 12 reich illustrierte Hefte und 2 Bücher. Lex. 8°. Bezugspreis 7 M. — Das uns vorliegende Heft 7 enthält unter anderm folgende, für unsere Kollegen besonders wichtige Artikel: Zur Aufklärung über wichtige technische Begriffe. — Der elektrische Betrieb auf der Nebenbahnstrecke Bütterfeld—Detzen. Von Prof. Dr. phil. et jur. J. Lehmann. — Der Wirkungsgrad. Von Dipl.-Ing. Ludwig Brinkmann. — Außerdem noch verschiedene Artikel und Notizen von allgemeinem Interesse. Auch dieses Heft ist reich illustriert.

Die Sozialdemokratie im Urteile ihrer Gegner. Von Dr. August Erdmann. 174 Seiten. Preis gebunden 2 M. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68. — Das Buch bringt eine Zusammenstellung von Urteilen, die von gegnerischer Seite über die Sozialdemokratie gefällt worden sind, und zwar sind es Urteile günstiger Art, die hier zusammengestellt sind. Den agitatorisch, rednerisch und schriftstellerisch für die Partei tätigen Genossen dürfte mit diesem Buch eine ausgezeichnete Waffe in die Hand gegeben sein.

Anarchismus und Sozialismus. Von Georg Plechanow. Dritte durch ein Vorwort erweiterte Auflage. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer G. m. b. H. Preis 1 M, Volksausgabe 50 ₰. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Spediteure und Kolporteure.

Geschichte der Revolutionen. Vom niederländischen Aufstand bis zum Vorabend der französischen Revolution. Von Dr. A. Conrady. Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68. Jede Woche erscheint ein reich illustriertes Heft zum Preise von 20 ₰. Mit dem Abonnement kann jederzeit begonnen werden. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Spediteure und Kolporteure entgegen. Dieselben liefern auch gern kostenlos Prospekte und Probenummern.

Im Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin SO., Engelufer 15 IV, ist erschienen:

Protokoll der Verhandlungen des achten Gewerkschaftskongresses, abgehalten vom 26. Juni bis 1. Juli 1911 in Dresden, und der 3. Konferenz der Arbeitersekretäre, abgehalten am 3. und 4. Juli 1911 in Dresden. Die Schrift ist durch sämtliche Buchhandlungen zu beziehen. Der Preis des Protokolls beträgt 1 M. Die Mitglieder der Gewerkschaften erhalten das Protokoll zum Selbstkostenpreis von 25 ₰. Das 28 Bogen starke Protokoll ist eine stenographische Aufnahme der Verhandlungen des Kongresses und gibt Referate und Diskussionsreden fast wörtlich wieder. Bei der überaus wichtigen Tagesordnung des Kongresses bietet das Protokoll wertvolles Material für alle, die ein Interesse an der Gewerkschaftsbewegung haben. Die Schrift verdient die weiteste Verbreitung.

Schlechte Romane sind auch heute noch vielfach in den Arbeiterfamilien zu finden. So ist es keineswegs selten, daß Arbeiter, die es mit Entrüstung von sich weisen würden, zu Mitläufern kapitalistischer Parteien zu gehören, in ihren Wohnungen Schundhefte dulden, in denen eine muckerische fürstenschmeichlerische Phantasie sich austobt, das wirkliche Leben verzerrend. Gewiß hat, wie der Körper auf Nahrung, auch die Phantasie ein Recht auf würdige Befriedigung. Diesem Unterhaltungsbedürfnis kommt die illustrierte Romanbibliothek In Freien Stunden entgegen, indem sie gute Romane, von Künstlerhand illustriert, zum Abdruck bringt. Außer dem Hauptroman bringt jedes Heft noch eine zweite Novelle oder Erzählung und ein kleines Feuilleton: Novelletten, naturwissenschaftliche, kulturhistorische und humoristische Notizen. Als Hauptroman gelangt gegenwärtig der Roman Oliver Twist des bekannten Schriftstellers Charles Dickens zum Abdruck, dessen Lektüre durchaus zu empfehlen ist. In Freien Stunden erscheint wöchentlich. Jedes Heft — 24 Seiten stark — kostet 10 ₰ und ist durch alle Buchhandlungen, Spediteure und Kolporteure zu beziehen. Probehefte kostenlos vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68.

Wanderlust. Handwerkslieder, Wanderlieder. Dritte vermehrte und verbesserte Auflage. Herausgegeben und Verlag von Otto Kaufmann, Berlin W. 35. 299 Seiten. Preis 50 ₰, in Leinen gebunden 80 ₰. — Das Verdienstlichste an diesem Liederbuche ist, daß manches gute alte Handwerkerlied (das Buch ist vorwiegend für Zimmerer bestimmt) vorm Vergessenwerden bewahrt wird. Auch befindet sich manches gute Freiheitslied darin. Bestrebungen auf Besserung des Geschmacks hat der Herausgeber jedoch anscheinend nicht, denn sonst würde er einige leider viel gesungene Schmarren nicht mit aufgenommen haben.

Letzte Nachrichten.

Sozialdemokratischer Parteitag.

(Schluß des Berichts von Seite 301 ff.)

Bernstein und Genossen stellten folgenden Antrag:

„Der Parteivorstand möge, wenn möglich noch vor den Reichstagswahlen die Herausgabe einer Broschüre veranlassen, welche gegenüber den Bestrebungen, England und Deutschland zu verhetzen, die großen gemeinsamen Interessen der arbeitenden Klassen beider Länder an der Erhaltung und Festigung der friedlichen Beziehungen zwischen ihnen darlegt und das Falschspiel der Hetzer aufdeckt."

Beides wurde angenommen, dagegen ein Antrag aus Dortmund, wonach der Parteitag der Arbeiterschaft empfehlen sollte, am Tage der Reichstagswahl die Arbeit ruhen zu lassen, abgelehnt, nachdem Bebel im Schlußwort erklärt hatte, daß man sich mit der Tendenz des Antrags wohl einverstanden erklären könne, daß es jedoch unzulässig sei, in dieser Beziehung einen Druck auszuüben.

Die Diskussionsredner beschäftigten sich naturgemäß vorwiegend mit Einzelheiten, die bei der bevorstehenden Wahl in Betracht kommen. Es wurde da noch manches treffende Wort gesprochen, auf das wir hier jedoch nicht mehr eingehen können.

Aus den Verhandlungen am letzten Sitzungstage ist eine von Liebknecht und Genossen eingebrachte Resolution zu erwähnen, die folgendermaßen lautete:

„Der Parteitag nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den neuen Attacken des eidbrüchigen Zarismus gegen das finnische Volk. Er brandmarkt die unter dem Vorwande strategischer Notwendigkeiten begonnene Zerstückelung Finnlands als einen Akt unverhüllter Vergewaltigung, durch den die russische Regierung ihre bisherigen Infamien gegen das finnische Volk noch übertrumpft.

Der Parteitag spricht der tapferen finnischen Bruderpartei und dem geeinigten finnischen Volke im Namen des kämpfenden deutschen Proletariats seine herzlichen Sympathien aus und das Gelöbnis der Unterstützung in den schweren Kämpfen, die das finnische Volk, geführt von dem finnischen Proletariat, gemeinsam mit dem russischen Proletariat zur Niederwerfung des Zarismus durchzukämpfen hat."

Nach Begründung durch Liebknecht wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Die Wahlen hatten folgendes Resultat: Zu Vorsitzenden wurden gewählt August Bebel mit 390 Stimmen und Hugo Haase (Königsberg) mit 283 Stimmen. Der letztgenannte wird nach Berlin übersiedeln und hat sich bereit erklärt, täglich eine gewisse Zeit auf dem Parteibureau zu verbringen und dort die Parteigeschäfte zu erledigen, soweit diese das Eingreifen eines Vorsitzenden erfordern mögen. Zum Kassier wurde Gerisch mit 392 Stimmen wiedergewählt. Schriftführer wurden Braun (Königsberg) mit 373 Stimmen, Ebert mit 379, Molkenbuhr mit 389, Müller mit 370, Pfannkuch mit 390 und Scheidemann (Kassel) mit 355 Stimmen. Der erste und der letzte in dieser Reihe sind neu Gewählte. Beisitzerin wurde Luise Zietz mit 383 Stimmen. Die Kontrollkommission setzt sich folgendermaßen zusammen: Kaden (Dresden) 368 Stimmen, Bock (Gotha) 363, Ernst (Berlin) 361, Brühne (Frankfurt a. M.) 354, Timm (München) 298, Geck (Offenburg) 274, Klara Zetkin (Stuttgart) 264. Weitere Stimmen erhielten: Brey (Hannover) 150, Löbe (Breslau) 149, Hildenbrand (Stuttgart) 138 und Linchen Baumann (Hausörting) 15.

Im Auftrag der Kontrollkommission beantragte Kaden, das Gehalt der Schriftführer im Parteivorstand auf 5000 M festzusetzen (bisher 4500 M), was auch einstimmig angenommen wurde.

Nachdem nun noch beschlossen worden war, den nächsten Parteitag in Chemnitz abzuhalten, war die Tagesordnung erledigt. In seiner Schlußrede dankte Genosse Dietz dem Lokalkomitee für seine Mühewaltung und besonders für die Veranstaltung des originellen Kommerzes. Dietz betonte weiter, daß die Verhandlungen dieses Parteitages unter einem guten Stern gestanden hätten. Wenn auch nicht alle Wünsche erfüllt worden seien, so sei dies doch verhältnismäßig leicht zu ertragen. Die Verhandlungen hätten ein Bild von der inneren Kraft und dem Willen der Partei ergeben, das Drängen des Volkes nach Freiheit, Brot und Bildung zu fördern. Die Glanzpunkte des Parteitages seien die Referate von Bebel gewesen; es sei dadurch nicht nur Deutschland, sondern der ganzen Welt ein Dienst erwiesen und gezeigt worden, wo die Friedenstörer sitzen. Dietz fügte noch einige anfeuernde Bemerkungen über den bevorstehenden Wahlkampf hinzu und endigte mit dem üblichen Hoch auf die Sozialdemokratie, worauf mit dem Gesang der Arbeitermarseillaise der Parteitag endete, der, wie auch der gemütliche Verkehr der verschiedenen „Richtungen" miteinander zeigte, bewies, daß alle Genossen gewillt sind, einig und geschlossen den gemeinsamen Gegner zu bekämpfen. Und dies ist ein gutes Vorzeichen für die Reichstagswahlen.

Verbands-Anzeigen

Montag, 25. September:
Buschhütten-Langenau. Halb 9 Uhr.

Dienstag, 26. September:
Rawitsch. Straube, Posenerstr., 8 Uhr.

Mittwoch, 27. September:
Wismar. Arbeiterheim, 8 Uhr.

Donnerstag, 28. September:
Iserlohn-Letmathe. Marx, 7 Uhr.
Wallingen. Masse, halb 9 Uhr.

Samstag, 30. September.
Barmen-Elberfeld (Heizungsmont. u. Helfer). Volkshaus, Elberfeld, ½9.
Bitterfeld. Hohenzollern, halb 9 Uhr.
Bonn a. Rh. Volkshaus, 9 Uhr.
Bremen (Elektr.). Gewerkschaftsh., 9.
Dortm.-Schwerte. Stamm, ½9 Uhr.
Eisenach (Former und Gießereiarbeiter). Loreley, halb 9 Uhr.
Hagen-Altenhagen. Zum Konsumverein, halb 9 Uhr.
Hagen-Eckesey. Simon, halb 9 Uhr.
Hag.-Kabel-Boele. Hoffmann, ½9.
Hameln-Gr. Berkel Zur Mühlen, ½9.
Iserlohn (Nadler). Zander, halb 9.
Kneuttingen. Deutsches Heim (J. P. Schanno) in Nilvingen, 8 Uhr.
Lippstadt. Bökenkamp, halb 9 Uhr.
Lörrach. Vorstadt, halb 9 Uhr.
Offenburg. Zum Schützen, 8 Uhr.
Pößneck i. Thür. Kaiserhof, 8 Uhr.
Reutlingen. Traube, 8 Uhr.
Waltersh.-Friedrichroda. Funke, Friedrichsroda, halb 9 Uhr.

Sonntag, 1. Oktober:
Brake. Butjadinger Hof, 10 Uhr.
Breslau. (Rohrleger und Helfer.) Siehe Volkswacht, halb 11 Uhr.
Crefeld. Neuen, 11 Uhr.
Darmstadt. Gewerkschaftshaus, 9½.
Dortmund. (Heizungsmont. u. Helf.) Lauferfik, Auf dem Berge, 10 Uhr.
Düsseldorf. (Heizungsmonteure). Wupperthaler Hof, 11 Uhr.
Duisburg. (Heizungsmont. u. Helfer.) Montenbrück, Neudorferstr., 11 Uhr.
Erfurt (Heizungsmont.) Tivoli, 10.
Hannover (Elektrom.) Gewerksch., 10.
Iserlohn (Kettenschmiede) Zobel, ½11.
Köln a. Rh. (Elektromonteure und Mechaniker). Volkshaus, 11 Uhr.
Limburg a. L. Falstaff, 2 Uhr.
Magdeburg. (Heizungsmont. und Helfer), Buchlow, 10 Uhr.
M.-Gladbach-Dülken. Rienkens, 10.
M.-Gladbach-Kaldenkirchen. Hotel Huitgens in Venlo, halb 3 Uhr.
Münster i. W. (Heizungsmonteure). Serwatikhof, Wolbeckerstraße, 11 Uhr.
Osnabrück (Dreher). Möller, 11 Uhr.
Siegen. Franke, halb 11 Uhr.
Timmenrode a. H. 8 Uhr.
Torgelow. Gesellschaftshaus, 3 Uhr.
Wedderesleben. 8 Uhr.

Montag, 2. Oktober:
Barmen-Elberfeld. (Klempner und Installat.) Volkshaus, Elberf., ½9.
Barmen-Elberf. (Laternenklempn.) Rostien, Unter-Barmen, halb 8 Uhr.
Breslau (Feilenarbeiter). Wolf, ½6.

Dienstag, 3. Oktober:
Barmen-Elberf. (Klempn. u. Install). Gewerkschaftshaus, Barmen, halb 9.
Köln a. Rh. (Klempner u. Installat.) Volkshaus, Severinstraße, 9 Uhr.

Mittwoch, 4. Oktober:
Hagen i. W. (Klemp.) Schüshoff, ½9.
Königsberg i. Pr. Münzstr. 24 b, 8.

Samstag, 7. Oktober:
Delmenhorst. Nordbruch, halb 9 Uhr.
Dresden. (Gold- u. Silberarbeiter.) Volkshaus, Ritzenbergstr. 2, 1, 9 Uhr.
Dresden (Grav. u. Zisel.) Volkshaus, 9.
Dresden. (Heizungsmont.) Volkshaus, halb 9 Uhr.
Essen. (Bauschlosser.) Hartung, Limbeckerstr. 106, abends halb 9 Uhr.

Sonntag, 8. Oktober:
Cassel (Heizungsmonteure). Gewerkschaftshaus, 11 Uhr.
Hagen. (Heizungsmont. u. Helfer). Ellerbrake, 10 Uhr.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

Augsburg. Die hiesige Verwaltungstelle sucht zum sofortigen Eintritt einen besoldeten **Beitragskassierer.** Bewerber müssen fünf Jahre Mitglied unseres Verbandes sein. Die Bewerbungen müssen Alter, Familienstand, Beruf und bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung enthalten. Der Beitragskassierer muß stadtkundig sein, weshalb hiesige Bewerber den Vorzug erhalten. Bewerbungen mit der Aufschrift „Bewerbung" sind bis zum 27. September an Karl Wernthaler, Lindenstraße 9, einzusenden.

Bremerhaven. Zum Geschäftsführer für die Verwaltungstelle Einswarden-Nordenham wurde der Kollege Alfred Lorenzen (Harburg) gewählt. Allen übrigen Bewerbern besten Dank.

Breslau. (Feilenhauer.) Arbeitsnachweis und Auszahlung des Feilenhauergeschenks Kl. Holzgasse 3, 2, von 9 bis 10 Uhr und 12 bis 1 Uhr.

Eberswalde. Das Verbandsbureau befindet sich vom 1. Oktober an Drehnitzstr. 2. Reisegeld daselbst. Geschäftszeit 9 bis 11, Freitags auch von 7 bis 9 Uhr abends.

Fürstenwalde (Spree). Zum Geschäftsführer für die hiesige Verwaltungstelle ist der Kollege Müller (Plettenberg) gewählt worden. Den übrigen Bewerbern besten Dank.

Iserlohn. Die hiesige Verwaltungstelle sucht zum sofortigen Antritt einen **ersten Geschäftsführer.** Reflektiert wird nur auf eine tüchtige Kraft. Zur Bewerbung zugelassen sind Kollegen, die mindestens 5 Jahre unserem Verband angehören, rednerisch und agitatorisch befähigt und in schriftlichen Arbeiten bewandert sind. Kollegen, die sich in ähnlicher Stellung in anderen Verwaltungstellen bewährt haben, erhalten den Vorzug. Das Gehalt richtet sich nach den Beschlüssen der Münchener Generalversammlung. Dienstjahre werden in Anrechnung gebracht. Aus der Bewerbung muß Alter, Beruf, Dauer der Organisationszugehörigkeit und die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung hervorgehen. Die Bewerbungen sind bis zum 30. September in verschlossenem Kuvert mit der Aufschrift „Bewerbung" an Jean Ritzert, Hohlerweg Nr. 20, einzusenden.

Mannheim. Als weiterer Beamter ist der Kollege Jean Ritzert, bisher Geschäftsführer in Iserlohn, gewählt worden. Den übrigen Bewerbern besten Dank.

Nowawes (Potsdam). Das Bureau der neu verschmolzenen Verwaltungstelle befindet sich vom 2. Oktober an in Nowawes, Kaiser-Wilhelmstr. 6. Alle Auszahlungen von diesem Tage an nur daselbst. Sämtliche Zuschriften sind ebenfalls vom benannten Tage an den Geschäftsführer Franz Güth zu richten.

Nürnberg. Der paritätische Arbeitsnachweis der Graveure und Ziseleure von Nürnberg-Fürth befindet sich im Verbandsbureau, Hintere Karthäusergasse 14.

Stuttgart (Feilenarbeiter). Umschauen verboten. Der Arbeitsnachweis befindet sich im Städtischen Arbeitsamt, Schmalestr. 11.

Suhl, Zella, St. Blasien u. Mehlis. (Feilenhauer.) Umschauen verboten. Der Arbeitsnachweis befindet sich in Suhl, zur Dombergsansicht, Gothaerstr. 47. Daselbst wird das Feilenhauergeschenk ausbezahlt.

Gestorben.

Darmstadt. Balt. Kurth, Former, 37 Jahre, ertrunken.
— Heinrich Dieter, Mechaniker, 22 Jahre, Lungenleiden.
— Friedrich Grein, Hilfsarbeiter, 39 Jahre, Schwindsucht.
Erlangen. Heinrich Prießmann, Hilfsmonteur, 33 Jahre, Blutvergiftung.
Martinlamitz. Georg Schöffel, Former, 51 Jahre, Magenleiden.
Pforzheim. Hugo Koch, Bijoutier, 36 Jahre, Darmverschlingung (34).

Privat-Anzeigen.

[1678] Tüchtig. **Schlosser u. Maschinenbauer** für Stationsmagenmaschinen-Branche gesucht. Bei zufriedenstellender Leistung Anstellung als Meister. Gefl. Offerten mit Zeugnisabschriften und Lohnansprüchen an **F. Hugo Peuckert & Co.,** G. m. b. H., Cartonnagen-Maschinen-Fabrik, **Dresden.**

[1687] 1 tücht. verheirat. **Gelbgießergehilfen.** in Drehbank u. Gießerei gut bewandert, in dauernde Stellg. gesucht. **Otto Böttner,** Gelbgieß., **Bautzen.**

Tüchtige Gürtler sucht Beleuchtungskörperfabrik. **Strusen & Horn, Stuttgart.**

[1705] Ordentl. zuverl. **Handhauer** f. alle Sorten Feilen ges. **R. Stern, Greiz, R.**

[1706] Kollegen, denen der Aufenthalt des **Schlossers Max Kollwitz,** geb. 31. 12. 1891 in Frankfurt a. M., bekannt ist, werden dringend um Angabe der Adresse des K. gebeten. Portoauslagen werden vergütet. **Max Appel, Frankfurt a. M.,** Leipzigerstr. 34.

Tüchtige, selbständige, ledige **Heizungsmonteure** suche ich zu sofortigem Eintritt für meine Niederlassung in Sofia, sowie für meinen hiesigen Betrieb. [1700]
Gustav Kuntze, Göppingen.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötestraße 16 B.